PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/752015 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 40000 – Redaktion: Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/752014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/752012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 1890905, oder: PSchA Karlsruhe Nr. 95837-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, den 22. Juni 1976, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

24. Juni 1976 Jg. 4 Nr. 25 50 Pfennig

Wahlen in Italien/Gipfeltreffen in Puerto Rico

Freibeuter unter sich

Als US-Präsident Ford vor einigen Wochen die größeren unter den imperialistischen Bündnispartnern – Großbritannien, Frankreich, die BRD und Italien, dazu Japan und Kanada – zu einem Gipfeltreffen nach Puerto Rico einlud für den 27. und 28. Juni, da wollte einem die bürgerliche Presse aufschwatzen, bei der Einladung zu diesem Gipfeltreffen ginge es im wesentlichen um einen Schachzug in den amerikanischen Wahlen. Noch am 15.6. schrieb die „Süddeutsche Zeitung", nachdem die kleineren EG-Länder gegen die Nichteinladung protestiert hatten, dummdreist in einem Kommentar:

„Nichts wirkt auf Ausgesperrte so attraktiv wie eine geschlossene Gesellschaft. Das gilt für eine im Grunde lästige Cocktailparty ebenso wie für einen Wirtschaftsgipfel, für dessen absolute Folgenlosigkeit jeder der Beteiligten im vorhinein die Hand ins Feuer legen kann." Absolute Folgenlosigkeit? Dafür von vornherein die Hand ins Feuer legen? Bei soviel Betonung der Nutzlosigkeit imperialistischer Diplomatie spürt man gleich, daß was im Busch ist. Macht man sich das Datum klar und findet die Themen heraus, sieht man, daß die bürgerliche Presse in Wirklichkeit ein Ablenkungsmanöver betreibt. Themen der Konferenz sind die Rohstoffpolitik und Italien. Die Konferenz liegt nocht nicht mal eine Woche nach den italienischen Wahlen. Der Gipfel war nicht angesetzt worden, um Cocktails zu schlürfen, sondern um auf die italienischen Wahlen zu reagieren. Sollte das nicht allzusehr auffallen, mußte der Gipfel frühzeitig angesetzt und mit einem Tarnnetz versehen werden. Wenn es um die Einmischung in fremde Länder geht, wird die Supermacht USA auch nicht gerade Länder einladen, die selber ständig von Einmischung bedroht sind, Länder wie die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Dänemark und Irland. Italien dagegen konnte gut eingeladen werden, denn eine Woche nach den Wahlen ist eine neue Regierung noch nicht gebildet und mit der alten galt es die Intervention vor allem bei einer Niederlage der Christdemokraten gerade abzusprechen. Die „Cocktailparty" hatte also und hat nach wie vor ihren eindeutigen Zweck.

Nach Bekanntwerden der italienischen Wahlergebnisse hieß es in den Rundfunknachrichten:

„Im Brüsseler Hauptquartier des Nordatlantikpaktes mischte sich in die Erleichterung über den Wahlausgang die Sorge über die zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung in Italien."

Bei der Lösung dieser Schwierigkeiten soll die Gipfelkonferenz in Puerto Rico der italienischen Bourgeoisie auf die Sprünge helfen. Mittel dazu sind die alten und neuen Kredite, die die italienische Bourgeoisie von den anderen Imperialisten braucht. Mit Hilfe der Kredite wird nicht nur der Regierungsbildung, sondern auch dem Regierungsprogramm Kontur gegeben. Einen Tag nach dem zitierten Kommentar ließ die gleiche „Süddeutsche Zeitung" dazu heraus:

„Sollte es zu einer Hilfsaktion kommen, so stünden dabei nicht so sehr wirtschaftliche Konditionen ‚normaler' Anleihen oder Zahlungsbilanzhilfen im Vordergrund, sondern die Absicht einer politischen Stabilisierung in Italien. Konkrete Pläne über Volumen und Bedingungen, zu denen wohl auch Er-

Fortsetzung Seite 2

ten im vorhinein die Hand ins Feuer legen kann." Absolute Folgenlosigkeit? Dafür von vornherein die Hand ins Feuer legen? Bei soviel Betonung der Nutzlosigkeit imperialistischer Diplomatie spürt man gleich, daß was im Busch ist. Macht man sich das Datum

und mit der alten galt es die Intervention vor allem bei einer Niederlage der Christdemokraten gerade abzusprechen. Die „Cocktailparty" hatte also und hat nach wie vor ihren eindeutigen Zweck.

Nach Bekanntwerden der italieni-

wirtschaftliche Konditionen ‚normaler' Anleihen oder Zahlungsbilanzhilfen im Vordergrund, sondern die Absicht einer politischen Stabilisierung in Italien. Konkrete Pläne über Volumen und Bedingungen, zu denen wohl auch Er-

Fortsetzung Seite 2

1975-76: Mehr Überstunden, weniger Stundenlohn

Verbot der Überstundenarbeit! Für den 7-Stundentag!

1847 konnte die Arbeiterklasse in England die 10-Stunden-Bill erkämpfen, ein Gesetz, das den Arbeitstag auf zehn Stunden beschränkt. Die englische Arbeiterklasse war dazumal die erste, die ein solches Gesetz erkämpfen konnte.

Gegenwärtig gibt es in der Bundesrepublik knapp eine Million offiziell registrierte Arbeitslose, zugleich wird gemeldet, daß in einem Viertel der Betriebe Überstunden gearbeitet weden.

1867 erschien „Das Kapital". Darin schreibt Karl Marx, „daß der niedrige Preis der Arbeit während der sogenannten Normalzeit dem Arbeiter die besser bezahlte Überzeit aufzwingt, will er überhaupt einen genügenden Arbeitslohn herausschlagen. Gesetzliche Beschränkung des Arbeitstages macht diesem Vergnügen ein Ende."

Die Überstunden sind in der Tat ein Vergnügen für die Kapitalisten, selbst wenn sie dafür mehr zahlen müssen. Denn in dem Maße, wie der Arbeitstag verlängert wird, verringern sich für den Kapitalisten die anteiligen Kosten für Maschinen, Gebäude, Verwaltung usw., die sogenannten fixen Kosten. Da diese Kosten gleich bleiben, ob der Arbeitstag 8, 10 oder 12 Stunden dauert, verringert sich ihr Anteil pro Produkt, je länger die Arbeitszeit. Die Kosten für ein Produkt werden entsprechend geringer. So hatten wir in der KVZ Nr. 22 berechnet, daß die VW-Sonderschichten in Wolfsburg trotz Überstundenzuschlag dem VW-Konzern zirka 5 Millionen DM Extraprofit einbringen.

Überall versuchen die Kapitalisten Überstunden und Sonderschichten durchzusetzen. Aber, obwohl der Lohn seit dem letzten Jahr real gesenkt wurde, gibt es immer mehr Widerstand gegen Überstunden. Bei VW mußte der Konzern Abstriche machen und konnte nur 6 Sonderschichten anstatt geplanten 12 durchdrücken. Viele Arbeiter kommen einfach nicht zu den Sonderschichten. In den meisten Betrieben wächst dieser vereinzelte Widerstand, die Verweigerung von Überstunden, obwohl alle das Geld brauchen.

Der Grund ist einfach der, daß die Kapitalisten die Ausbeutung bis an die Grenze getrieben haben, wo die Arbeiter nicht mehr können. Da ist einfach Schluß, und es kommt drauf an, daß die Arbeiter nun zusammen Schluß machen. Denn die Kapitalisten versuchen den Arbeitstag nun auszudehnen, nachdem sie ihn zuvor unmenschlich verdichtet haben. Zum Beispiel bei VW, wo 28 Prozent mehr produziert wird bei 15000 Mann verringerter Belegschaft. Ähnlich sieht es bei Opel aus. Im Durchschnitt der Industrie ist die Produktion pro Arbeitsstunde um 81/2 Prozent von Januar 1975 bis Januar 1976 gesteigert worden.

(nach: Statistischer Wochendienst)

Als Gratisgabe erhalten die Kapitalisten in Westdeutschland noch vier zusätzliche Arbeitstage in diesem Jahr hinzu, weil gesetzliche Feiertage zusammenfallen oder auf das Wochenende fallen. Das allein bedeutet 2 Prozent mehr Produktion in diesem Jahr, aber eine noch weit höhere Profitvermehrung, denn um diese 2 Prozent mehr Produktion zu erzielen, brauchen die Kapitalisten keinen Pfennig mehr Lohn und keinen Pfennig mehr für Maschinen, Gebäude usw. auszugeben.

Fortsetzung Seite 2

Ausdehnung des Arbeitstages

Die **Summe der Arbeiterstunden** in der Industrie betrug im

Febr. 1975	Febr. 1976
780 Mio Std.	763 Mio Std.

Das sind 1976 2,2 % weniger als 1975.

Die **Anzahl der Arbeiter** in der Industrie betrug im

Febr. 1975	Febr. 1976
5553000	5221000

Die Anzahl der Arbeiter hat sich demnach im gleichen Zeitraum um 6,3 % verringert.

Da die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden weniger gesunken ist als die Zahl der Arbeiter, ist folglich die Zahl der geleisteten **Arbeitsstunden pro Arbeiter gestiegen,** und zwar um 6,3 % weniger 2,2 %, das macht 4,1 %. Auf die monatliche Arbeitszeit macht das im Durchschnitt 6 bis 7 Stunden aus.
(Zahlen aus: Wirtschaft und Statistik 5/76. Die Februarzahlen von 1975 und 1976 sind vergleichbar, da in beiden Jahren auf den Februar gleich viele Arbeitstage fallen. Februar 76 hat einen Tag mehr, dafür aber auch einen Sonntag mehr.)

Senkung des Reallohns der Industriearbeiter

Die **Bruttolohnsumme** der Industriearbeiter aller Betriebe mit über 10 Beschäftigten betrug im

Febr. 1975	Febr. 1976
8,503 Mrd DM	8,525 Mrd DM

Das ist eine Steigerung von 0,25 %.

Die Summe der Arbeiterstunden ist im gleichen Zeitraum um 2,2 % gesunken. Pro Arbeitsstunde sind also die Löhne brutto um 2,2 % plus 0,25 % gleich 2,45 % gestiegen.

Die Tariferhöhung betrug im Durchschnitt ca. 6,5 % bis 7 %. Im Verlauf eines Jahres haben die Kapitalisten also durch Umgruppierungen und Streichung von übertariflichen Lohnbestandteilen ca. 4 % gestrichen, denn es sind nur 2,45 % übriggeblieben. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten betrug im gleichen Zeitraum 5 %. Der Reallohn ist also um 2,65 (2,45 minus 5 gleich 2,65 %) gesenkt worden. Bedenkt man, daß in dieser Durchschnittszahl auch die höher bezahlten Überstunden enthalten sind, wird das Ausmaß der Reallohnsenkung noch größer. – (Zahlen aus Statistischer Wochendienst)

Das Volk von Azania erhebt sich gegen das Regime der Weißen



Der Aufstand des Volkes von Azania gegen das rassistische Kolonialregime hat sich weiter ausgebreitet trotz der blutigen Unterdrückung durch Polizei und Armee der Weißen. Nur mit Steinen bewaffnet und mit Mülleimerdeckeln geschützt greifen die Schwarzen die Kolonialtruppen an.





Polizei schützt die Botschaft des südafrikanischen Regimes. In der Bundesrepublik treffen sich Vorster und Kissinger, zusammen mit westdeutschen Regierungsvertretern in mitten eines Truppenübungsgeländes umgeben von amerikanischen Truppen, um die düstere Zukunft des Imperialismus im südlichen Afrika zu beraten und wie ihr Ausbeuterregime zu erhalten sei.



In zahlreichen Städten der Bundesrepublik finden Solidaritätsdemonstrationen für den Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika statt. In Berlin demonstrierten am 18.6. 800 und zogen nach einer Kundgebung am Kranzler Eck zum Amerikahaus, um gegen das Komplott der Imperialisten zu demonstrieren. Am Vorabend hatten in einer Solidaritätsveranstaltung 1000 die Vertreter des ANC (African Nationalists) begrüßt, die auf Einladung des KBW eine Rundreise durch die BRD und Westberlin machen.

Siehe Berichte auf Seite 2, 3 und 14



Kaffee

In Brasilien, dem mit Abstand größten Kaffeeproduzenten, können die Arbeiter und Bauern immer weniger von dem Kaffee trinken, den sie herstellen. Im vergangenen Jahr ist der Verbrauch pro Einwohner auf 3 Kilo gesunken, 1965 war es noch doppelt soviel. Die imperialistischen Monopole, die den Kaffeemarkt kontrollieren, haben den Preis in Brasilien über den Weltmarktpreis getrieben. Um den Ländern der Dritten Welt zu „helfen", müsse Kapital dorthin exportiert werden, sagen die Bourgeois wie Minister Fridrichs. Bekanntlich haben sie in keinem Entwicklungsland soviel investiert wie in Brasilien, 2,8 Milliarden DM. Ein Institut in Sao Paulo hat jetzt veröffentlicht, wie lange ein brasilianischer Arbeiter arbeiten muß für den Monatsbedarf an Grundnahrungsmitteln. 1965 waren es danach 87,2 Arbeitsstunden, im März 1976 waren es 182,11. (Nach: Neue Rhein-Zeitung und Nachrichten für Außenhandel, 20. Mai)

Chilenische Lakaien der Imperialisten

Das Pinochet-Regime in Chile hat die Schutzzölle für Produkte der Leichtindustrie gesenkt und damit die chilenische Industrie der Zerstörung durch ausländische Konzerne ausgesetzt. Die Zollsätze für Fahrräder, Radios, Ventilatoren, Fernsehgeräte, Bekleidung usw. wurden zwischen 10 und 20 Prozent gesenkt. Ab 1. Dezember 1978 soll der Höchstzollschutz bei 35 Prozent liegen, um 50 Prozent unter dem bisher durchschnittlichen für Industrieprodukte. Dann liegt das Land zum Aufkauf für den Imperialismus völlig offen. (Nach: Blick durch die Wirtschaft, 18. Juni)

Freibeuter unter sich

wartungen über den politischen Kurs Italiens zu zählen sind, gibt es noch nicht."

Diese konkreten Pläne können nur darauf hinauslaufen, die Arbeiterklasse zu Boden zu werden, die Bedingungen für ausländische Kapitalinvestitionen zu verbessern und zu sichern und das Land mit Hilfe der Kredite eng an die Zügel der NATO zu nehmen. Diese Pläne richten sich gegen die Arbeiterklasse. Gegen die Revisionisten richten sie sich nur insofern, als ihnen die Bourgeoisie nicht traut. Denn das Programm der Revisionisten ging in die gleiche Richtung: Förderung der Investitionen der Kapitalisten, insbesondere auch der ausländischen Kapitalisten, Garantie der NATO-Zugehörigkeit. Aber wer garantiert den Imperialisten, daß sich die PCI nicht wieder dem russischen Sozialimperialismus an den Hals wirft, so wie sie sich gegenwärtig den westlichen Imperialisten an den Hals zu werfen versucht? Schaut man sich an, wie die Imperialisten in den Drähten der Politik in Italien ziehen, wie sie allein schon mit wirtschaftlichen „Hilfsaktionen" und Drohungen die Lage im Griff behalten wollen und damit zeigen, daß sie jederzeit bereit sind, zu anderen Mitteln zu greifen, wenn sie nur können, dann sieht man doch deutlicher: Der von den Revisionisten gepriesene „friedliche Übergang" zum Sozialismus ist ein Weg in die Niederlage. Weder wird die Arbeiterklasse auf diesem Weg den Sieg erringen können, noch wird sie ihre Herrschaft gegen die Intervention der Imperialisten verteidigen können. Die Bourgeoisie macht daraus kein Geheimnis. Im Kommentar des ZDF vom Dienstag hieß es schlicht: „Für die Europäischen Gemeinschaften und die NATO ist der Fall X nicht eingetreten. Jedenfalls noch nicht und die Pläne bleiben in den Schubladen."

Für Verbot der Überstundenarbeit

Fortsetzung

Die Kapitalisten wollen nun, wo sie wieder mehr absetzen können, auf keinen Fall Neueinstellungen vornehmen.

Durch Rationalisierungen und Intensivierung der Arbeit auf der einen Seite und Verlängerung des Arbeitstages durch Überstunden und Sonderschichten auf der anderen Seite schrauben sie die Ausbeutung immer höher.

Der geringe Lohn schafft den Zwang zu Überstunden. Und das Vorhandensein führt nach den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise nicht zur Verkürzung der Arbeitszeit, sondern im Gegenteil: Der Kapitalist kann Überstunden, Intensivierung und Rationalisierung sowie Senkung des Lohns durchsetzen, indem er mit der Arbeitslosigkeit die Beschäftigten erpresst, diese unmenschlichen Arbeitsbedingungen hinzunehmen.

Zwei Überstunden am Tag bedeuten, daß der Kapitalist sich zwei Stunden Lebenszeit des Arbeiters mehr am Tag als Arbeitszeit aneignen kann. Das Kapital verwandelt zunehmend alle Lebenszeit des Arbeiters in Arbeitszeit für das Kapital. Und mit dem Ruin der Gesundheit verkürzt es die Lebenszeit des Arbeiters absolut.

1866 beschloß der „Internationale Arbeiterkongreß" in Genf die Forderung nach gesetzlicher Beschränkung des Arbeitstages auf acht Stunden. Das war vor mehr als hundert Jahren. Heute sind Achtstundentag und 40-Stunden-Woche in den meisten Tarifverträgen festgelegt. Das ist das Ergebnis des mehr als hundert Jahre dauernden Kampfes der Arbeiterklasse. Obwohl die Produktivkraft der Arbeit seitdem um das Vielfache erhöht und obwohl die Dichte des Arbeitstages um ein Vielfaches gesteigert, hört das Kapital nicht auf, den Arbeitstag mit allen pital nicht auf, den Arbeitstag mit allen Mitteln zu verlängern und wird damit nicht aufhören, solange die kapitalistische Produktionsweise herrscht.

In der BRD kann er sich dabei auf die Arbeitszeitordnung von 1938 stützen, die heute noch gültiges Gesetz ist. Sie erlaubt eine tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden und legt eine Unzahl von Ausnahmen fest für Arbeitszeiten bis 16 Stunden täglich (siehe KVZ Nr. 19).

„Siebenstundentag an fünf Wochentagen. Völliges Verbot der Überstundenarbeit", fordert der KBW in seinem Programm. In der letzten Zeit ist die Forderung nach der 35-Stunden-Woche von der Gewerkschaft immer häufiger aufgestellt worden.

Gerade jetzt hat die Frauenkonferenz der IG Metall die Forderung nach der 35-Stunden-Woche beschlossen. Die zahlreichen Beschlüsse bis auf die höchsten Gewerkschaftsebenen sind Ergebnis der Tatsache, daß die letzten Jahre in der Arbeiterklasse darüber Klarheit geschaffen haben, daß die Verbesserung der unzureichenden Löhne durch Überstunden keinen Ausweg, sondern nur den Ruin bedeutet. Die Verlängerung des Arbeitstages nutzt der Kapitalist, um den Lohn für den Normalarbeitstag zu drücken, und den niedrigen Lohn für den Normalarbeitstag nutzt er, um die Verlängerung des Arbeitstages zu erpressen. Die Kapitalisten ziehen diese Schlinge immer enger um den Hals der Arbeiter. Die Krise hat dies gesetzmäßige Verhalten der Kapitalistenklasse nur deutlicher zum Vorschein gebracht. Umso deutlicher hat auch der Widerstand der Arbeiter zugenommen. Erfolgreich geführt kann dieser Widerstand werden, wenn der Kampf um Lohnerhöhung verbunden wird mit dem Kampf für Überstundenverbot und Siebenstundentag.

dentag.

Weg mit dem Verfassungsschutzgesetz! Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung!

Hannover. Über 300 demonstrierten unter diesen Forderungen am 21. Juni gegen das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz. In dieser Woche will der Landtag das Gesetz verabschieden. Die SPD – selbst Initiator des Entwurfs – hat jetzt, in der Opposition, in Aussicht gestellt, gegen das Gesetz zu stimmen, da ihre Änderungsanträge von CDU und FDP nicht unterstützt würden. „Wir wollen es nicht geändert haben: Das Spitzelgesetz muß weg" hallte es ihnen auf der Straße entgegen. Die Parole: „Wenn die Verfassung gegen das Volk ist, ist das Volk gegen die Verfassung" beherrschte den ganzen Zug. Aufgerufen hatte eine Aktionseinheit, zu der u.a. der AStA der Technischen Universität, der KBW, das Komitee gegen den § 218 sich zusammengeschlossen hatten.

Celle. Am 19. Juni demonstrierten 70 gegen das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz. Aufgerufen hatte eine Initiativgruppe gegen das Gesetz, welcher angehören: SJD „Die Falken", Komitee gegen den § 218, KBW.

Konjunktursicheres Gewerbe

Auf der 48. Bundesverbandstagung des Raumausstatter- und Sattlerhandwerks erläuterte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, warum dieses Gewerbe inzwischen „in nur geringem Maße konjunkturempfindlich" sei. Man arbeite inzwischen für „gehobene Einkommensklassen, die sich auch weiterhin vom Handwerker bedienen lassen". Auch die Selbermacherwelle habe darum die Selbermacherwelle habe darum dem Gewerbe nicht geschadet. Die Sattlerbetriebe hätten den Rückgang auf dem Automobilsektor „durch die enorme Aufwärtsentwicklung im Reitsport aufgefangen". – Anstreichen und Tapezieren der Wohnung, Anfertigen von Gardinen, das alles kommt nur in den Konsum der durchschnittlichen Arbeiter und Angestellten, wenn sie es nach der Arbeit selber machen. Die wohlhabenden Nichtarbeitenden, sondern anschaffenden Klassen lassen sich die Mühe durch Handwerker abnehmen. (Nach: Blick durch die Wirtschaft, 18. Juni)

Griff nach den Weltmeeren

Die Vertreter der meerestechnischen Industrie der westeuropäischen Länder aus Großbritannien, Frankreich, den Niederlanden und der Bundesrepublik haben ein gemeinsames Sekretariat („Euro Sec") gebildet, um „die gemeinsamen Interessen der europäischen meerestechnischen Industrie bei der EG zu repräsentieren, zu koordinieren und zu fördern". Über seine Mitgliedsverbände umfaßt Euro Sec mehr als 300 europäische Firmen, die an der Ausbeutung der Meere teilnehmen und dabei sich auf die Staatsmacht der westeuropäischen imperialistischen Länder stützen. (Nach: Blick durch die Wirtschaft)

Gegen Verpflichtungsgesetz

Frankfurt. Auf der ÖTV-Versammlung vom 16.6.76 erklärten die anwesenden 60 Tutoren und Hilfskräfte der Frankfurter Universität, daß sie die von ihnen geforderte Unterschrift unter das Verpflichtungsgesetz gemeinsam verweigern. Mit der neuen Unterschrift sollen sie auf eine besondere Geheimhaltung aller Vorgänge im öffentlichen Dienst verpflichtet werden. Diese Ausdehnung des Beamtengesetzes hat das Innenministerium Hessen für alle Arbeiter und Angestellten vorgesehen. Der Personalrat und die ÖTV-Betriebsgruppe haben die Einführung des Verpflichtungsgesetzes an der Universität Frankfurt abgelehnt.

Eine Methode zur Lohnsenkung für Transportarbeiter

Warum es bei der von Kapitalistenseite vielfach geforderten Privatisierung des Nahverkehrs geht, hat jetzt eine Untersuchung der „Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand" ans Licht gebracht. Die niedrigeren Kilometerkosten in den zumeist kleineren privaten Unternehmen „ist im wesentlichen auf den Personalkostenanteil zurückzuführen, der bei Privatunternehmen 50 Prozent beträgt, während er in kommunalen und bundeseigenen Verkehrsbetrieben auf fast 70 Prozent angestiegen sei". Die Privatisierung wird demnach angestrebt, um die Transportarbeiter zu zersplittern, ihren gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu erschweren und die Löhne zu drücken. Daran zeigen sich nicht nur mittelgroße Transportkapitalisten interessiert. Das interessiert die ganze Bourgeoisie, denn Nahverkehrskosten gehen als notwendige Ausgaben in den Lohn ein. (Nach: Blick durch die Wirtschaft, 12. Juni)

Solidarität mit den Völkern Afrikas





Genosse Dietrich Hildebrandt spricht auf der Kundgebung in Heidelberg.

Heidelberg. Am gleichen Tag, an dem Ministerpräsident Vorster in die Bundesrepublik kam, um mit US-Außenminister Kissinger und Vertretern der westdeutschen Regierung über die Aufrechterhaltung des Kolonialregimes in Südafrika zu beraten, gab in Heidelberg Oberbürgermeister Zundel einen Empfang für den US-Botschafter Hillenbrand im Heidelberger Rathaus. Mit großem Polizeiaufgebot mußte das Imperialistenpack und die geladene örtliche Heidelberger Bourgeoisie den Weg durch eine über 300 köpfige Versammlung vor dem Rathaus bahnen lassen, die gegen das Komplott der Imperialisten und für die Unabhängigkeit der Völker Afrikas demonstrierte. Amis raus aus Westdeutschland – Westdeutschland raus aus der NATO! Die Völker der Welt werden siegen, der Imperialismus wird unterliegen! – schall es ihnen im Sprechchor entgegen.

Im Anschluß war eine Kundgebung vor dem Rathaus, auf der ein Vertreter der SASM (Südafrikanische Studentenunion) und der Genosse Hildebrandt, der vor zwei Tagen nach einjähriger Haft aus dem Gefängnis entlassen worden war, sprachen. Auf der Kundgebung wurden für eine Druckmaschine für die SASM (Südafrikanische Studentenunion) über 500 DM gespendet! Auf der Veranstaltung mit der SASM am Vorabend waren schon über 900 DM gesammelt worden.

Eiertanz um Grenzverletzung:

Die BRD ist stets im Recht

Am Mittwoch letzter Woche ließ die Bundesregierung von ihren Sprechern erklären, daß „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Verschleppung der beiden Grenzschutzbeamten vorliege". In den Spätnachrichten trat Innenminister Maihofer persönlich auf, erklärte die Lage für „ernst" und ließ keine andere Möglichkeit als einen „Überfall der DDR-Grenzbeamten" zu.

Egal, wie die Sache tatsächlich verlief, die BRD hat jedenfalls das Recht, Druck auszuüben. „Regierungssprecher Bölling hatte am Mittwoch erklärt, *unabhängig vom tatsächlichen Hergang* entspreche das Vorgehen der DDR nicht dem zivilisierten Verhalten zwischen Nachbarstaaten." (Mannheimer Morgen, 18. Juni)

Am Donnerstag, nachdem die Grenzsoldaten im DDR-Fernsehen erklärt hatten, bewußt die Grenze überschritten zu haben, um Bauarbeiten zu beobachten, erklärte der verantwortliche Bundesgrenzschutz-General Rudloff: „Wir haben gesagt, anhand der Fakten, des klaren Grenzverlaufs, des Trampelpfads usw. schließen wir es eigentlich aus, daß jemand unabsichtlich die Grenze überschreitet, und ich meine, wir gingen davon aus, daß deshalb vermutlich eine Verschleppung vorliegen müsse, und ein Akt der Verschleppung liegt eigentlich immer vor, *ob das jetzt vom Bundesgebiet ist oder ob es vom Gebiet der DDR ist,* wenn einer ein paar Meter drüben ist, dann hat er eben ein paar Meter die Grenze überschritten, und dann wurde er dann da festgenommen und wurde verschleppt. (...) Ein absichtliches Überschreiten, das schließe ich allerdings aus." (Heute, 17. Juni) Rudloff einen Tag später: „Sie sind deshalb in den Wald hineingegangen, um die Bauarbeiten besser beobachten zu können." (Heute, 19. Juni)

Ließ sich die Lüge mit der Verschleppung nicht länger aufrechterhalten, pochte die Bundesregierung erst recht auf ihr Recht, Druck auszuüben, und sprach der DDR überhaupt das Recht ab, ihre Staatsgrenze zu bewachen und Grenzverletzungen zu verhindern: „Die Regierung der DDR hat durch die Freilassung gezeigt, daß sie den Ernst und die Dringlichkeit unserer Vorstellungen in Ostberlin und in Bonn richtig eingeschätzt hat. Auch nach der Freilassung bleibt unser Standpunkt insofern unverändert, nämlich für den Fall, daß sich an der Grenze Dienst tuende Beamte, *ob versehentlich oder nicht,* sich auf das Territorium des anderen Staates begeben, die aufgefordert werden, sich zurückzuziehen." (Regierungssprecher Bölling, Heute, 18. Juni)

Befriedigt legt sich die Bundesregierung. Erst schickt sie ihre Soldaten über die Grenze zur DDR. Werden die Grenzer gefaßt, dann redet die Regierung von Verschleppung. Wird sie dann der offensichtlichen Lüge überführt, dann nutzt sie den Anlaß, aufzutrumpfen und Grenzverletzungen für ihr gutes Recht zu erklären – es ist die Gangsterlogik einer imperialistischen Macht.

Die Arbeiterklasse in Westdeutschland hat ein Interesse an der Revolution in der DDR, genauso wie sie in der BRD für ihre Befreiung vom Kapitalismus und Imperialismus kämpft. Wenn sich die BRD-Regierung das Recht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR herausnimmt, widerspricht das den Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes.

Regionalpolitik

Als „regionalpolitisch erwünscht" bezeichnet der Bundesrat „ein zumutbares Pendeln von Arbeitskräften" in einer Stellungnahme zu Förderungsmaßnahmen für Arbeitsplätze aus ERP-Sondervermögen. „Die industrielle Entwicklung" dagegen soll „vorwiegend von Schwerpunkten aus" gefördert werden. Kurze Wege und billige Verbindungen für die Kapitalisten, lange Wege für die Arbeiter, das ist das Grundprinzip dieser „Strukturpolitik". Die Arbeiter und Angestellten müssen sie bezahlen: Mit ihrer Zeit, mit wachsenden täglichen Fahrtkosten. (Bundestagsdrucksache 7/5320)

Kapitalistennachwuchs

Zinsgünstige Darlehen in Höhe von 141,8 Millionen DM hat die Bundesregierung im letzten Jahr zur „Sicherung des unternehmerischen Nachwuchses" vergeben. Das ist eine Steigerung von 227 Prozent innerhalb von fünf Jahren. Finanziert wird dies über ein „ERP-Existenzgründungsprogramm". Im selben Maß wie die Unsicherheit für die Arbeiter zunimmt, sorgen sich die Sozial- und Freidemokraten in der Regierung um den Kapitalistennachwuchs, bezahlen müssen es die Lohnabhängigen über die Steuer.

Stichbahnen zu Polens Reichtümern

Die Sowjetunion und Polen haben den Bau einer neuen Eisenbahnlinie in Südpolen beschlossen von der polnisch-sowjetischen Grenze nach Kattowitz. Auf der 400 Kilometer langen Strecke soll sowjetisches Eisenerz für die neue Großhütte „Katowice" sowie polnische Schwefelerze in die Sowjetunion laufen. Kürzlich wurde mitgeteilt, daß auch die erste Autobahn Polens ebenfalls von Kattowitz Richtung Lemberg in Ost-West-Richtung trassiert werden soll. Von den polnischen Verkehrsbedürfnissen wäre eine Nord-Süd-Autobahn wesentlich dringlicher gewesen. (Nach: Blick durch die Wirtschaft, 18. Juni)

Azania (Südafrika)

Das Volk von Azania erhebt sich gegen das Kolonialistenregime



Eine Schülerdemonstration gegen die Einführung der verhaßten Unterdrückersprache und die Schüsse der Polizei lösten die Kämpfe aus, die das Volk von Azania führt gegen nationale Unterdrückung und gegen die Ausbeutung

„Gesetz und Ordnung müssen hergestellt werden, was immer das auch kosten mag“, mit dieser markig klingenden Erklärung verabschiedete sich Vorster, der Ministerpräsident des südafrikanischen Kolonialistenregimes, bevor er nach Westdeutschland abflog, um hier bei Kissinger und Bundeskanzler Schmidt Rapport zu erstatten. (Süddeutsche Zeitung vom 21.6.) Der Mann weiß, was er den großen Investoren aus den USA und der Bundesrepublik schuldig ist, die aus der Ausbeutung der billigen schwarzen Arbeitskraft Höchstprofite erzielen: Er muß die bedingungslose Unterwerfung der schwarzen arbeitenden Massen garantieren.

In der vergangenen Woche ist der Versuch zusammengebrochen, die wildeste Unterdrückung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit durch Gerede über den Ausgleich zwischen den Rassen zu kaschieren.

In Soweto, wo 1 Million Schwarze eingepfercht sind, um im benachbarten weißen Johannesburg als Arbeitssklaven vernutzt zu werden, brach die Revolte aus, die diese Pläne des Regimes zusammenstürzen ließ.

Seit mehr als einem Monat lag in den Schulen von Soweto und Johannesburg, speziell in der Phefeni-Highschool, das Zentrum der Widerstandskampagne gegen die Zwangseinführung des burischen Afrikaans als Unterrichtssprache für schwarze Schüler. Organisiert wurde diese Kampagne hauptsächlich von der SASM (South African Student Movement), die eng mit der SASO (South African Student Organisation) zusammenarbeitet. Afrikaans ist die Sprache der weißen Unterdrücker und Landräuber. Der Widerstand dagegen symbolisiert die vollständige Zurückweisung des Apartheid-Systems, der weißen Ausbeuterherrschaft über die schwarzen arbeitenden Klassen, die durch das Apartheid-System erhalten werden soll.

So ist der Kampf nicht nur gegen die verhaßte Schulsprache, sondern gegen das ganze Unterdrückungssystem gerichtet, und er wird nicht nur von den Schülern und Studenten getragen, die die Initiative ergriffen hatten, sondern von den Arbeitern und der ganzen Bevölkerung. In den Industriegebieten gibt es eine enge Beziehung zwischen Studenten und Arbeitern. Alle kämpfen gemeinsam gegen das gleiche Ausbeutungssystem. Der Kampf der Schüler und Studenten von Soweto war von vornherein Teil des nationalen Befreiungskampfes vom kolonialistischen Siedlerregime.

Verschärft wurde der Kampf durch den brutalen Polizeiterror, mit dem das Regime reagierte. Die Polizei eröffnete auf eine Demonstration schwarzer Schulkinder das Feuer. Ein höherer Polizeioffizier in Soweto erklärte einem Reporter der Londoner „Times“: „Wir haben in die Menge hineingeschossen. Es nützt ja nichts, über die Köpfe hinwegzuschießen.“ (Frankfurter Rundschau 19.6.) Und ein führender weißer Beamter in der schwarzen Vorstadt Alexandra äußerte gegenüber dem Johannesburger „Sunday Express“, als insgesamt schon über 100 Schwarze erschossen waren: „Besser erschießen wir jetzt drei Afrikaner als nächste Woche zehn.“ (Süddeutsche Zeitung 21.6.) Von Hubschraubern aus werden wahllos Tränengasbomben in die Menge geworfen.

Alle Zweifler an der Sicherheit von Kapitalanlagen in Südafrika sollen beruhigt werden: Vor keinem Blutbad wird zurückgescheut, um die Kolonialistenherrschaft aufrecht zu erhalten.

Der Kampf in Soweto fand sofort breite Unterstützung in anderen Städten und an den schwarzen Universitäten. Überall gingen in den schwarzen Ghettos die „Symbole weißer Herrschaft“ in Flammen auf wie die „Frankfurter Rundschau“ berichtet: Nahezu alle Gebäude der weißen Bantu-Verwaltung wurden zerstört, allein in Soweto 21. Weiter 3 Schulen, ein Hotelneubau, die Ausgabestellen für die verhaßten Pässe. Die Regierungsbusse, die am frühen Morgen in die Vorstädte kommen, um die schwarzen Arbeiter in die Fabriken und Minen zu bringen, wurden von ihnen „angegriffen, in einigen Fällen erobert und angezündet“, meldet der „Daily Telegraph“ am 19. Juni. Ein weiterer Angriffspunkt waren die Spirituosenläden, die in Südafrika von der Regierung betrieben werden und ebenfalls Instrumente der Unterdrückung der Afrikaner sind. Diese Läden, mit dem die Regierung den Alkoholismus fördert, um die Schwarzen moralisch zu brechen, wurden an vielen Orten zusammengeschlagen und angesteckt.

Um die schwarzen Arbeiter, die gemeinsam von den weißen Herren ausgebeutet werden und die schwarze Bevölkerung insgesamt zu unterdrücken, muß das Siedlerregime versuchen, sie zu spalten. Das geschieht vorwiegend, indem sie gewaltsam nach Stämmen getrennt werden.

Die Aufstände der letzten Woche haben bewiesen, daß das Regime damit gescheitert ist. „Bei den Demonstrationen in Soweto und in anderen Zusammenstößen ist der Ruf laut geworden: „Viva Azania!“, berichtet die „Frankfurter Rundschau“. Und die englische Zeitung „The Guardian“ teilt mit: „Jeder Autofahrer wird (von den schwarzen Aufständischen) gestoppt und ihm wird nur erlaubt weiterzufahren, wenn er sich ausweisen kann, entweder durch die Losung ‚Amandla‘ (Macht) und den Black Power Gruß oder wenn er die Aufständischen davon überzeugen kann, daß er kein Regierungsvertreter oder Beamter ist.“ Die Johannesburger Zeitung „The Star“ sorgt sich: „Erstmals nach dem Verbot des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) vor fünfzehn Jahren habe sich eine Front der Schwarzen gebildet. Sie vereine alle Stammesgruppen in Soweto.“ (Frankfurter Allgemeine 19.6.)

Die Aufständischen handeln keineswegs als Stammesangehörige, sondern als Angehörige einer unterdrückten Nation, Azania, und in den Kämpfen gegen die Kolonialisten, die sie spalten wollen, verstärkt sich noch ihr gemeinsames Nationalbewußtsein.

1960 in Sharpeville hat auch die südafrikanische Polizei in eine unbewaffnete und friedliche Demonstration vor einem Paßbüro hineingeschossen und 69 Demonstranten getötet. Damals war in der Befreiungsbewegung die Ideologie der Gewaltlosigkeit noch stark und ihre Ideologen waren häufig schwarze Pfarrer. Die Schüsse der Polizei haben damals eine darauf ganz unvorbereitete Bewegung getroffen, ihr zugleich aber die Augen dafür geöffnet, daß die Gewalt der Ausbeuter und Unterdrücker durch die Gewalt der Unterdrückten niedergeschlagen werden muß. Heute wird die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes breit erkannt und die Entschlossenheit ist vorhanden, ihn zu führen. Das Volk hat zwei der Rassistenbeamten totgeschlagen und die überlegen bewaffnete Polizei stets direkt angegriffen. Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtet, daß der „einzige Schutz vor den Polizeikugeln die Deckel von Mülleimern waren und Steine die einzigen Waffen.“ Dennoch haben die Volksmassen der Polizei getrotzt und es mußten Militäreinheiten aufgeboten werden, um den offenen Widerstand zu ersticken. Die Bewegung hat seit dem großen Zusammenstoß von Sharpeville nicht nur an Breite gewonnen, sondern auch an Militanz.

Das südafrikanische Rassistenregime hat erklärt, die Kämpfe seien nicht spontan ausgebrochen, sondern seien organisiert und verfolgten das Ziel, eine Polarisierung zwischen den Rassen herbeizuführen. Organisiert war die Widerstandskampagne an den Schulen. Die Aufstände in den Vorstadtghettos waren noch weitgehend spontan. Aber sie drängen auf Organisierung, die aus der einzelnen Revolte bewußte Schritte macht im fortbestehenden nationalen Befreiungskampf.

Wie düster die herrschende Ausbeuterklasse in Südafrika selbst ihre Perspektive sieht, das spiegelt am feinsten die Börse wieder, über die es Ende der letzten Woche hieß: „Die Börse von Johannesburg verzeichnete beträchtliche Kurseinbrüche.“

In den USA und in Westeuropa zeigen sich die Schutzmächte des weißen Siedlerregimes trotz der Polizeimassaker sehr besorgt. Sie sind direkt an der Ausbeutung der schwarzen Arbeiter beteiligt und fürchten, daß die Rohstoffe des reichen Landes in die Hände ihrer rechtmäßigen Eigentümer übergehen könnten durch den Sturz der weißen Herren. Die Bundesregierung hat einige Empörung geheuchelt über die südafrikanischen Polizeimassaker. Unmittelbar darauf treffen sich in dieser Woche Schmidt und Genscher mit dem Chef der Räuberbande, welche die Herrschaft über Südafrika ausübt. Eigentum westdeutscher Kapitalisten ist in Südafrika in Gefahr, da sind alle Mittel recht, um es zu schützen: Für die Öffentlichkeit gesprochen distanzierende Sprüche gegenüber dem südafrikanischen Regime, unter der Hand Stützung des Regimes durch heimliche Lieferung von Kriegsmaterial und durch Förderung des Kapitalexports.

Der zuständige Polizeikommandeur hat für die Zuverlässigkeit der Vorster-Regierung gegenüber ihrem imperialistischen Auftraggeber Zeugnis abgelegt. Vor der internationalen Presse hat er erklärt: „Ich habe von oben jede Deckung, die ich brauche. Von jetzt an werden wir rauhere Methoden anwenden.“ (Daily Telegraph 19.6.) Die Brutalität der Unterdrückung soll also noch zunehmen, die beispiellose Polizeikontrolle über die schwarze Bevölkerung, von deren Arbeit das Kolonialregime lebt, soll noch ausgedehnt werden. Auf diese Weise tragen die herrschenden Ausbeuter in Südafrika das Ihre dazu bei, eine radikale Revolution vorzubereiten, einen nationalen Befreiungskampf, der ohne jede Möglichkeit zum Kompromiß durchgefochten werden muß, um das südliche Afrika vollständig von der unerträglichen Last imperialistischer Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien.



Kinderarbeit auf den Landgütern der weißen Kapitalisten

Einige Daten über Südafrika

1973 lebten in Südafrika
16217000 Afrikaner
2812000 Farbige
3958000 Weiße.

Von 1221042 Quadratkilometern Bodenfläche sind 152322 Quadratkilometer oder 12,5 % im Jahr 1973 als schwarze Reservate eingeteilt, die sogenannten Homelands. Die restlichen 1068719 Quadratkilometer oder 87,5 % gehören den Weißen. Zu geringem Teil auch der „farbigen Bevölkerung“. (M. Horell, South Africa) Das Landgesetz verbietet den Afrikanern außerhalb der Reservate Land zu kaufen. Mehr als 50 % der Schwarzen leben auf weißem Gebiet, als Arbeiter mit Sondererlaubnis. Sie werden dort eingesperrt in Ghettos wie Soweto, wo es ihnen verboten ist, Grund und Boden oder Häuser zu erwerben. Außerhalb der Ghettos dürfen sich Schwarze ohne ausdrückliche Genehmigung in weißen Gebieten nicht aufhalten. Die Paßgesetze zwingen alle Schwarzen, ständig einen Paß mitzutragen, in dem ihre Aufenthaltserlaubnis eingetragen ist. Dafür ein Beispiel:

„Afrikanische Frauen, die als Hausangestellte im Gebiet der West-Rand Bantu-Verwaltung arbeiten, sind gezwungen, ein offizielles Dokument zu unterschreiben, daß sie ihren Kindern niemals erlauben, sie zum Haus des Arbeitgebers zu begleiten.

‚Ich ... die Unterzeichnete, erklärte hiermit, daß die von mir gemachten Angaben (eig. über Stammeshäuptling, Ehemann, Zahl, Namen und Alter der Kinder) stimmen und ich einverstanden bin, daß der von mir eingegangene Vertrag sofort beendet wird, wenn eines meiner Kinder/Angehörigen mich in das genannte Gebiet begleitet oder wenn ich nicht die vorgeschriebene Unterkunft benütze.‘ “ (Aus: pro veritate 10/73)

Das Land, das die weißen Siedler den Afrikaner geraubt haben, ist fruchtbar und gut bewässert. Die sogenannten Homelands der Schwarzen bestehen aus sehr armen Landwirtschaftsgebieten.

Geraubt wurden den Schwarzen die reichen Bodenschätze des Landes. In einer Propagandazeitschrift des Siedlerregimes werden sie westdeutschen Kapitalisten angeboten:

„Südafrika ist einer der wichtigsten und zuverlässigsten Lieferanten für strategische Mineralien und Rohstoffe. Dazu gehören Gold, Uran, Kohle, Kupfer, Platin, Asbest, Eisen, Mangan, Chrom, Zinn, Nickel und Vanadium. Derzeit werden mehr als 50 verschiedene Mineralien in Südafrika gewonnen.“ (Afrika Post 2/74, S. 57)

In den Minen bei härtester Arbeit verdiente ein schwarzer Arbeiter 1973 nicht mehr als 30 Rand (etwa 120 DM). Ein weißer Arbeiter bekam 437 Rand (damals etwa 1740 DM).

Für die Weißen besteht die Schulpflicht und das Recht auf Schule, für die Afrikaner nicht. Der Schulaufenthalt dauert für ein gutes Viertel der schwarzen Schüler nur ein Jahr. Die afrikanischen Schüler müssen Gebühren, Schulbücher und Uniformen bezahlen, für die Weißen ist der Schulbesuch kostenlos. Die staatlichen Ausgaben für einen weißen Schüler sind etwa siebzehnmal so hoch wie die für einen schwarzen Schüler.

Südafrika besitzt die höchste Gefangenenzahl pro Kopf der Bevölkerung, 441 Gefangene auf 100000 Einwohner (BRD 83,6; Niederlande 22,4).

In Südafrika werden täglich an 120 Personen Prügelstrafen vollstreckt. Zwischen dem 1. Juli 72 und dem 30. Juni 73 insgesamt 45233 Prügelstrafen nach Statistiken des südafrikanichen Justizministeriums. (Süddeutsche Zeitung 4.4.74)

Von Polizisten bei der „Erfüllung ihrer Pflichten“ erschossen wurden 1972 88 Schwarze und Farbige, 56 wurden zum Tode verurteilt.

Die Direktinvestitionen des westdeutschen Kapitals in die Südafrikanische Republik sind von 280 Millionen DM 1965 auf 2,6 Milliarden DM 1972 gestiegen. „Blick durch die Wirtschaft“ vom 23. Oktober 75 schätzt, daß sie Ende 1975 bei 4 Milliarden liegen würden.

(Daten, soweit nicht angegeben, aus: Wartenberg B. und W., Südafrika, Ein Handbuch)

Die Aufstände weiten sich aus

Entgegen den Versicherungen des Siedlerregimes an seine imperialistischen Geldgeber ist es Polizei und Armee nicht gelungen, den Widerstand in den schwarzen Vorstädten niederzuwerfen. Am Montag, den 21.6., erhob sich die schwarze Bevölkerung in 6 weiteren Vorstädten. An den Wänden der Häuser steht zu lesen: „Unterstützt Soweto!“ und „Betet nicht, kämpft!“.

Ausgelöst wurden die neuen Kämpfe von Arbeitern um sechs Uhr morgens, „als Zehntausende von Afrikanern sich auf den Weg zu den Bushaltestellen machten. Mehr als ein Dutzend Busse wurden allein in Mabopane zerstört. Dann legten die Demonstranten Feuer an die öffentlichen Gebäude und räumten die Geschäfte aus. Die verhaßten Archive des lokalen Bantu-Rates – in der die Akten der Bevölkerung liegen – wurden verwüstet.“ (Süddeutsche Zeitung, 22.6.)

Erstmals griffen die Aufstände auch aufs Land über: In der Nähe Pretorias wurden Farmen der durch Land- und Viehraub reich gewordenen weißen Farmer angegriffen. Auch in den sogenannten Homelands, den Reservaten für Schwarze, formiert sich der Widerstand gegen nationale Unterdrückung und gegen die Ausbeutung. In Bophustatswana wurden von der Regierung sämtliche Internatsschulen wegen „Unruhen“ unter den Schülern geschlossen.

Je länger die Aufstände anhalten und je weiter sie sich ausdehnen, umso stärker kommt das Rassistenregime unter Druck. Der Polizeiminister Krüger sah sich jetzt zu der Erklärung veranlaßt, die Regierung wisse, „daß es außerhalb von Südafrika Leute gebe, die sagten, daß es zu Entwicklungen wie in Angola und Mozambique kommen könne. Ich kann kategorisch sagen, daß dies in Südafrika nicht geschehen wird. Es ist klar, daß wir die Lage unter Kontrolle behalten können, was den Portugiesen in Mozambique nicht möglich war.“ Das ist eine Erklärung zur Beruhigung der imperialistischen Auftraggeber und Kapitalexporteure.

Innerhalb von Südafrika ist das Regime so weit, daß es den weißen Beamten der Bantu-Verwaltung (so wird die Reservatsverwaltung über die schwarzen Volksmassen genannt) raten mußte, sich von den Vorstädten fernzuhalten. Zwei von den weißen Beamten waren in Soweto erschlagen worden. Das Rassistenregime befindet sich heute im offenen Bürgerkrieg gegen die schwarzen arbeitenden Massen Südafrikas. Nur unter Waffen und in organisierten Einheiten können sich seine Beamten noch im Volk bewegen. Der Befreiungskampf des Volkes von Azania ist einen großen Schritt voran gekommen. (22.6.76)

Tag der offenen Tür im Standort Schwanewede

Dreiste Heuchelei unter dem Schirm von Feldjägern und Polizei

Schwanewede/Bremen. Am 30. Mai veranstaltete die Panzergrenadierbrigade 32 wieder einen Tag der offenen Tür. Der letzte fand vor acht Jahren statt.

Seit 1958 befindet sich die Brigade 32 in Schwanewede. Sie ist eine von drei Brigaden der 11. Panzergrenadierdivision. Die Truppenteile umfassen etwa 3 000 Soldaten in Schwanewede mit 750 Rad- und 320 Kettenfahrzeugen.

Im norddeutschen Raum überschlägt sich die Bundeswehr momentan. Eine Propagandaschau jagt die andere. Es scheint einiges aufzuholen zu geben. Die Massen sollen verstärkt für die imperialistischen Ziele der westdeutschen Bourgeoisie gewonnen werden. In Schwanewede kamen aus der weiteren Bremer Umgebung über 20 000 Menschen. Gezeigt wurden Waffen, Panzerfahrten, Fallschirmspringer, und gekauft werden konnten Erbsensuppe und Würstchen. Daß sich so viele für die Waffen unter dem Kommando der Kapitalisten interessieren, ist gut und nicht schlecht. Denn wann hat man es schon, daß der sonst streng mit Schußwaffen abgeriegelte „militärische Sicherheitsbereich" vom einfachen Volk besehen werden darf? „Wenn auch der Soldat und Militärfahrzeuge zum gewohnten Bild auf den Straßen der Gemeinde geworden sind, so ist sicher vielen Bürgern der Alltag der Soldaten nach wie vor fremd geblieben. Die Absicht der Brigade 32, nach Jahren der Pause wieder einmal einen Tag der offenen Tür zu veranstalten, ist daher zu begrüßen." So äußerten sich der Bürgermeister und der Gemeindedirektor von Schwanewede. Man versprach den Besuchern, „. . . daß sie das Leben und den Dienst der Soldaten aus nächster Nähe kennenlernen" würden (so Oberst Ohm, Brigadekommandeur).

Daß die seltene Offenherzigkeit nicht gar zu offen werde, dafür sollten die über 100 Feldjäger sorgen, die pausenlos im Einsatz waren. Sehen und staunen sollten die Besucher, eingeschüchtert sollten sie nach Hause gehen, die Verhältnisse sollten nicht zur Sprache kommen.

Das Soldaten- und Reservistenkomitee Bremen und die Ortsgruppe Bremen des KBW nutzten diesen Tag. Über 5 000 Flugblätter wurden verteilt, ein Informationsstand über die wirklichen Verhältnisse in der Brigade 32 und die Zwecke der Armee als gepanzerte Faust des westdeutschen Imperialismus wurde den ganzen Tag über am Eingang der Kaserne durchgeführt. In der Kaserne wurde ebenfalls die Diskussion gesucht. Man hört, daß es zu über 20 Festnahmen und Hausverboten kam, vor allem aber zu lebhaften Diskussionstrauben, also zum geraden Gegenteil der Ziele der frechen Feldjägereinsätze. Schnell gab es zwei Pole: alte militaristische Haudegen und auf der anderen Seite empörte Besucher der Kaserne. Im folgenden drucken wir den Bericht eines Soldaten über Vorbereitung, Durchführung und Wirkung dieser Schau auf die Soldaten ab. Daran schließt sich an die Darstellung eines Besuchers, wie er beim Flugblattverteilen in Berührung mit Feldjägern und Polizei kam.

Tor der Lützow-Kaserne



Zwei Genossen wurden von Feldjägern aus der Kaserne geführt



Stand vor der Kaserne

Ein Soldat berichtet über die wirklichen Verhältnisse in Panzerbrigade 32
Der Besucher sollte über die Wirklichkeit in der Bundeswehr hinweggetäuscht werden

Daß hier die Besucher systematisch über die Wirklichkeit in der Bundeswehr hinweggetäuscht werden sollten, hat jeder Soldat spätestens am Tag der Besichtigung erfahren. Das fing damit an, daß es verboten war, sich im Monteursanzug blicken zu lassen, auch wenn Dreckarbeiten vorgeführt wurden. Die Besucher durften nur bestimmte Unterkünfte betreten, die vorher besonders geputzt worden waren und wo das Mobiliar erst vor wenigen Monaten erneuert worden ist. Die meisten Kameraden der Brigade 32 müssen sich mit etwa 18 Jahre altem und entsprechend vernutztem Mobiliar begnügen. Auf der Rückseite meines Spindes findet sich z.B. der Stempelaufdruck: Baujahr 1958.

Nicht genug damit, daß wir am Wochenende nicht nach Hause fahren konnten, diese Propagandaschau ging in jeder Beziehung auf Kosten der Mannschaften. Darüber kann auch Oberst Ohm nicht hinwegtrösten, der hinterher für alle beteiligten Soldaten einen Tag Sonderurlaub gewährte. Einige Kameraden mußten das Wochenende auf ihren Tisch verzichten, weil dieser für ein „feldmäßiges Essen" mit Oberst Ohm und 150 geladenen Gästen verwendet wurde. „Feldmäßiges Essen" heißt für diese Herrschaften natürlich nicht, daß sie auf Ordonnanzen und ähnliches verzichten.

In der 3. Batterie des Panzerartilleriebataillons 325 sollte „der Soldat in seiner Freizeit" vorgeführt werden. Die vorführenden Soldaten waren selbst darüber erstaunt, was sie da angeblich alles in ihrer Freizeit tun. Sie erklärten, daß schon die eine Hälfte der Batterie zu Hause sein und die andere Hälfte mit einer Bierflasche herumlaufen müßte, wenn die tatsächlichen Freizeitmöglichkeiten in der Kaserne dargestellt werden sollen. Stattdessen wurden Soldaten gezeigt, die eine Carrera-Autobahn aufbauen oder nach Feierabend ihre Berufsausbildung vervollständigen. Dazu wurden auch die Betten aus Mannschaftsstuben entfernt; die Kameraden mußten das Wochenende in vor der Öffentlichkeit abgeschirmten 12-Bett-Stuben schlafen. Natürlich ließen es sich viele Kameraden nicht nehmen, wenn möglich dieses Trugbild zu stören. So ist z.B. die vorher befohlene Grußpflicht für alle Vorgesetzten kaum befolgt worden. Nach einer Nahkampf-Vorführung ging ein Kamerad mit seinem Schiffchen rum, tat so, als ob er Geld sammeln wollte, und erinnerte so an die materielle Lage der Wehrpflichtigen.

Die Sonderausgabe der „Volksmiliz", Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees Bremen, die vor der Kaserne verteilt wurde, haben viele Kameraden begrüßt, weil sie Dinge enthüllte, die den Besuchern verschwiegen werden sollten. „Die Heuchelei, die wir heute erlebt haben, muß in die Zeitung", meinte ein Kamerad, der den Volksbetrug nicht ruhig mit ansehen konnte.

Auch die Aktionen der Feldjäger, die politische Diskussionen unter den Besuchern verhindern sollten, sprachen sich schnell herum. Ein MAD-Spitzel hat einen Kameraden ausgequetscht und die Antworten auf Tonband festgehalten, nachdem einige Genossen mit einer Eritrea-Plakette ihn angesprochen hatten. Seine Fragen zeigen, was der MAD sucht: „Was haben die wissen wollen? Haben Sie ein Flugblatt bekommen? Sie Sie zu einer Veranstaltung eingeladen worden?" Der einzigartige Aufmarsch von zivilen und uniformierten Feldjägern und MAD hat auch vielen Besuchern die Unterdrückung, Kontrolle und Bespitzelung in der Bundeswehr klargemacht.

Ein Besucher berichtet: „Ein Diskussionsverbot konnten die Feldjäger nicht durchsetzen"

Am vergangenen Samstag folgte ich der Einladung zum Tag der offenen Tür der Bundeswehrkaserne in Schwanewede. Wie Tausende anderer zog ich von Panzer zu Panzer, Waffenschau zu Waffenschau, um mich über die Bundeswehr zu informieren. Schon am Eingang aber fiel mir die scharfe Kontrolle auf, mit der die Wachhabenden jeden beäugten. Als ich dann mit verschiedenen Menschen über den Stacheldraht auf den Mauern diskutierte, der meiner Meinung nach ein ausgezeichnetes Symbol der Trennung dieser Armee vom Volk ist, stieß ich auf Interesse, über diese Armee zu sprechen und nicht nur die Waffenarsenale zu betrachten. Zu diesem Zweck wurden auch Flugblätter verteilt, die den Charakter dieser Bundeswehr als imperialistische Armee aufdeckten. Nachdem ich beinahe einmal ganz durch die Kaserne gelaufen war, hielten auf einmal mehrere Feldjäger mit ihren Motorrädern vor mir. Ich wurde beiseite gerissen und man wollte mich in einen Jeep zerren. „Sie haben Flugblätter verteilt", wurde mir vorgehalten. Ich forderte die Uniformierten auf, das den Umstehenden zu erklären. Immer mehr sammelten sich um uns herum. Man versuchte mich schnell, aber vergeblich in den Wagen zu stecken. Ich wehrte mich entschieden, und die Beamten mochten in Anwesenheit so großer Öffentlichkeit nicht härter durchgreifen. Stattdessen riefen sie immer mehr Feldjäger zu Hilfe. Schließlich kam ein VW-Bus, in den sie mich dann hineinverfrachten konnten. Man fuhr mit mir in hohem Tempo laut hupend durch die Menschenmengen. Ein entlarvendes Schauspiel. Um eine Diskussion zu verhindern, kreuzten zahlreiche Kradfahrer durch die Kaserne. Feldjäger in Zivil waren aufgeboten worden, um den Tag der offenen Tür nicht tatsächlich zu einem Kontakt zwischen Volk und Bundeswehr werden zu lassen. Ich landete in der Einsatzzentrale der Feldjäger. Dort verlangte man meinen Namen und Adresse, dann erteilte man mir Hausverbot und ließ mich von einer Streife zum Tor fahren. Ich wurde genau hinter die Torlinie gebracht, und man warnte mich, wieder die Kaserne zu betreten. Ich blieb stehen, wo man mich hingebracht hatte, und begann die vorbeiziehenden Besucher der Kaserne zu informieren, wie man die Auseinandersetzung an diesem Tag seitens der Bundeswehr führte. Ich erklärte den isolierten und abgetrennten Charakter der Armee. Ich ging ein auf die Angst, mit der man offensichtlich hier die Debatte fürchtete. Eine Zeitlang sahen sich das die Feldjäger an. Doch als immer mehr Menschen stehenblieben, als fast zweihundert mir zuhörten, als immer öfter Uniformierte bis hin zu Offizieren mit mir diskutieren wollten, Entgegnungen vorbrachten, aber sofort von den Feldjägern und ihren Vorgesetzten Diskussionsverbot erhielten, griffen sie mich erneut an und zerrten mich wieder auf das Gelände, für das ich soeben Hausverbot erhalten hatte. Das verwunderte sogar die Umstehenden.

Und als ich dann in eine Wache gezerrt wurde, zogen fast hundert Leute vor die Wache, die sofort von Feldjägern abgesperrt wurde. Man verlangte meine Freilassung. Da wußten sich die Herren nicht mehr zu helfen, verwiesen darauf, das alles sei militärisches Gelände, auf dem ich mich aufgehalten hätte, und da seien Diskussionen nicht gestattet. Man telefonierte nach der Polizei, und ich wurde in einen Polizeibus verfrachtet, der mich davonfuhr. Drei Kilometer von der Kaserne entfernt ließ man mich frei – mitten auf der Landstraße. Meinen Hinweis auf mein Auto quittierten die Beamten mit der Ankündigung: „Mit dir fahren wir jetzt nach Spanien!" Der polizeiliche Plan mißlang. Ein vorbeifahrender Autofahrer nahm mich wieder mit zurück. (SRK Bremen)

Mit Geldstrafen, Staatsschutz und Militärpopen gegen die Soldaten

„Wann war die innere Einstellung der Soldaten zu ihrem Dienst besser als jetzt?" „Ist es nicht ungeheuer viel, daß es gelungen, ist, daß gute Disziplin und menschliche Würde in einem solchen Maße sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern als sich miteinander vereinbarende Elemente in unserer Bundeswehr anzutreffen sind", so Verteidigungsminister Leber (SPD) in der Sicherheitsdebatte des Bundestages am 15. Januar. Der Minister lobte die SPD/FDP-Regierung dafür, daß sie „mit viel Mühe die Zweifel beseitigt und damit jungen Menschen den Auftrag und die Reputation der Bundeswehr klargemacht haben".

	Staatsschutzausgaben, MAD		Geldstrafen, Geldbußen		Mittel für die planmäßigen Beamten der Militärseelsorge	
	in Millionen DM	Prozentualer Anstieg (1960 gleich 100)	in Millionen DM	Prozentualer Anstieg (1960 gleich 100)	in Millionen DM	Prozentualer Anstieg (1960 gleich 100)
1955						
1956	8	73			0,0114	0,3
1957	10	91			1,88	52
1958	11	100	0,005	2	2,7	75
1959	11	100	0,005	2	3,0	83
1960	11	100	0,25	100	3,6	100
1961	14	127	0,3	120	3,5	97
1962	18	164	1,8	720	5,0	139
1963	19	173	1,0	400	5,2	144
1964	19	173	2,0	800	5,6	156
1965	19	173	2,2	880	6,5	181
1966	22	200	2,2	880	7,6	211
1967	23	209	2,0	800	8,5	236
1968	24	218	2,0	800	8,1	225
1969	30	273	2,0	800	8,6	238
1970	34	309	2,0	800	10,3	286
1971	37	336	2,3	920	12,0	333
1972	48	436	3,3	1 320	12,8	356
1973	64	555	4,2	1 680	13,4	372
1974	71	646	6,0	2 000	13,8	383
1975	76	691	5,0	2 000	15,6	433

Über die Mühe, die sich die Regierung gemacht hat, um die „innere Einstellung" der Soldaten zu ihrem Dienst zu verbessern, läßt sich einiges den nebenstehenden Tabellen entnehmen. Seit 1960 ist die Höhe der vorauskalkulierten Einnahmen aus Geldstrafen („Diszis") auf das Zwanzigfache hochgesetzt worden. Die Ausgaben für politische Kontrolle der Soldaten durch MAD und sonstige Organe des Staatsschutzes wurden auf das Siebenfache gesteigert. Für Pfaffen, mit denen auf die „innere Einstellung" der Soldaten losgegangen wird, wurde das 4,3-fache an Geld aufgewendet. Seit Antritt der sozialdemokratischen Verwaltung des Ministeriums im Jahr 1969 stiegen die Aufwendungen für Unterdrückung der Soldaten besonders rasch: um das 2,5-fache bei den Staatsschutzausgaben gegenüber dem 1,6-fachen in den sechs Jahren vorher. Bei den Geldstrafen ebenfalls um das 2,5-fache und bei den Zahlungen an die Militärprediger um das 1,8-fache.

Besatzungstruppen laden ein

Offiziere zensieren die Besucher

Freiburg. Letztes Wochenende war „Tag der offenen Tür" in der französischen Garnison in Freiburg. Mit Tombola, Bier und Kunstflugeinlagen wollten die französischen Militaristen die Bevölkerung für die Anwesenheit der Besatzertruppen in Westdeutschland gewinnen.

Daß dies der alleinige Zweck der Angelegenheit war, zeigte sich sehr deutlich, als Mitglieder des Soldaten- und Reservistenkomitees Freiburg vor den Eingängen Zeitungen verteilten, in denen über die unterdrückte Lage der französischen Soldaten und die Kämpfe der französischen Soldatenbewegung informiert und der Abzug aller französischen Truppen aus Westdeutschland gefordert wurde.

Auf die Gegenüberstellung der Interessen des westdeutschen und französischen Volkes auf der einen und des Propagandaaufwands der Imperialisten auf der anderen Seite wußten die französischen Militärs nur eine Antwort: Sie nahmen den Besuchern beim Betreten des Militärgeländes die Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees einfach ab. Uniformierte Wachen, französische Militärpolizei und ein Offizier in Zivil verstellten jedem Besucher den Weg, hielten jedes einfahrende Auto an. Passieren durfte nur, wer sich die Zeitung abnehmen ließ.

An einem anderen Eingang beschlagnahmte ein von den Militärs herbeizitierter deutscher Verkehrspolizist kurzerhand alle Zeitungsexemplare eines Verteilers. Das Grundrecht, „seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten" (Artikel 5 des Grundgesetzes), habe hier und heute keine Gültigkeit, meinte er zur Begründung. Die Personalien sämtlicher Verteiler wurden durch die deutsche Polizei aufgenommen – „vorsorglich" zum „Schutz der Ordnung". Daß die Besucher durch französische Militärs am Lesen des Flugblatts gehindert und es ihnen einfach abgenommen wurde, befand sich voll und ganz im Einklang mit dieser von der Polizei zu schützenden Ordnung. – (Soldaten- und Reservistenkomitee Freiburg)

Betriebsversammlung KLöckner Hütte Bremen

„Der Vorstand will Schlachten um Profite führen. Wir nicht!"

Bremen. Auf der Klöckner-Betriebsversammlung am Dienstag letzter Woche erklärte Karl Sporbeck, Sozialdemokrat und Arbeitsdirektor der Hütte, den Arbeitern den Segen des Aufschwungs. Man könne wieder sorgenfrei in die Zukunft blicken, das war der Inhalt seiner Rede. Doch er erntete nur Schweigen, keine Hand rührte sich zum Beifall.

Auf der Versammlung am Nachmittag antwortete ihm ein Genosse des KBW:

„Kollegen! Nachdem vorhin Herr Sporbeck so schön geredet hat, wollen wir erst einmal runterkommen von den lichten Höhen der Vorstandsetagen in die betriebliche Wirklichkeit. Von da sieht die Lage nämlich ganz anders aus. Der Vorstand mag sich freuen, wenn er z.B. im nächsten Monat 72000 Tonnen Feinblech im Klöckner-Werk produzieren lassen kann. Für uns ist das überhaupt kein Anlaß zur Freude. Denn solch Aufwärtstrend geht genau wie vorher die Krise auf unsere Knochen: Schon jetzt werden drei Scheren in Gang gesetzt, obwohl es an Leuten fehlt bzw. die neuen noch nicht eingearbeitet sind. Da werden dann die fehlenden Leute aus anderen Bereichen zusammengesucht.

Und wenn Herr Sporbeck mit Optimismus in die Zukunft, genauer das nächste Geschäftsjahr blickt, nach allem was man hört, hält diese Zukunft für uns mal wieder eine Schichtausweitung bereit. Schon jetzt werden Pläne gewälzt, an der Beize die Vollkontischicht einzuführen und an der Tandemstraße die 48-Stunden-Weise; und wenn die erst mal soweit sind, dann folgen die anderen Anlagen nach, da kann man sicher sein. Genau so hat sich das nämlich bis Ende 1973 abgespielt. Dann ist es mit dem Wochenende wieder Essig.

Außerdem ist es doch so, je mehr Schichten man hintereinander kloppt, desto mehr geht das auf die Knochen und desto eher ist unsere Arbeitskraft kaputt.

Bevor die Autoindustrie 1974 weniger Feinbleche in Auftrag gab, haben wir das schon kennengelernt und wir fanden das gar nicht gut und deshalb wollen wir das auch nicht wieder haben.

Der Vorstand will Schlachten um Profite führen. Wir nicht. Wir wollen unseren Lebensunterhalt verdienen und da haperts ganz gewaltig. Erstmal die Kurzarbeit, die bis zu 3000 Mark weniger im vergangenen Jahr bedeutet hat und dann der Tarifabschluß, der der niedrigste von allen Tarifabschlüssen in diesem Jahr war – und das alles bei anhaltenden Preissteigerungen gerade bei den Lebensmitteln. Nicht über Schicht- und Überstundenzulagen wollen wir unseren Lebensunterhalt verdienen, sondern mit einem ganz normalen 8-Stundentag! Das ist nur gerecht, denn ohne uns läuft hier schließlich nichts.

Zur Verteidigung des miesen Tarifabschlusses hat der Kollege Klöver von der IGM-Ortsverwaltung hier oben im vorigen Dezember gesagt: Man müsse auf eine bessere Konjunktur warten, bei Kurzarbeit könne man nicht streiken! Er hat damals Gelächter und Pfiffe geerntet. Es stimmte schon damals nicht: Unsere Kollegen in Nordrhein-Westfalen haben bekanntlich Warnstreiks durchgeführt. Es war nur so, daß die Gewerkschaftsführer mit Helmut Schmidt den Aufschwung der Gewinne zu ihrem vorrangigen Ziel gemacht haben. Auch wenn sie heute von Lohnnachschlag reden, dann halte ich es gerade angesichts dieser Erfahrungen für falsch, Kollege Röpke (DKP-Betriebsratsvorsitzender), von ihnen zu erwarten oder zu erhoffen, daß sie Nägel mit Köpfen machen.

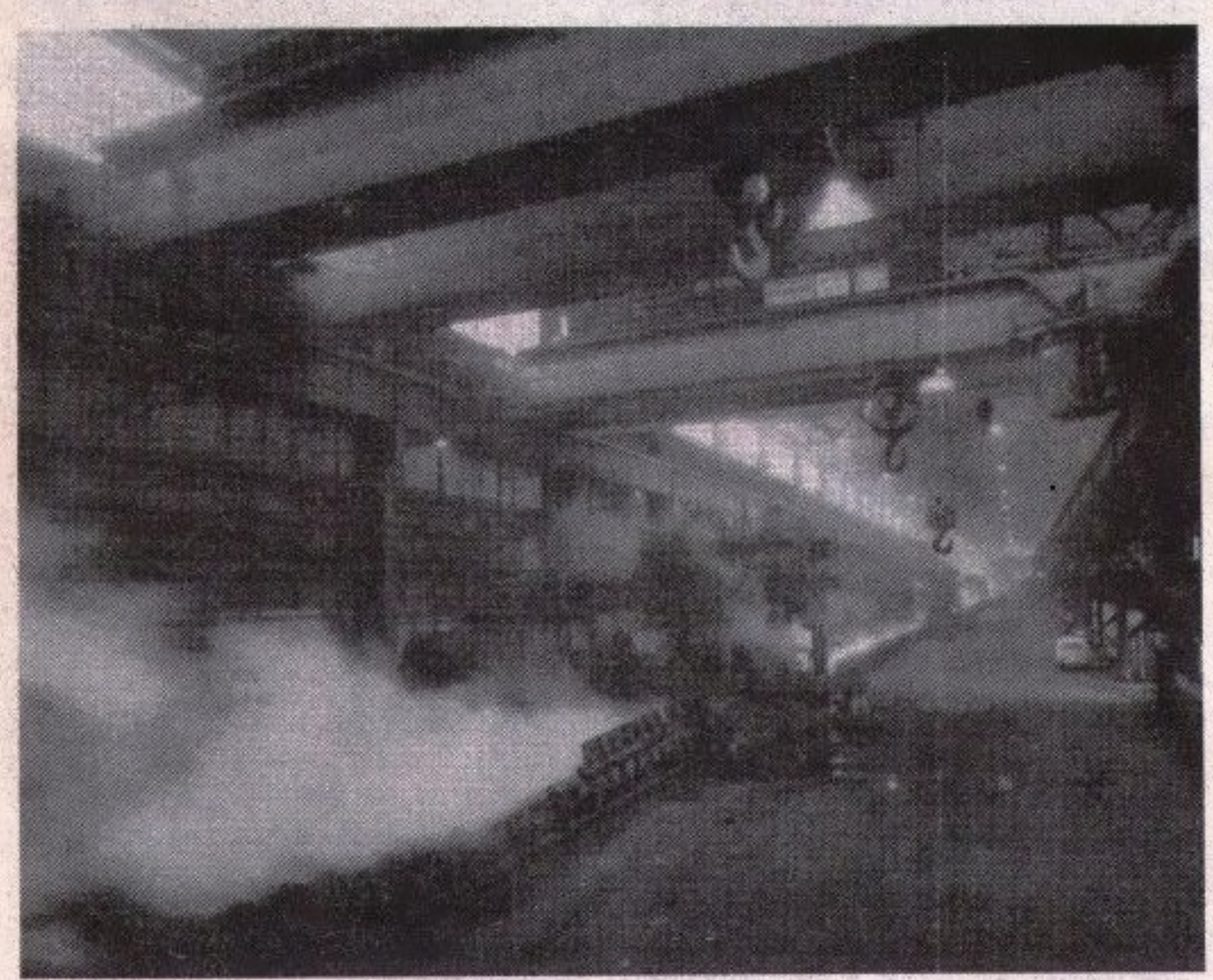
Für richtig, notwendig und völlig angebracht halte ich es dagegen, wenn unser Vertrauenskörper und der Betriebsrat sich mal Gedanken über eine innerbetriebliche Forderung machen, was etliche Kollegen schon vorgeschlagen haben."

Dieser Beitrag fand bei den Kollegen auf der Betriebsversammlung große Zustimmung und viel Beifall. Betriebsratsvorsitzender Röpke mußte in seinem Schlußwort auf diesen Beitrag eingehen.

Zu der innerbetrieblichen Lohnforderung wollte er sich damit rausreden, daß der Betriebsrat und der Vertrauensleutekörper da allein gar nichts machen können. Der Zwischenruf eines Kollegen: „Sehr richtig, aber die Kollegen werden schon hinter einer innerbetrieblichen Lohnforderung stehen!", fand erneut rege Zustimmung und Beifall.

Ein Kranfahrer prangerte die Arbeitshetze in den vergangenen Monaten an: „Es geht doch nicht an, daß wir bei gestiegener Arbeitshetze und tagtäglicher, nervenaufreibender Präzisionsarbeit mit Lohngruppe 6 oder 7 auf dem Kran sitzen. Wir fordern Facharbeiterlohn für alle Kranfahrer!" (d.h. mindestens Lohngruppe 8) – (Betriebszelle Klöckner)

Osnabrück. Die Stahlkapitalisten haben die Arbeitsleistung der Arbeiter während der Kurzarbeit erhöht. Deutlich beweisen dies die Produktionszahlen aus dem Schmelzbetrieb im Klöckner-Werk Osnabrück. Sie haben die Arbeitsleistung der Stahlarbeiter in der Stunde zu den produzierten Tonnen Stahl noch einmal mächtig in die Höhe geschraubt. Im Dezember 1975 wurden 15138 t Stahl bei 30146 verfahrenen Stunden, im März wurden 20410 t Stahl bei 32077 verfahrenen Stunden, im April 1976 17467 t Stahl bei 27871 verfahrenen Stunden produziert. Rechnet man ab Dezember die Tonne Stahl pro Stunde, so ergibt sich eine regelmäßige Steigerung der Arbeitsleistung: Im Dezember errechnet man 0,5, im Januar 0,54, im Februar 0,58, im März 0,64 und im April 0,63.



Diese Warmbandbreitstraße im Werk Bremen, die fast einen Kilometer lang ist, haben die Klöckner-Kapitalisten sich von den Arbeitern bauen lassen. Insgesamt wurde die Kapazität im Werk Bremen auf 3,5 Millionen Tonnen Rohstahl jährlich ausgeweitet. Der Vorstandssprecher in der Werkszeitung: „Vordringliches Ziel ist es jetzt, alle Kräfte für den Zeitpunkt einer stärkeren Belebung der Konjunktur zusammenzusammeln. Diesmal wird Klöckner einen großen Löffel besitzen, wenn es Brei regnet." Die Kapitalisten wollen die Arbeiter in die Profitschlacht schicken, um in der Ausdehnung auf dem Weltmarkt voranzukommen. Auf den Betriebsversammlungen in Bremen und Osnabrück traten Sprecher gegen diese Pläne der Kapitalisten auf.

„Volksseuche Übergewicht"

Der Ernährungsbericht der Bundesregierung stellt immer mehr Krankheiten, die aus der Ernährung resultieren, fest. Die „Fettsucht" sei die vor allem auftretende Krankheit, die daraus resultiert, daß „besonders gesündigt wird mit zuviel Fett, in erster Linie mit fetter Wurst, dann mit zuviel tierischem Eiweiß – vor allem Fleisch – und Alkohol".

Katharina Focke, das Gewissen der deutschen Volksgesundheit, zeigt sich laut „Frankfurter Allgemeine Zeirtung" bei der Übergabe des Berichts an die Öffentlichkeit darüber erschreckt. Darüber erschrecken kann nur jemand, der über die ökonomischen Vorgänge in den letzten Jahren nichts weiß oder nichts wissen will. Die Arbeiterlöhne sind immer geringer geworden, 5 Prozent der arbeitenden Bevölkerung sind arbeitslos und haben nur noch zwei Drittel des Lohns, die Preise für Nahrungsmittel verhalten sich gegensätzlich zu den Löhnen der Arbeiter, sie steigen. Soll sich das nicht auf die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung niederschlagen? Über „zuviel fette Wurst und zuviel tierisches Eiweiß" beklagt sich der Ernährungsbericht. Die fette Wurst, das fette Fleisch, Teigwaren, alles Nahrungsmittel, die dick machen und aber zugleich die billigsten Nahrungsmittel sind.

Ein Arbeiter, der acht Stunden und länger schwer arbeiten muß, braucht eine bestimmte Menge an Lebensmitteln. Sein Lohn wird aber weniger, und die Lebensmittelpreise steigen. Also nimmt die Qualität der gekauften Lebensmittel ab, um die gleiche Menge zu erhalten. Das ist eine einfache Rechnung, man kann ihre Wirkung beim Kantinenessen deutlich feststellen und sie beim Einkaufen erfahren. Nicht zuviel wird gegessen, sondern durch die mindere Qualität werden stärker fettbildende Kohlehydrate und Kalorien zu sich genommen. Die Billigwurst regiert das Essen und nicht das zarte Kalbfleisch.

In der Ökonomie sucht der Ernährungsbericht der Katharina Focke nicht die Ursachen für den starken Verbrauch fetter Wurst und allgemein ungesunder Ernährung, sondern in dem „Zwiespalt der Frauenseele". Verhaltensforscher hat die Frau Focke angesetzt, um das Geheimnis der schlechten Ernährung zu lösen.

Neben der Tatsache, daß ein großer Teil der Arbeiter sein Essen in der Kantine zu sich nimmt, also dieses Essen mit dem Zwiespalt der Seele seiner Frau nichts zu tun hat, weil sie ebenfalls arbeitet und in der Kantine ißt, werden die tollsten Kapriolen angestellt, um den wahren Sachverhalt wegzudrükken:

Der Zwiespalt der Frauenseele erklärt sich nach den Verhaltensforschern, die den deutschen Eßgewohnheiten nachgestiegen sind, folgendermaßen: Die deutsche Hausfrau wolle ihrer Familie einen reichgedeckten Tisch servieren. Dabei aber herrsche ein „bemerkenswertes Maß an Monotonie und Geschmackskonservatismus", montags sei Restetag von sonntags, freitags gäbe es Fisch und Sonnabend Bratkartoffeln oder Eintopf. So wirkt also der Zwiespalt der Hausfrau der Arbeiterfamilie, in ihrer Naivität und Monotonie verfettet sie ihre Familie, weil sie vom „Wunsch der Selbstdarstellung vor der Familie" getrieben wird. Das kann die Focke nicht begreifen, und schon hat sie auch mehr Aufklärungsarbeit versprochen.

Nachdem diese wissenschaftliche Leistung in aller Tiefe und Gründlichkeit erledigt wurde, empört sich das bürgerliche Wissenschaftshirn darüber, daß sich auch noch die „meisten der befragten Hausfrauen für gute bis sehr gute Köchinnen" halten, und „ahnen nichts von ihrem Ernährungsdilletantismus". Die Frage steht, wer ist eine bessere Köchin, das Bourgeoisweib, das mit einem Etat von 500 Mark ihrer Sippe *ein* Essen zubereitet oder zubereiten läßt oder aber die Arbeiterfrau, die mit dem gleichen Geld fast einen ganzen Monat auskommen muß? Ein leichtes ist, 500 Mark für ein Essen auf den Kopf zu hauen, eine große Kunstfertigkeit setzt es aber voraus, einem Mann und den Kindern mit dem gleichen Geld fast einen Monat ein einigermaßen schmackhaftes Essen zu kochen. Die „Kalorienrechnung" spielt dabei nur eine geringe Rolle, hauptsächlich dic Rechnung des Haushaltsgelds. Über erstes soll die Aufklärungskampagne von der Frau Focke handeln, über den Schwund des Haushaltsgeldes wird nichts zu erfahren sein, das würde ihren Auftraggebern nicht schmecken.

Volkswagenwerke: Zehn Minuten Pause pro Schicht

Die Stückzahlen pro Band werden erhöht

Wolfsburg. In den seit zwei Jahren ausgelaufenen Manteltarifverträgen bei VW sind zwischen dem Vorstand und der IG Metall einige Änderungen vereinbart worden. Unter anderem ist für die Akkordlöhner eine zehnminütige Erholungspause festgelegt worden. Dies solle lediglich der Anfang sein auf dem Weg zur „Humanisierung der Arbeitswelt", sagen die Betriebsräte. Zehn Minuten Erholungspause mehr, das ist bei der Arbeitshetze zu wenig, sagten die Arbeiter bei uns am Band. Viele sahen aber schon zu Recht finstere Absichten hinter der Zustimmung zu diesen zehn Minuten durch den VW-Vorstand. „Das holen die woanders wieder raus."

Seit den letzten beiden Wochen hat sich das Gerücht bestätigt. Ab 1. Oktober, also dem Tag, wo die zehnminütige Pause anlaufen soll, wird gleichzeitig pro Band 15 Wagen mehr gefahren. Der Vorstand will die von ihm seit Jahren als magische Grenze angepeilten 300 Wagen ziehen lassen. Durchgeführt werden soll die Erhöhung von 285 auf 300 Wagen so: Es werden alle Taktausgleichzeiten zusammengezogen, um in Arbeitszeit umgewandelt zu werden. Dazu sollen noch etwa neun Arbeiter im Durchschnitt pro Band dazukommen. (Taktausgleichszeit heißt: Wenn z.B. ein Arbeits*takt* 1,5 Minuten ist, ein Arbeits*gang* hingegen aber nur 1,4 Minuten, dann erhält dieser Arbeitsgang eine Taktausgleichszeit von 0,1 Minuten. Diese „Leerzeiten" sollen von allen Arbeitsgängen zusammengezogen werden.)

Der Schachzug des Vorstandes ist einfach zu durchschauen. Die neu dazukommenden Arbeiter werden so lange drinbleiben, bis sich die anderen eingearbeitet haben. Und bis die nächste Abstoppung kommt. Danach wird die alte Anzahl, die vorher 285 Wagen gefahren haben, 300 ziehen müssen. Die zehnminütige Erholungspause ist um mehrere Wagen wettgemacht worden.

Als Reaktion auf den rapiden Verschleiß der Arbeitskraft und die Bewegung dagegen mußte die IG Metall etwas tun und forderte die Zehnminutenpause. Gleichzeitig nutzen die Kapitalisten diese Pause, um jede Sekunde in der verbleibenden Zeit in Produktionszeit zu verwandeln.

Auf der Betriebsversammlung am Mittwoch letzter Woche wurde dieser Punkt angesprochen. Und es wurde aufgezeigt, daß die Zustimmung durch den Betriebsrat zu den 300 nichts anderes bedeutet, als Schmücker eine neue Tür aufzumachen, um an höhere Profite heranzukommen. Für die Arbeiter bedeutet diese Erhöhung nur eine Erhöhung der Arbeitshetze.

Der Redebeitrag fand große Zustimmung unter den Bandarbeitern und wurde am Tag darauf noch heftig diskutiert. Dem hinterhältigen Schachzug von Schmücker, der dazu dienen soll, neue Akkordsteigerungen durchzusetzen, sind die Sozialdemokraten im Betriebsrat auf den Leim gegangen.

An den Bändern wird dieser Schachzug immer klarer erkannt. Der Betriebsrat tut sich daher dementsprechend auch schwer, die zehn Minuten als Erfolg zu verkaufen. In der Halle 12 wurden am Montag nach der Vertrauensleutesitzung heftige Diskussionen mit den Vertrauensleuten an den Bändern in großen Trauben geführt. Es ging darum, was gegen die 300 unternommen werden soll. – (VW-Betriebszelle)

Meldungen

Streik bei Siemens-Bruchsal

Bruchsal. 1000 Arbeiter der 4400 Gesamtbelegschaft des Siemeswerkes haben am letzten Mittwoch **mehrere Stunden gestreikt** und zogen durch den Betrieb. Sie protestierten gegen die geplante Entlassung von 1200 Arbeitern und Angestellten. Die Vertrauensleute haben bisher mehrere Flugblätter veröffentlicht, in denen sie erklärten, daß über das im Betriebsverfassungsgesetz festgelegte Handeln hinausgegangen werden muß. Der Kampf der Siemens Arbeiter wird von vielen Belegschaften im Raum Bruchsal unterstützt. Die Vertrauensleute von VFW-Fokker aus Speyer haben ebenfalls ihre Solidarität erklärt.

Volvo-Dietzenbach: Kampf für 200 DM

Dietzenbach/Hessen. Die 500 Kollegen des Volvowerks in Dietzenbach haben seit zwei Wochen die Forderung nach 200 Mark für alle und 50 DM für jeden Auszubildenden aufgestellt und verschiedene Aktionen zur Bekräftigung dieser Forderung durchgeführt. Die Geschäftsleitung lehnt immer noch Verhandlungen über einen Haustarif ab. Stattdessen hat sie den Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats beim Arbeitsgericht verklagt wegen angeblich beleidigener Äußerungen über die Geschäftsleitung. Damit wird das Ziel verfolgt, den Vorsitzenden aus dem Betriebsrat zu feuern. Dagegen protestierten am vorletzten Mittwoch über 100 Kollegen und Gewerkschaftler auf einer Versammlung des DGB-Ortskartells und solidarisierten sich mit den Volvokollegen.

Unterstützung finden die Volvokollegen inzwischen auch von einer Reihe anderer Belegschaften, unter anderem dem HBV-Vertrauensleutekörper Kaufhof Dietzenbach, dem ÖTV-Vertrauensleutekörper aus Hamburg und den Betriebsräten Opel Bochum.

„Beschränkt arbeitsfähig"

„Jeder dritte bis vierte Jugendliche ist wegen seiner schwachen Muskulatur oder wegen Schäden und Schwächen am Knochensystem nur beschränkt im Beruf arbeitsfähig. Zu diesem Ergebnis führten über eine Million ärztliche Vorsorgeuntersuchungen an Jugendlichen, die aufgrund der Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes vor ihrem Eintritt in das Berufsleben vorgenommen worden sind", berichtete die „Frankfurter Allgemeine" am 10. Juni. Außerdem leide schon jeder siebte Jugendliche an Sehstörungen, meist Kurzsichtigkeit. Von den nachuntersuchten Jugendlichen hätten etwa 2 Prozent, das sind 10–15000 pro Jahr, aus gesundheitlichen Gründen das bestehende Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis abbrechen müssen.

20 Sekunden Zeit

Nürnberg. Die Bundesanstalt für Arbeit hat in einigen Bereichen die „computerunterstützende Arbeitsvermittlung" eingeführt. Das Rechenzentrum ist in Nürnberg und verschlingt bisher jährlich 6 bis 8 Millionen DM Miete. Um die teuren Maschinen vor Vernichtung durch Brand zu schützen, wurde eine Stickstoffüberdrukkanlage installiert, die bei Brand sofort ausgelöst wird. In diesem Fall haben die dort arbeitenden Kollegen genau 20 Sekunden Zeit, aus dem Rechenzentrum zu fliehen. Schaffen sie das nicht, haben sie keine Überlebenschance.

Schreiben an den Bundeskanzler

Westberlin. Auf dem Schwesternkongreß stimmte die Mehrheit dafür, ein Schreiben an den Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten zu schicken, in dem die Stellenstreichungen an den Krankenhäusern abgelehnt werden.

Gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Trier. Die Mitgliederversammlung des GEW-Kreisverbands Trier hat sich am 18.6. „gegen die Übernahme der in § 8 Abs. 4 d der GEW Bundessatzung enthaltenen Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB in die Landessatzung der GEW Rheinland-Pfalz" ausgesprochen. Der Beschluß wurde gefaßt vor dem Hintergrund der vom Landesvorstand der GEW Rheinland-Pfalz eingeleiteten Gewerkschaftsausschlüsse gegen drei Mitglieder wegen Unterstützung des KBW, bzw. wegen Teilnahme an Veranstaltungen des KBW.

Gegen Chemie-Abschluß

Langolsheim. Einstimmig lehnte der Vertrauensleutekörper der Hans-Heinrich-Hütte (Metallgesellschaft AG, Zweigniederlassung Langolsheim) den Tarifabschluß in der Chemieindustrie, Bezirk Niedersachsen, von 5,85 Prozent, mindestens 85 DM ab.

Raus aus der Konzertierten Aktion!

Die 10. Landesbezirkskonferenz der HBV Nordrhein-Westfalen forderte den Austritt aus der Konzertierten Aktion. Obwohl von seiten der Führung gegen den Antrag Stellung genommen wurde, nahmen die Delegierten den Antrag mit nur 12 Gegenstimmen an.

Die 5. Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen findet am 26./27. Juni in Leverkusen statt.

Arbeitsniederlegung gegen Rückstufungen

Um 12 Uhr stand die Belegschaft vor dem Verhandlungsraum

Heidelberg. Am Freitag, den 11.6., legte die übergroße Mehrheit der Belegschaft von V-DIA die Arbeit nieder und versammelte sich vor dem Verhandlungsraum, in dem die Geschäftsleitung mit Vertretern der Gewerkschaft (darunter einem Vertreter des Hauptvorstandes der IG Chemie) verhandelte. Der Kampf der Belegschaft hatte und hat zum Ziel die massenhaften Rückstufungen in niedere Lohngruppen aufzuheben.

Als V-Dia Anfang des Jahres in den Kapitalistenverband der Photofinisher eintrat, übernahm sie damit den Tarifvertrag zwischen dem Verband und der IG Chemie. Das nahm die Geschäftsleitung zum Anlaß, die Rückstufungen vorzunehmen.

V-DIA ist ein Betrieb der Fotobranche, in dem Zweidrittel der Belegschaft Frauen sind. Viele von ihnen sind in der Lohngruppe 2 eingestuft. Das heißt 5,82 DM plus 5,6 % mit der neuen Tariferhöhung, die aber als „widerrufliche Zulage" gilt. Auf dieses Lohnniveau sollen nun alle herabgedrückt werden. Z.B. sind mit dem letzten Lohnzettel viele von Lohngruppe 4 auf 2 rückgestuft worden, dagegen sind vor kurzem erst die höheren Angestellten einschließlich des Betriebsratsvorsitzenden hinaufgestuft worden.

Die Rückstufung ist nur der Gipfel der bisherigen Maßnahmen

Die massenhaften Rückstufungen sind der Gipfel der bisherigen Maßnahmen. Bis dahin hat die Geschäftsleitung die Angriffe mehr auf Abteilungsebene geführt. Z.B. sollten 3 von ca. 15 Abteilungen nicht die ab 1.2.76 eingeführte 40-Stunden-Woche erhalten. Eine Abteilung setzte sich dagegen zur Wehr, sie ging wie die anderen auch am Freitag eineinviertel Stunde eher nach Haus. Nun ließ sich der Betriebsrat auf eine Regelung ein, wonach die Arbeiterinnen nur dann pünktlich gehen können, wenn die Arbeit gemacht ist. Ein anderes Beispiel für die Willkür der Geschäftsleitung stellen die Arbeitsbedingungen der Fahrer dar. Sie fahren die entwickelten Bilder und Filme aus und holen die neuen ab. Oft kommt es vor, daß sie 2 Stunden auf die Lieferscheine warten müssen, d.h. bis nachts um 23 Uhr, obwohl sie auf 21 Uhr bestellt sind. Sie sind Gehaltsempfänger und sehen für die 2 Stunden keinen Pfennig mehr. Nach Weihnachten hatten die Fahrer die Schnauze voll. Sie kamen eines Morgens 2 Stunden später als sonst. Am nächsten Abend waren die Lieferscheine pünktlich! Eine der übelsten Maßnahmen ist die Urlaubssperre, die über die Sommermonate gilt, da dann Hochbetrieb ist. Vor einem Jahr hatten sich 2 Abteilungen geschlossen per Unterschrift dagegen gewehrt.

Hatten z.B. die Printerinnen einen festen Arbeitsplatz, so müssen sie sich jetzt an mindestens zwei weiteren Maschinen auskennen, damit sie je nach Arbeitsausfall hin- und hergeschoben werden können. Arbeitskräfte werden nicht eingestellt. Dagegen wurden erst vor kurzem mit dem Einzug in die neue Halle sieben Assistenten der Abteilungsleiter eingestellt für die Überwachung und das Antreiben der Arbeiterinnen.

Der Kapitalist Kübe betreibt die Profitschinderei bis zum völligen Zusammenbruch der Arbeiterinnen. In einer völlig unzureichend mit Luft versorgten Halle müssen sich die Arbeiterinnen abhetzen. Bei dem heißen Wetter brachen drei Arbeiterinnen zusammen. Bewußtlos mußten mit Blaulicht ins Krankenhaus abtransportiert werden. Bei keinem der 3 Zusammenbrüche ließ sich ein Vertreter der Geschäftsleitung blicken, während sie doch sonst immer überall ihre Nase reinstecken. Gerade in letzter Zeit macht sie häufig Kontrollgänge. Jede Minute muß durch Arbeit ausgefüllt sein.

Sofortiger Widerstand gegen die Rückstufung

Als die Geschäftsleitung jetzt die Rückstufungen durchziehen wollte, rückte sie den Lohnzettel mit den Rückstufungen nicht zum üblichen Termin heraus. Erst nach wiederholten Nachfragen wurden die Lohnzettel ausgeteilt. In der Halle betraf die Rückstufung insgesamt 100 von insgesamt ca. 130. Diese Maßnahme betrifft alle Abteilungen des Betriebes. Sofort zogen einige Arbeiterinnen zur Geschäftsleitung, die „zufällig" nicht da war. Der zweite Gang galt dem Betriebsrat, um ihn zur Unterstützung aufzufordern.

Eine Woche darauf berief der Betriebsrat, nachdem eine Gewerkschaftsmitgliederversammlung stattgefunden hatte, eine Betriebsversammlung ein. Auf dieser Betriebsversammlung ließ sich der Besitzer Kübe nicht blicken; sein General Frank verdrückte sich nach deren Eröffnung. Gradel, der Personalchef versuchte ständig mit Gewäsch auf die Fragen der Belegschaft zu antworten. Was besseres fiel ihm dann nicht mehr ein wie: „Wenn's Ihnen nicht paßt ..." – „können Sie ja gehen", kam es von der Belegschaft zurück, die den Spruch zur Genüge kennt. Dies war seit langem eine Betriebsversammlung, auf der die Geschäftsleitung nicht ihre langweiligen Reden runterspulen konnte, sondern im Gegenteil die Kollegen Rede und Antwort von ihr forderte.

Für 1 Woche nach der Betriebsversammlung war eine Verhandlung mit Gewerkschaftsvertretern und der Geschäftsleitung angesetzt. In dieser Woche wurden keine Überstunden geleistet, keiner hetzte sich ab, z.T. blieb die Arbeit liegen. Die Geschäftsleitung streifte durch die Hallen, um die Stimmung unter den Kollegen mitzubekommen.

Am Verhandlungstag um 12 Uhr stand die Mehrheit der Belegschaft mit Ausnahme der Abteilungleiter geschlossen vor dem Verhandlungsraum. Die Tür wurde aufgemacht und die erschrockenen Gesichter der Geschäftsleitung samt Kübes kamen zum Vorschein. Mit allem hatten sie gerechnet, nur nicht damit. Als Antwort auf die Frage Kübes: „Was wollt ihr" hoben alle ihre letzten Lohnzettel in die Höhe. Von der Geschäftsleitung samt Kübe stellte sich niemand den Kollegen. Der Betriebsratsvorsitzende riet den Kollegen zu gehen, da noch kein Ergebnis erreicht worden sei, und später wiederzukommen. Als eine Stunde später noch mehr Kollegen sich versammelten, hatte die Geschäftsleitung die Verhandlung abgebrochen. Der Betriebsrat hat jetzt beschlossen, die Schiedstelle der Tarifparteien anzurufen. Auch soll eine Sondersitzung der Bundestarifkommission für den 23. Juni vorgesehen sein. Als die Belegschaft vor dem Verhandlungszimmer versammelt war, meinten manche von ihnen, daß man nicht nur für eine halbe Stunde die Arbeit niederlegen, sondern einen richtigen Streik organisieren müßte, um nicht auf ein untragbares Lohnniveau herabgedrückt zu werden. Im Verlauf der Auseinandersetzung mit dem Kapitalisten sind die kleinen Streitigkeiten unter den Arbeiterinnen und Arbeitern verschwunden, stattdessen überlegt man gemeinsam, wie der Angriff am besten abzuwehren ist. Ein großer Teil der Beschäftigten ist in die Gewerkschaft eingetreten. Eine Abteilung z.B. ist jetzt außer den Abteilungsleitern zu 100 Prozent gewerkschaftlich organisiert. – (l)

nachts um 23 Uhr, obwohl sie auf 21 Uhr bestellt sind. Sie sind Gehaltsempfänger und sehen für die 2 Stunden keinen Pfennig mehr. Nach Weihnachten hatten die Fahrer die Schnauze voll. Sie kamen eines Morgens 2 Stunden später als sonst. Am nächsten Abend waren die Lieferscheine pünktlich! Eine der übelsten Maßnahmen ist die Urlaubs-

sich nach deren Eröffnung. Gradel, der Personalchef versuchte ständig mit Gewäsch auf die Fragen der Belegschaft zu antworten. Was besseres fiel ihm dann nicht mehr ein wie: „Wenn's Ihnen nicht paßt ..." – „können Sie ja gehen", kam es von der Belegschaft zurück, die den Spruch zur Genüge kennt. Dies war seit langem eine Be-

Arbeitsstättenverordnung der SPD/FDP-Regierung

Gegen die Hitze „im Rahmen des betrieblich Möglichen"

Bremen. Zur Bundestagswahl gehen die Sozialdemokraten hausieren mit den „sozialen Leistungen für die Arbeiter", die von der SPD-Regierung zustande gebracht worden seien. Diese „Leistungen" muß man sich genauer ansehen. Da ist z.B. die neue „Arbeitsstättenverordnung", die seit dem 1.5.1976 in Kraft ist.

Unter dem Stichwort „Raumtemperatur" heißt es dort:

„In Arbeitsräumen muß während der Arbeitszeit eine unter Berücksichtigung der Arbeitsverfahren und der körperlichen Beanspruchung der Arbeitnehmer gesundheitlich zuträgliche Raumtemperatur vorhanden sein. Bereiche von Arbeitsplätzen, die unter starker Hitzeeinwirkung stehen, müssen im Rahmen des betrieblich Möglichen auf eine zuträgliche Temperatur gekühlt werden."

Über diese Gummiformulierungen können sich die Kapitalisten die Hände reiben, und sie können alles Mögliche hinein- oder herauslesen.

Die Hauptsache für die Sozialdemokraten ist, der Profitproduktion nicht in die Quere zu kommen.

Bei uns in der Fabrik, bei Klein, Schanzlin und Becker (KSB)/Bremen herrschen im Sommer bei heißem Wetter selten unter 30 Grad.

In den Werkstätten bleibt einem nichts anderes übrig, als sämtliche Türen und die paar vorhandenen Lüftungsklappen aufzureißen. Dadurch zieht es natürlich höllisch und die Kollegen werden öfter krank, wenn sie nicht schon vorher durch die Hitze zusammengebrochen sind, wie im letzten Jahr ein Kollege. Außerdem gibt es noch ein paar Ventilatoren, die aber auch nur die warme und schlechte Luft von der einen Ecke der Halle in die andere umwälzen.

In den Büros kann man im Hochsommer, spätestens ab Mittag nicht mehr klar denken vor Hitze. Daran haben die Kapitalisten kein Interesse und so durften die Kollegen ab 6 Uhr arbeiten und um 15 Uhr Schluß machen.

Die neue Arbeitsstättenverordnung wird daran nichts ändern und hat es bisher auch nicht. Oder sollen die Kollegen mit diesem lächerlichen Wisch an die Geschäftsleitung herantreten und von ihr fordern, sie solle „im Rahmen des betrieblich Möglichen" Abhilfe schaffen? Die Kapitalisten werden nicht in Verlegenheit geraten, darzulegen, was „betrieblich möglich" ist und was nicht.

Nicht durch diese Arbeitsstättenverordnung, sondern durch ihren Kampf wird die Belegschaft von KSB „zuträgliche Raumtemperaturen" durchsetzen. Für die Arbeiter, deren Arbeitskraft aufgrund der Hitze ruiniert wird, finden die Kapitalisten auf dem Arbeitsmarkt rasch ohne einen zusätzlichen Pfennig Ersatz. Kühleinrichtungen für die Räume, in denen die Arbeiter produzieren, sind daher für die Kapitalisten rausgeworfenes Geld, was ihren Profit schmälert. Ganz anders sieht das für die Kapitalisten aus, wenn sie ihr Kapital sichern, das sie in teuren Maschinen angelegt haben. Ihr Ersatz, wenn sie kaputt gehen, erfordert Aufwand von Kapital.

Vor einiger Zeit wurden in einigen Büros bei KSB Klimaanlagen angeschafft. Begründet wurde dies von der Geschäftsleitung damit, daß die teuren Computer extreme Temperaturen von über 30 Grad nicht vertragen. Sie gehen dann kaputt.

„Die kapitalistische Produktion, wenn wir sie im einzelnen betrachten ... geht äußerst sparsam um mit der verwirklichten, in Waren vergegenständlichten Arbeit. Dagegen ist sie, weit mehr als jede andere Produktionsweise, eine Vergeuderin von Menschen, von lebendiger Arbeit, eine Vergeuderin nicht nur von Fleisch und Blut, sondern auch von Nerven und Hirn. Es ist in der Tat nur durch die ungeheuerste Verschwendung von individueller Entwicklung, daß die Entwicklung der Menschheit überhaupt gesichert und durchgeführt wird in der Geschichtsepoche, die der bewußten Rekonstitution der menschlichen Gesellschaft unmittelbar vorausgeht." (Karl Marx, Das Kapital, Dritter Band, S. 99, Ausgabe Dietz-Verlag)

Dieser bestehenden kapitalistischen Produktionsweise entspricht die Arbeitsstättenverordnung der SPD-Regierung, die nicht der Vergeudung von Menschen entgegentritt, sondern von dem „betrieblich Möglichen" ausgeht. – (Betriebszelle KSB/BWM Bremen)





Bielefeld. Auf der Betriebsversammlung der Ankerwerke Mittwoch letzter Woche verkündeten die Kapitalisten: Insgesamt 6000 Beschäftigte fliegen auf die Straße. Der Betrieb ist pleite.

Röhm Darmstadt – Arbeitstag verdichtet

Nur noch zwei Qualitätsstufen

Darmstadt. Die Hauptprofite haben die Röhm-Kapitalisten jahrelang aus der Produktion von Plexiglas gezogen. Ihre schärfsten Konkurrenten auf dem Weltmarkt bei der Herstellung von Kunststoffplatten sind im wesentlichen die Rohm & Haas Company in Philadelphia/USA und die ICI (Internationale Chemical Industries). Die Röhm-Kapitalisten konnten dabei vor allem durch hohe Qualität ihre Profite erhöhen und die Konkurrenten ausstechen. Möglich war die hohe Qualität dadurch, daß die Plexiglasplatten gegossen wurden, gehärtet und durch etliche Kontrollen liefen, so daß es insgesamt sieben Qualitätsstufen gab. Notwendig war die hohe Qualität vor allem für die Produktion von Flugzeugglas und Brillenglas.

Die Masse des Materials wird aber vor allem für den Bausektor und Lichtreklamen, Autorückstrahler, Lichtkuppeln usw. produziert. Auf diesem Bereich entwickelte sich die stärkste Konkurrenz, die die Röhm-Kapitalisten zwang, verstärkt statt dem Gießen der Platten die maschinelle Produktion aufzunehmen über Extruder-Anlagen, die Spritzgußmasse zu den Fertigteilen verarbeiten.

Es ist also nicht weiter erstaunlich, wenn die Röhm-Kapitalisten heute den Umsatzrückgang bei gegossenem Material (22 Prozent gegenüber dem Boom-Jahr 1974) bedauern – gleichzeitig aber kein Wort darüber verlieren, daß der Umsatz des extrudierten Materials um 74,5 Prozent gestiegen ist.

Für die Belegschaft in den Betrieben, in denen das gegossene Plexiglas hergestellt wird, bedeutete dies im Sommer letzten Jahres Personalabbau und Umsetzungen. Die Kontrolle der Plexiglasscheiben, die vorher in zwei Arbeitsgängen erledigt wurde (erster Arbeitsgang: Messen der Dicke der Scheiben; zweiter Arbeitsgang: Kontrolle und Einordnung in die Kategorien), wurde in einen Arbeitsgang zusammengezogen. Arbeitsplätze wurden wegrationalisiert, die Arbeiter, die sich nicht ans Band umsetzen lassen wollten (in Schichtarbeit), „durften" gehen. Betroffen waren davon 17 Arbeiter. Für den Rest der Arbeiter wurde damit der Arbeitstag stark verdichtet. Gleichzeitig wurden die vielen Qualitätsgruppen abgeschafft, es gibt nur noch Material I. und II. Wahl.

Für die Arbeiter, die in dem neuen Röhm-Werk Weiterstadt an den Extrudern arbeiten, bestehen die schlechtesten Arbeitsbedingungen in der gesamten Fabrik. Nicht nur, daß ständig neue Maschinen in die überfüllte Halle gestellt werden, gleichzeitig müssen die Kollegen in einer Hitze von im Sommer durchschnittlich 50 Grad arbeiten, weil Fenster und Türen nicht geöffnet werden dürften, damit die Qualität des Materials nicht unter „Zugluft" leidet. Kein Wunder also, daß in diesem Betrieb auch die höchsten Unfallzahlen und einer der höchsten Krankenstände besteht. Erst vor kurzem wurden einer Arbeiterin beide Beine eingequetscht, als ein 400 Kilo schwerer Stromverteilerkasten umkippte. – (Röhm-Zelle)

Ankerwerke Bielefeld pleite

2900 stehen auf der Straße

Bielefeld. Am 16. Juni stand die Nachricht in der Zeitung: Anker macht dicht und entläßt fast alle Arbeiter.

Am letzten Mittwoch auf der Betriebsversammlung erhielten die Anker-Kollegen Gewißheit: 2 900 Kollegen in Bielefeld werden entlassen. Insgesamt 6 000.

422 werden noch weiterbeschäftigt, solange die Aufträge reichen und für Reparaturen.

Unsicherheit herrscht bei dem ausstehenden Lohn für Juni.

Die Anker-Kapitalisten sind im Konkurrenzkampf mit anderen Kapitalisten unterlegen. Sie haben Waren (mechanische Registrierkassen) für den Markt produziert und auf dem Markt keinen Käufer mehr gefunden.

Die Banken spielen eine bedeutende Rolle beim Anker-Konkurs. Dresdner Bank und Bank für Allgemeinwirtschaft sind mit je einem Vertreter im Vorstand der Anker AG. Auf zusammen gut 100 Millionen werden ihre Kredite geschätzt. Zuletzt waren die Anker-Kapitalisten vollkommen in den Händen dieser beiden Banken. Sie bestimmten, wann der Konkurs angemeldet werden mußte, wie lange Käufer für die bankrotten Anker-Werke gesucht werden durften, wieviel Lohn jetzt den Arbeitern ausgezahlt wird. Sie holen jetzt aus der Konkursmasse und den verbleibenden 422 Arbeitern raus, was noch rauszuholen ist.

Die Elektro-Monopole sind nicht an der Übernahme von Anker interessiert. Das Finanzkapital hat die Gelegenheit genutzt, daß ein Konkurrent – die Anker-Werke – in Finanzschwierigkeiten kam, um ihn niederzukonkurrieren. Mit einem Federstrich des Finanzkapitals wurden 6 000 Arbeiter arbeitslos. Die Produktivkraft von 6 000 Arbeitern liegt jetzt brach, die Produktionsmittel verrotten.

Der Wahlkreisabgeordnete, FDP-Innenminister Maihofer, sprach aus, was er befürchtet: „Herausforderung an die Glaubwürdigkeit unseres marktwirtschaftlichen Systems". Allerdings: Am Beispiel Anker wird deutlich, was Kapitalismus für die Arbeiterklasse bedeutet. 100 Jahre haben Anker-Arbeiter ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkauft. 100 Jahre lang haben sie deren Kapital vermehrt. 100 Jahre lang kleinlichst gehässige Despotie, steigende Arbeitshetze. 100 Jahre lang Unsicherheit der Arbeiterexistenz. Heute auf die Straße geworfen, auf der Suche nach einem neuen Ausbeuter.

Da muß zwangsläufig der Gedanke aufkommen, daß der Kapitalismus den Arbeitern keine Perspektive bietet. Daß nur der Sozialismus die Zukunft für die Arbeiterklasse und die Volksmassen ist. – (h.)

Universität Freiburg

300 Änderungskündigungen mußten zurückgenommen werden

Freiburg. Der Landtag von Baden-Württemberg hat beschlossen, daß die Personalausgaben um 71 Mio gekürzt werden sollen. Die ersten, die hier an der Universität betroffen waren, sind die Putzfrauen. 1000 Stunden pro Woche sollten ihnen an Arbeitszeit gekürzt werden, was für den einzelnen im Monat bis zu 450 Mark Lohnverlust bedeuten kann.

Im April fingen die Sachbearbeiter an zu sichten, wer von den Frauen freiwillig dazu bereit ist. Einer Frau wurde gesagt, Sie haben doch ein Häuschen, die Kürzung kann Ihnen doch nicht so schwer fallen und auf die Antwort, wer ihr die Schulden dafür bezahlt, da hieß es: Schulden? Der Staat braucht das Geld dringender als Sie. ... Anderen wurde gesagt, wenn sie nicht mit der Kürzung einverstanden sind, dann gibt es keinen Ersatz für ihre Kollegin, die in Rente geht oder wenn sie sich nicht zu einer Kürzung entschließen können, dann müssen sie mit Entlassung rechnen. Außerdem wäre eine Kürzung nicht so dramatisch, es können sie schließlich jeder für nachmittags noch wo anders was suchen. Trotz diesem Druck gab es kaum eine Frau, die darauf eingegangen ist.

Einige waren dazu bereit, auf die 4 Stunden Samstagsarbeit zu verzichten. Als sich aber rausstellte, daß zwar die 4 Stunden fehlen, die Arbeit aber gleich viel bleibt, verlangten sie fast alle ihre Zustimmung wieder zurück. Durchschnittlich sollten 11 Stunden pro Woche und Frau gekürzt werden.

Geplant war, daß die Intensivierung der Arbeit um das Doppelte bis Dreifache gesteigert würde. Anfang des Jahres, als ein Reinigungsinstitut gekündigt bekam, verdoppelte sich schon die Fläche für die Frauen von 400 qm auf ca. 800 qm. Wenn die neue Universitätsbibliothek fertig ist, soll es keine Neueinstellungen geben und selbst wenn die Stunden gekürzt worden wären, wäre die Fläche die gleiche geblieben. Frauen, die im Labor putzen, sollen nach einer neuen Aufgabenverteilung noch Spülarbeiten und Wäschereiarbeiten mitmachen. Garderobefrauen sollen nicht mehr nur ausschließlich Garderobefrauen sein, sondern sogenannte „Garderobe-Putzfrauen".

Damit das gewährleistet ist, werden die Frauen einer verstärkten Kontrolle unterzogen. So heißt es zum Rundschreiben zur neuen Aufgabenverteilung: *„Tägliches Abmelden zum Ende der Arbeitszeit bei Frl. ..."*

Im Zusammenhang der Auseinandersetzung mit der Uni-Verwaltung trat der Personalrat Anfang Mai zurück. In einem Aushang gab er bekannt, daß eine Vertretung des Personals nach dem Landespersonalvertretungsgesetz nicht mehr möglich sei, die vertrauensvolle Basis zur Dienststelle sei zu schmal geworden.

Die Universitätsverwaltung schlug eine Taktik ein, die von vornherein jeden Gedanken an Widerstand in Hoffnungslosigkeit enden lassen sollte. Sie spielte den starken Mann und schickte, nachdem sie mit der „freiwilligen Kürzung" nicht zurechtkam, für ca. 300 Frauen Änderungskündigungen ab, d.h. Kürzung oder Entlassung! Der Personalrat, der in Sachen Änderungskündigung mitwirken kann, wurde gar nicht erst gefragt. Auf der Personalversammlung am 2.6.76 gab die Universitätsverwaltung, an ihrer Spitze Siburg, erst gar nicht mehr die Mühe, von einem gemeinsamen Topf zu sprechen, sondern zeigte gleich ihr reaktionäres Gesicht: Die Lage hätten wir uns selber zu verdanken durch die hohen Lohnforderungen, zu beheben sei der Schaden nur noch durch Steuererhöhungen. Damit war eindeutig gesagt, daß die Universitätsverwaltung der verlängerte Arm der Landesregierung ist.

Die Frauen waren entschlossen, zu klagen, die Sache zu verzögern und an die Öffentlichkeit zu bringen, wobei sie die Unterstützung vieler Beschäftigten hatten. So kam es zur Verabschiedung einer Presseerklärung auf der Personalversammlung bei ca. 350 Anwesenden. Von den Gewerkschaftskollegen der ÖTV wurden Aktionstage vorgeschlagen. Die Universitätsverwaltung mußte die Änderungskündigungen daraufhin zurücknehmen. – (e., Freiburg)

CDU: Lohnabhängige genügend gedrückt?

Die CDU-Bundestagsfraktion hat am 2. Juni 1976 eine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet. Sie drängt die Regierung, den Lohnabbau weiter zu betreiben und verstärkt fortzusetzen, den Beschäftigten unbezahlte Mehrarbeit abzuverlangen.

Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion der CDU/CSU betr. Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes

I. Begrenzung der öffentlichen Aufgaben und des Personalbestandes

1. Hält die Bundesregierung die stetige Ausweitung der öffentlichen Aufgaben und des öffentlichen Personalbestandes weiterhin für notwendig, oder ist sie bereit, ihr entgegenzuwirken?

2. Ist die Bundesregierung bereit, zugleich mit der Fortentwicklung des Dienstrechts der öffentlich Beschäftigten auch die Begrenzung und Vereinfachung der öffentlichen Aufgaben und die Begrenzung des Personalbestandes in Angriff zu nehmen? Ist sie insbesondere bereit,

a) die bestehenden Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften des Bundes, auch soweit sie von Länder- und Gemeindebehörden ausgeführt werden, nach einem strengen Maßstab auf entbehrliche oder einschränkbare Aufgaben sowie auf Vereinfachungsmöglichkeiten zu überprüfen,

b) eine politische Grundsatzentscheidung zu treffen oder vorzuschlagen, um den Gesamt-Personalbestand der Bundesbehörden über mehrere Jahre hinweg

– auf den derzeitigen Stand zu begrenzen oder ihn darüber hinaus

– um einen Teil der natürlichen Abgänge zu verringern, jeweils mit der Maßgabe, daß unabweisbar notwendige neue Stellen durch Umschichtung gewonnen werden müssen,

c) den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden einen gemeinsamen politischen Schritt im gleichen Sinne vorzuschlagen,

d) Arbeiten einzuleiten, um innerhalb des so gewonnenen Zeitraums verstärkt objektive Verfahren zur Personalbemessung auf der Grundlage der Arbeitsmenge zu entwickeln?

(...)

III. Leistungsbezogene Besoldung und Vergütung

(...)

2. Auswirkungen der Streichung der Bewährungsbeförderung im Besoldungsrecht

Haben sich die Ankündigungen erfüllt, wonach die Streichung der bisherigen „Bewährungsförderung" in das erste Beförderungsamt des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes ein erster praktischer Schritt zur Verwirklichung der funktionsgerechten Besoldung sein sollte, oder trifft es zu, daß zwar die Wartezeiten teilweise empfindlich verlängert wurden, die Beförderung in das erste Beförderungsamt jedoch nach wie vor ohne Funktionswechsel vor sich geht?

(Bundestagsdrucksache 7/5282)

Gewerkschaftsangelegenheiten sind keine Staatsgeheimnisse

Auf dem ÖTV-Gewerkschaftstag nahm der ÖTV-Vorsitzende Klunker Stellung zu dem wegen angeblicher Spionage für den DDR-Geheimdienst verurteilten früheren Mitglied des ÖTV-Hauptvorstandes Faltermeier. Faltermeier soll „wichtige Informationen aus dem Gewerkschaftsbereich" weitergegeben haben. (Frankfurter Rundschau, 1. Juni) Als straferschwerend fiel für das Gericht ins Gewicht der „große Vertrauensbruch" gegenüber seinem Dienstherrn Heinz Kluncker und seinen Kollegen, berichtete die „Frankfurter Rundschau". Beweise lagen keine vor, außer daß Faltermeier öfter in den letzten Jahren mit einem Bekannten aus der DDR gesprochen hatte.

Hier wird die Gewerkschaft behandelt, als ob sie ein Teil des Staatsapparates selber sei und Berichte über die Gewerkschaft Staatsgeheimnisse seien. Kluncker wies auf dem Gewerkschaftstag diese Einmischungsversuche des Staates in die Angelegenheiten der Gewerkschaft nicht zurück. Wenn Faltermeier Gewerkschaftsgeheimnisse verraten oder sich sonst gewerkschaftsschädigend verhalten hätte, hätte die Gewerkschaft das mit einem Ausschluß bestrafen können.

Stattdessen aber unterscheidet sich die Betrachtungsweise der Gewerkschaftsführung in nichts von der des Staatsapparates. ÖTV-Vorsitzender Kluncker erklärt völlig übereinstimmend mit dem Gerichtsurteil: „Bei dem Verfahren habe man feststellen müssen, daß Faltermeier auch gegenüber dem ÖTV-Hauptvorstand Vertrauensbruch begangen habe." (Die Welt, 15. Juni) Daß der Verfassungsschutz darüber wacht, daß ein ÖTV-Mitglied nicht einen Vertrauensbruch gegenüber dem ÖTV-Hauptvorstand begeht, wird von Kluncker als selbstverständlich hingenommen. Nicht nur das. Es ist bekannt, daß der Verfassungsschutz eine rege Zusammenarbeit mit den ÖTV-Verwaltungsstellen unterhält zur Überwachung der Verfassungsergebenheit im öffentlichen Dienst. (Siehe KVZ Nr. 6/1975)

Bei diesem Spionageprozeß waren Beweise egal. Als Beweis reichte der Justiz aus, daß es in den Gesprächen um die Gewerkschaft gegangen sei. Damit wurde auch die monatelange Untersuchungshaft in diesem Fall wie auch in mehreren anderen Fällen in der letzten Zeit begründet, in denen Gewerkschaftsfunktionäre wegen Kontakten mit DDR-Gewerkschaftern in Untersuchungshaft genommen wurden. „Staatsgefährdung liegt vor, wenn Untersuchungshaft verhängt wird", das ist die Gleichung, die der Staat als normale Regel ausgibt.

Die Paragraphen, auf deren Grundlage der Staat Untersuchungshaft und Verurteilung vornimmt, wurden 1951 im Rahmen des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes geschaffen. Mit ihnen wurde damals die Verfolgung der KPD organisiert und jede Beziehung zur DDR, die damals noch auf dem Wege der Revolution vorangeschritt, verboten. Schon der Zeitungsbezug oder ein Gespräch mit DDR-Gewerkschaftern reichte zur Inhaftierung aus. Diese Gesetze gelten heute noch.

Die Gewerkschaften sind der Zusammenschluß der Arbeiterklasse gegen die Auswirkungen des kapitalistischen Lohnsystem und müssen auf die Abschaffung dieses Lohnsystems zielen. Sie stehen damit im Gegensatz zum Staat, der diese Ausbeutungsverhältnisse sichert.

Der ÖTV-Hauptvorstand hatte dem 8. Gewerkschaftstag zur Neuwahl in den Vorstand die Regierungsdirektorin im Bundeskanzleramt Dr. Monika Wulf-Mathies vorgeschlagen. Sie ist dann auch gewählt worden. Die Regierungsdirektorin ist jetzt Mitglied des Gewerkschaftsvorstandes, und der Staatsapparat hat einen direkten Vertreter in der Gewerkschaftszentrale. Daß die Gewerkschaftsführung den Gegner ins eigene Lager holt, wird damit gerechtfertigt, daß die Regierungsrektorin im Kanzleramt Sozialdemokratin ist. Das ist das gleiche wie Lohnabbau, kapitalistische Rationalisierung und politische Entrechtung im öffentlichen Dienst dadurch angeblich gerechtfertigt sind, wenn und weil sie von Sozialdemokraten durchgeführt werden.

Gewerkschaftsangelegenheiten sind keine Staatsgeheimnisse. Wer sie als solche betrachtet, öffnet dem Zugriff des bürgerlichen Staates auf die Gewerkschaften die Tür und gibt das erkämpfte Recht der Arbeiterklasse auf Koalitionsfreiheit preis.

Wenn Gewerkschaftsangelegenheiten als Staatsgeheimnisse behandelt werden, dann bedeutet das, daß dem Staatsapparat der Anspruch zuerkannt wird, über die Angelegenheiten der Gewerkschaft unterrichtet zu sein. Dem entspricht die Geheimhaltung von Gewerkschaftsangelegenheiten vor den Mitgliedern. Auch der Korruptionssumpf, der im bürgerlichen Staat blüht, faßt so in der Gewerkschaft Fuß.

Lehrerdemonstration in Stuttgart

Keine Teilzeitverträge!

Stuttgart. Am 21.6. fand in Stuttgart eine Demonstration gegen die Lehrerarbeitslosigkeit statt, zu der die Landessprecherkonferenz der Studienreferendare und die Landesastenkonferenz aufgerufen hatten. Diese Demonstration, an der sich gut 2000 Lehrer, Referendare und Studenten beteiligten, war geprägt von gewerkschaftlichen Forderungen nach Einstellung aller Lehrer, nach Arbeitslosengeld für arbeitslose Lehrer, nach Einstellung aller Bewerber in den Referendardienst und Abschaffung der Teilzeitverträge; sie richtete sich gegen die Berufsverbote und den Schieß-Erlaß. In der Demonstration wurden auch die Forderungen nach Abschaffung des Beamtenrechtes und des KPD-Verbots und nach Streikrecht für Lehrer erhoben.

Auf der anschließenden GEW-Kundgebung auf dem Schillerplatz beteiligten sich gut 3000 Menschen. Die in den Auftrag einer Firma gegebenen offiziellen GEW-Transparente zeichneten sich durch ihren weitgehenden Mangel an gewerkschaftlichen Forderungen aus. Sie beherrschten jedoch keineswegs den Platz; viele Transparente mit den obigen Forderungen waren zu sehen.

Der Beitrag von Vergin, dem GEW-Vorsitzenden von Baden-Württemberg, war vor allem ein Appell an die Landesregierung und den Landtag, auf die „realistischen und erfüllbaren" Forderungen der GEW einzugehen. Diese Appelle ernteten kaum Beifall.

Der Beitrag des GEW-Vorsitzenden Frister war ein Angriff auf die CDU-Landesregierung, die er – unter völliger Schonung der SPD – mit ihrem Wahlprogramm konfrontierte – nur, um schließlich von dieser Landesregierung die Verwirklichung ihres Programms zu fordern. Weder Frister noch Vergin haben ein Wort darüber verloren, wie die GEW selbst den Kampf für die Durchsetzung der Forderungen der Lehrer führen will. Das wurde jedoch keineswegs von allen Anwesenden hingenommen. Die Reden wurden mehrfach unterbrochen durch Parolen nach Abschaffung des Schieß-Erlasses und des Beamtenrechts, für Streikrecht und für die Einheitsschule unter Volkskontrolle.



Stuttgart. Forderungen gegen die politische Unterdrückung wurden auf der Lehrerdemonstration erhoben

Öffentliche Anhörung

Gießen. In einem offenen Brief an den Regierungspräsidenten in Darmstadt hatte der Lehramtsanwärter H. Hallenberg den Regierungspräsidenten aufgefordert, das gegen ihn anberaumte Anhörungsverfahren, mit welchem das Präsidium seine „Verfassungstreue" überprüfen will, öffentlich durchzuführen.

Eine Vollversammlung der Studenten der Universität vom 10.6. und die Mitgliederversammlung der GEW am selben Tag hatten diesen Schritt Hallenbergs begrüßt.

In der Resolution, welche die GEW-Mitgliederversammlung verabschiedete, heißt es: „Der GEW Kreisverband begrüßt diesen Schritt und ruft selbst dazu auf, am Montag, den 21. Juni 76 in den Räumen der Gießener Universität an der vorgeschlagenen Veranstaltung teilzunehmen."

Rund 150 Personen, vorwiegend Studenten, Lehrer und Schüler beteiligten sich an der Veranstaltung am 21.6., während der Vertreter des Regierungspräsidiums es vorzog, fernzubleiben.

Er halte es nicht für notwendig, die Verhörpraxis zu rechtfertigen, ließ er gegenüber Hallenberg am Telefon verlauten. Auf der Versammlung versuchten der GEW-Vorsitzende und der AStA, den Kampf gegen die politische Entrechtung im öffentlichen Dienst an ein Bekenntnis zur Verfassung zu binden. Dies wurde von der Versammlung mehrheitlich in einem Zusatzantrag zur GEW-Resolution, die von den Versammelten angenommen wurde, zurückgewiesen.

Beschlossen wurde, eine Delegation von AStA und GEW zu bilden, die dem Regierungspräsidenten die Forderungen der Versammelten nach Einstellung von H. Hallenberg wie aller anderen von Anhörungsverfahren betroffenen Lehramtsanwärter und nach Absetzung der politischen Anhörungsverfahren überbringen soll.

Abgeschoben auf die Sonderschule

Auslese für stupideste Arbeit in der kapitalistischen Produktion

Im Besitz der Erziehungsgewalt organisiert der bürgerliche Staat die Ausbildung nach der Methode eines Schüttelsiebes. Unterstes Auffangbekken bei dieser Methode sind die Sonderschulen. Ca. 14 % eines Schuljahrganges in der BRD kommen auf die Sonderschulen. Zweck dieser Schulen ist es, einen ständig wachsenden Anteil der Schüler als künftige Arbeitskräfte auf die stupidesten Tätigkeiten der kapitalistischen Produktion herzurichten. „. . . beim Schüler sind die für die spätere Erwerbstätigkeit so wichtigen manuell-motorischen Fähigkeiten nur begrenzt vorhanden", wird in den Richtlinien für den Unterricht an den Sonderschulen behauptet. Dem Werkunterricht wird die Bedeutung beigemessen, „in hohem Maße der Vorbereitung auf die Arbeitsbefähigung" zu dienen. Deshalb werden die Schüler getrimmt auf „die Übung im Gebrauch von Werkzeugen und einfachen Maschinen bei der Arbeit am konkreten Gegenstand".

65 % aller Kinder und Jugendlichen, die die Sonderschulen besuchen, sind Arbeiterkinder. Die restlichen 35 % setzen sich – wie man sich das denken kann – nicht aus Kindern der Reichen zusammen, sondern stammen aus Familien von „Erwerbslosen" – Rentnern und kleinen Angestellten.

Klar ist, daß die Arbeiterklasse kein Interesse an der Dequalifikation ihrer Kinder hat, deshalb schickt niemand sein Kind freiwillig auf diese Schulen. Trotzdem steigt der Anteil der Schüler an diesen Schulen.

Die Lebenszeit der arbeitenden Klassen ist weitgehend in Arbeitszeit für die Kapitalisten verwandelt. Arbeitereltern sind nicht in der Lage, familienmäßig die Übung von Mengenlehre, Lese- und Schreibübungen zu organisieren. Sehr schnell erhalten sie Hinweise der zuständigen Grundschulen, daß ihr Kind in einer Sonderschule besser „gefördert" werden könne. Z.B. wird das so begründet:

„Aufgrund des Hausbesuchs fand ich die Bestätigung, daß Susanne zu Hause geistig vernachlässigt wird (sie hat keinen Raum zum Arbeiten, sie wird viel zur Betreuung ihrer kleineren Schwester rangezogen). Die Mutter redet sich damit heraus, Susanne sei durch einen Unfall während der Schwangerschaft geistig geschädigt . . ."

Derartige Begründungen ist der Staat gezwungen, vor den Augen der Öffentlichkeit und den unmittelbar Betroffenen als „vertraulich" zu behandeln. Derartige Spitzeldokumente – die den Schülerbögen angefügt sind als sogenannte „Sonderpädagogische Beobachtungsbögen", begleiten die Schüler während ihrer ganzen Schulzeit. Jedes Aufbegehren der Schüler wird in diesen Dokumenten festgehalten. Das Ergebnis sieht dann z.B. so aus: „Christian wurde aufgrund seines Fehlverhaltens, er beschimpfte und bespuckte Lehrpersonen, gegen Ende des zweiten Schuljahres von der Grundschule auf die Sonderschule überwiesen. . . . Christian hat eine sehr geringe Motivationsspanne . . . Er beschimpft die Kollegin, die Sportunterricht erteilt, er wurde vom Religionsunterricht ausgeschlossen . . . da er den Unterricht fortwährend stört."

Diese „Beurteilungsbögen" sind aber ein umfassendes Werkzeug der Schulbehörde, nicht nur um das Aufbegehren der Schüler in der Schule zu registrieren, sondern auch gleich die ganze Familie zu bespitzeln. Zu dem Schüler Christian heißt es weiter: „ . . . In der Wohnung leben außer Christian die Eltern und sein Bruder, der z.Zt. nicht berufstätig ist. Christian kommt häufig verspätet oder gar nicht zum Unterricht, weil seine Mutter verschlafen hat. . . . Christians Kleider und Schulsachen sind häufig nicht in Ordnung, seine Kleidung ist unsauber . . ."

Besondere Aufmerksamkeit wird in dem Bogen der Haltung der Eltern der Schule gegenüber gewidmet:

„Sehr deutlich wurde die ablehnende Haltung des Elternhauses der Schule gegenüber am . . ., als ich versuchte gemeinsam mit einem Kollegen einen unangemeldeten Hausbesuch zu machen. Die Haustür wurde nach dreimaligem Läuten geöffnet. Die Wohnungstür schlug jedoch in dem Moment zu, indem ich den Treppenabsatz der Etage erreichte. Frau H.'s Stimme war zu hören: ‚Was will die denn hier?'"

Jupp hat hinzugelernt

Jupp ist in der Sonderschule. In der 8. Klasse. Er hat sich im Mai um eine Lehrstelle bemüht. Anfang Mai war er bei der Firma Rheinische Apparatebau in der Rochusstraße. Dort wurde ihm eine Lehrstelle zugesagt. Endlich eine Lehrstelle. In der Sonderschule hat er sich abgemeldet. Der Herr von der Rheinischen Apparatebau sagte Jupp, er solle am 25. Mai mit allen Unterlagen wiederkommen – die Lehrstelle hätte er fest. Am 25. Mai war Jupp dort. Erst mußte er drei Stunden auf den Herren warten, dann wurde ihm gesagt, daß er die Papiere da lassen solle – es sei alles in Ordnung – er bekäme in den nächsten Tagen die Mitteilung, welche Formalitäten noch zu erfüllen seien. – Am 1. September solle er anfangen.

Kurz darauf kam ein Brief – aber anders als erwartet. Eine Ablehnung. Es könne keine Lehrstelle zur Verfügung gestellt werden, weil das neue Jugendarbeitsschutzgsetz verabschiedet worden sei und dieses Gesetz längere Pausen für die Jugendlichen vorsehe. Diese Regelungen könnten die „Arbeitgeber" nicht mitmachen.

Keine Lehrstelle – an der Schule abgemeldet. Jetzt ist Jupp arbeitslos und ohne die Möglichkeit, den Hauptschulabschluß nachzuholen. Die Rheinische-Apparatebau-Kapitälisten haben ihn an der Nase herumgeführt und beschissen. Sie behandeln die Menschen wie Dreck. Nur der Profit zählt. Die Ausbildung der Jugendlichen wird den Profitinteressen untergeordnet. Jupp hat daraus gelernt – er wird sich im Kommunistischen Jugendbund organisieren. – (p.m., Köln, Stadtteilzelle Ehrenfeld)

Die Lehrer werden mittels des Beamtengesetzes dazu gezwungen, derart widerwärtige Tätigkeiten gegen die Kinder der Arbeiterklasse und des Volkes auszuführen.

Durch die Offenlegung ihrer durch Beamtenrechte zwangsverordneten Tätigkeiten werden sich die Lehrer mit dem Kampf der Arbeiterbewegung für das Recht auf Ausbildung verbinden können. „Wir brauchen keine Lehrer, die Duckmäuser sind", schrieb eine Kreuzberger Mutter an die Veranstaltung, die die GEW Kreuzberg anläßlich der Suspendierung der kommunistischen Lehrerin Barbara Saarbach machte. – (A, Westberlin)

Freiburg. Gegen das reaktionäre Schulgesetz und den geplanten Maulkorberlaß für die Schülervertretungen in Baden-Württemberg, die zusammen in Kraft treten sollen, ruft in Freiburg eine Aktionseinheit aus Schülervertretern, Jugendvertretern aus Betrieben und verschiedenen Schülergruppen, die an den Schulen gebildet worden sind, zu einer Demonstration am Freitag auf.

Baden-Württemberg. Das baden-württembergische Kultusministerium plant eine Verschärfung des Aufnahmeverfahrens für Gymnasien. Wie der „Staatsanzeiger" für Baden-Württemberg vom 12.6. schreibt, soll die „Berufs- und Bildungsberatung in Klasse zehn verstärkt ‚werden', damit ungeeignete Schüler nicht ‚in die gymnasiale Oberstufe hineinschlittern'". So der Ministerialdirektor Piazolo. Über den Zweck äußerte sich Piazolo wie folgt: „Wenn es uns gelingt, zehn Prozent der Schüler auf geeignetere Bildungswege zu leiten," könne die „Oberstufe besser geführt und gleichzeitig das Numerus-Clausus-Problem verringert werden".

Bremen. Nachdem der Bremer Senat gegen die Besetzung eines leeren Schulgebäudes in Bremen-Nord für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum mit einem brutalen Polizeiüberfall vorgegangen war (siehe KVZ Nr. 23) hat die Jugendinitiative Marßel am letzten Freitag eine Kundgebung auf dem Vegesacker Markt durchgeführt, um erneut ihre Forderung nach Bereitstellung des Schulgebäudes zu bekräftigen und gegen das Vorgehen der Polizei zu protestieren. 2 Betriebsräte vom Vulkan, 1 Jugendvertreter, Vertreter des selbstverwalteten Jugendzentrums Hoherkamp und der Jugendzentrumsinitiative Neustadt beteiligten sich an der Kundgebung. Wieder tauchte die Polizei auf. Angeblich wegen der Benutzung eines Megaphons kam es immer wieder zu Angriffen auf die Kundgebungsteilnehmer. Selbst im Kaufhaus prügelte die Polizei auf Jugendliche ein. 7 wurden festgenommen und Anzeigen wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Landsfriedensbruch und Gefangenenbefreiung angekündigt.



Hannover. Über 1 500 Menschen beteiligten sich an einer Demonstration gegen die Sparerlassen der niedersächsischen Landesregierung, mit denen die Klassen an den Schulen noch mehr vollgestopft und die Lehrer zu zusätzlicher Arbeit gezwungen werden sollen. Aufgerufen hatte die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), der Stadtschülerrat und die Asten von TU und PH. An der Kundgebung nahmen 3 000 teil, darunter über 800 Studenten der Universität Oldenburg und der Fachhochschule Emden, die in vier Etappen per Fahrrad nach Hannover demonstriert waren, um gegen Sparmaßnahmen im Hochschulbereich zu demonstrieren.

Jugendvertreterwahlen bei BEWAG, Westberlin

Schikanen und Antreiberei nicht gefallen gelassen

Westberlin. Die Ausbildungssituation im 1. Lehrjahr bei der BEWAG verschärft sich immer mehr. Stuhllehnen werden abmontiert, Schränke durchsucht, Auszubildende reihenweise zusammengeschissen. Es geht sogar soweit, daß die Meister die Frechheit besitzen, zu sagen: „Wir reden euch mit du an, denn ‚du Schwein' hört sich besser an als ‚Sie Schwein'." Es ist klar, daß sich die Lehrlinge das nicht gefallen lassen. Die Garderobenschränke aller 150 Kollegen wurden heimlich durchsucht. Nur durch Zufall erfuhren die Kollegen etwas davon. Begründet wurde diese Nacht- und Nebelaktion damit, daß Meßgeräte fehlen sollen. Das ist natürlich keine Entschuldigung für dieses dreiste Gangsterstück der Meister.

Die Lehrlinge formulierten und verabschiedeten eine Resolution, die von allen unterschrieben wurde. Sie forderten Jugendvertretung und Betriebsrat auf, sich bei der Personalvertretung zu beschweren und auf eine Entschuldigung bei den Lehrlingen hinzuwirken. Dies wurde erreicht. Der Dienststellenleiter mußte sich bei allen 150 Lehrlingen entschuldigen.

Die Stuhllehnen wurden abmontiert, als die Lehrlinge des 1. Lehrjahres in der Berufsschule waren. Begründung der Meister: Die Lehrlinge würden den ganzen Tag bloß kippeln, schlafen und faul rumsitzen. Klar ist, daß die Meister des Grundlehrgangs das Arbeitstempo verschärfen und die Lehrlinge spalten wollen. Ganz klar kann man an Hand dieses Beispiels sehen, daß die Lehrlingen im 1. Lehrjahr das Kreuz gebrochen werden soll.

In den anderen Lehrjahren waren die Stuhllehnen noch nicht abmontiert. Die Lehrlinge diskutierten, wie sie sich verhalten sollen, wenn sie von der Berufsschule kommen und auch ihre Stuhllehnen weg sind. Viele meinten: „Selbst wieder anbauen" oder „solange nicht arbeiten, bis die Stuhllehnen wieder angebaut sind". Ihre Stuhllehnen blieben dann allerdings dran.

Aber auch im 1. Lehrjahr hatten die Meister keinen Erfolg. Die Lehrlinge erkannten den Hintergrund der Stuhlaktion. Es bildeten sich sofort Diskussionstrauben und ein Arbeitsauftrag für die Jugendvertretung wurde erteilt. Die sollte sich sofort dafür einsetzen, daß die Stuhllehnen wieder drankommen. Das wurde erreicht. Dabei stellte sich heraus, daß dieses Vorgehen der BEWAG nicht nur ein eindeutiger Disziplinierungsversuch gegenüber den Lehrlingen war; das Abbauen von Stuhllehnen verstößt zudem noch gegen gesetzliche Bestimmungen des Arbeitsschutzes.

Auch auf die Spaltungsversuche der Meister im 1. Lehrjahr reagierten die Lehrlinge sofort. In der ÖTV Jugendgruppe wurde diskutiert, was man gegen die Zeitzettel machen kann, die ein Hebel der Kontrolle und Spaltung sind. Es gibt Noten für die „Güte" der Arbeit an einem Werkstück und für die dafür aufgewendete Zeit. Will man eine gute Zeitnote haben, sinkt automatisch die Note für die Güte des Werkstücks, oder umgekehrt. So sollen wir uns immer antreiben und jeder soll versuchen, es besser als der andere zu machen. Bekanntlich übernimmt die BEWAG nur die Hälfte aller Auszubildenden in die 2. Ausbildungsstufe.

Auf der letzten Jugendvollversammlung kam dann die Forderung nach Abschaffung der Zeitzettel von mehreren Lehrlingen zur Sprache. Alle waren dafür, daß die Zeitzettel weg müssen. Der Jugendvertretung wurde aufgetragen, sofort die nötigen Schritte einzuleiten.

Es kamen auch noch andere Punkte auf den Tisch. Die Stufenausbildung, mit der wir in „bessere" und „schlechtere" Arbeiter gespalten werden sollen. Daß ein großer Teil der Lehrlinge, die nicht in die 2. Ausbildungsstufe übernommen wurden, entweder sofort oder nach und nach entlassen wurden.

Auf der Grundlage der Erfahrungen der Lehrlinge mit ihrer Ausbildung und den Kämpfen, die in einzelnen Punkten schon geführt wurden, hat die ÖTV-Jugendgruppe ein Programm für die Jugendvertreterwahlen aufgestellt. Folgende Forderungen wurden darin aufgestellt:

Zusammenlegung der Frühstückspausen! Weg mit der Stufenausbildung! Übernahme aller Auszubildenden nach der Ausbildung in ein Arbeitsverhältnis! Zweiter Berufsschultag!

Die Diskussion auf der Jugendvollversammlung war ein guter Schritt zur Einheit auf diesen Forderungen. Die Ablenkungsversuche der SPD-Betriebsräte konnten weitgehend zurückgeschlagen werden. Für sie rührte sich keine Hand zum Beifall. Die Redebeiträge der Kollegen der Jugendvertretung, der Jugendgruppe und des Grundlehrgangs dagegen fanden immer viel Beifall.

Das Programm ist eine Richtschnur für die künftige Jugendvertretung der BEWAG. Alle Jugendvertreterkandidaten der ÖTV haben das Programm anerkannt und werden sich für die Durchsetzung der Forderungen einsetzen. Von den DAG-Kandidaten erhielten wir keine Aussage.

In der letzten Woche fanden die Wahlen statt. Vier Kandidaten der ÖTV-Jugendgruppe und ein Kandidat der DAG im Bereich Hauptverwaltung wurden gewählt. Mit weitem Abstand erhielten die beiden ÖTV-Kandidaten, die schon in der letzten Jugendvertretung gearbeitet hatten, die meisten Stimmen. – (k., Westberlin)

Schulbehörde droht mit Strafen

Schulstreik wegen giftiger Gase

Köln. Seit dem 10. Juni wird an der Gesamtschule in Köln-Holweide gestreikt. Eltern und Schüler fordern die sofortige Entfernung von Deckenplatten und von Schränken, die verschiedene giftige Gase abgeben, vor allem Formaldehyd.

Seit September vergangenen Jahres leiden Schüler, Lehrer und Angestellte an der neugebauten Gesamtschule unter den Folgen dieser giftigen Gase: schwere Kopfschmerzen, Bindehautentzündungen, Nebenhöhlenentzündungen, Erschöpfungserscheinungen und chronischer Schnupfen. Nachdem die Behörde zunächst jegliche gesundheitliche Gefährdung abgestritten hatte, wurde im November durch Gutachten bestätigt, daß zahlreiche Baumaterialien Schadstoffe an die Luft abgeben. In der Folgezeit wurde mit Aufheizen und Lüften der Räume versucht, den Giftgasgehalt zu vermindern. Das bringt nichts ein. Schließlich fordert die Schulleitung selbst eine Untersuchung durch das Fraunhofer Institut. Das dauert bis Ende Mai. Das Fraunhofer Institut bestätigt, daß die Deckenplatten und Möbel in gesundheitsschädlichem Ausmaß Giftgase an die Luft abgeben. Die Eltern fordern die sofortige Entfernung der Deckenplatten und Möbel. Die Schulaufsichtsbehörde erwidert: „Wenn wir Holweide als nicht ordnungsgemäße Schule schließen, müssen wir 50 andere Schulen auch dicht machen." An den Gesamtschulen Köln-Holweide und Chorweiler sind die gleichen Materialien verwendet worden. An der Gesamtschule Köln-Zollstock, die noch in Bau ist, werden dieselben Deckenplatten verwendet. Die Reaktion der Schulaufsichtsbehörde zeigt den Eltern an der Gesamtschule Holweide, daß sie mit Bitten und Eingaben an die Stadt nicht weiterkommen. Die Schüler rufen am 9.6. zum Streik auf, und am 10.6. beschließen die Schulpflegschaften der Gesamtschule und des im selben Gebäude untergebrachten Gymnasiums den unbefristeten Streik bis zur Entfernung der Deckenplatten und Schränke. Bis dahin verlangen sie Ausweichräume. Am Mittwoch, den 16.6., wird auf einer Informationsveranstaltung – die Stadt hat sich immer noch nicht um Ausweichräume gekümmert, nur für die 12. Klassen hat die Schulleitung Räume besorgt – demonstrativ eine Deckenplatte übergeben. Nach drei Stunden Warten kommt schließlich eine Verhandlung der Schüler und Elternvertreter mit den Verantwortlichen der Stadt zustande. Die Streikenden können einen ersten Erfolg verzeichnen. Die Stadt hat den Bauherrn per Einschreiben aufgefordert, die Deckenplatten zu entfernen. Bis zum 30. Juli soll alles fertig sein.

Nur einen Tag später erscheint in der örtlichen Presse die Androhung, daß die Schulaufsichtsbehörde gegen die Eltern mit Sanktionen, z.B. Bußgeldbescheiden, vorgehen werde, wenn sie den Streik nicht sofort abbrechen. Der Streik verstoße gegen die Schulpflicht! Das stellt die Sachlage auf den Kopf. Die, die dafür kämpfen, daß die notwendigen Bedingungen für die Ausbildung ihrer Kinder geschaffen werden, sollen wegen Verletzung der Schulpflicht bestraft werden. Am Freitag gibt die Schulpflegschaftsvorsitzende bekannt: Es wird weiter gestreikt. Die Bußgeldandrohung sei rechtlich sowieso undurchführbar, weil die Schüler nicht als fehlend registriert würden.

Die streikenden Schüler und Eltern stehen nicht allein. Schon am 16.6. führen 3 Kölner Schulen Solidaritätsstreiks durch und mehrere Schulen kündigen für den 23.6. weitere Solidaritätsstreiks an. – (r., Köln)

Ministerin Focke zur Lage der Arbeiterfamilien

Unterdrückung und Verhöhnung

Die herrschende Klasse versucht die neue Fassung des Paragrafen als „wesentlichen Schritt nach vorn" darzustellen, der dazu geeignet sei, „Sorgen und Leid abzuwenden, wenn eine Frau vor der schweren Fragen steht: Kann ich überhaupt ein Kind zur Welt bringen?" (Broschüre von Minister Focke, Jugend, Familie und Gesundheit). Wir sind bereits in der letzten Nummer der KVZ auf diese Broschüre eingegangen. Wir kommen nochmal darauf zu sprechen.

Weiter schreibt Frau Focke in ihrer Broschüre, daß über Beratungsstellen Wege und Hilfen angezeigt würden, die es einer Frau leichter machen, „ja zum Kind zu sagen". Viele Frauen würden, wenn sie aus den Beratungsstellen wieder herauskommen, feststellen, daß sie ihre soziale und wirtschaftliche Lage viel zu negativ gesehen hätten. Abtreibungen beruhen also auf optischer Täuschung. Zur Unterdrückung liefert die Regierung den Hohn gleich mit.

Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, die bereits 1974 angestellt wurden, also die Auswirkungen der Krise noch gar nicht in vollem Umfang berücksichtigen konnten, liegen 1975 von **allen** Arbeiterhaushalten 73,1 Prozent **unter** 2500 DM Haushaltsnettoeinkommen im Monat, von den Vier-Personen-Haushalten in der ganzen Bundesrepublik liegen 75,5 Prozent unter 2500 DM. 34,1 Prozent aller Arbeiterhaushalte liegen sogar unter 1500 DM netto. Mit weniger als 1500 DM ist **jedes** Kind ein schwerwiegendes wirtschaftliches Problem für die Familie. Mit weniger als 2500 DM wird spätestens das dritte Kind ein unlösbares wirtschaftliches Problem. Das liegt nicht an den Kindern und beruht auf keiner optischen Täuschung. Das liegt an den kapitalistischen Verhältnissen und kann nicht wegberaten werden.

Die soziale Lage der einzelnen Angehörigen der Arbeiterklasse und des Volkes ist es, die sie zwingt, die Kinder und Geburten nicht unter dem Klasseninteresse betrachten zu können, also als Zukunft der Klasse und der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern unter dem Gesichtspunkt der Kosten.

Wenn dann Frau Focke daherredet, daß die Frauen oder Familien, die sich zur Abtreibung entschließen, nach einem Besuch einer Beratungsstelle schon anderer Meinung sein werden, kann man sich gut denken, wie es hier zugeht. Die Beratungsstellen sind Instrumente der Bespitzelung und Strafverfolgung, die Frauen sind, wenn sie einmal da waren, registriert, unterliegen so der staatlichen Kontrolle. Schikane und Einschüchterung, das ist das Ergebnis, wenn sie aus solchen Stellen wieder rauskommen. Sie entsprechen dem Unterdrückungscharakter des § 218.

Vier-Personen-Haushalten in der ganzen Bundesrepublik liegen 75,5 Prozent unter 2500 DM. 34,1 Pro-
aus solchen Stellen wieder rauskommen. Sie entsprechen dem Unterdrückungscharakter des § 218.







Am 21.6. ist der neue § 218 in Kraft getreten. In zahlreichen Städten haben die Komitees am Wochenende mit Ständen, Plakataktionen, Kundgebungen und Veranstaltungen zum Ausdruck gebracht: der neue § 218 wird ebensowenig hingenommen wie der alte. In Westberlin hat die Theatergruppe auf den Stufen des Rathauses Neukölln ihr Stück gegen den § 218 aufgeführt. Das untere Bild zeigt Straßendebatten in Frankfurt.

Heidelberg: Fahrpreisprozesse

14 Monate Gefängnis wegen Aufrufs zu

Diphterieepidemie in Köln

Das Gesundheitsamt ist „auf weitere Fälle eingestellt"

Köln. 6 Menschen von insgesamt 32 erkrankten Menschen sind in den letzten Wochen in Köln an Diphterie gestorben. Die ansteckende Krankheit kann an sich durch rechtzeitige Impfungen leicht eingedämmt werden. In den letzten Jahren haben aber viele Eltern ihre Kinder nicht impfen lassen. Die Behörden, das Gesundheitsamt reden von „sinkender Impfmoral". Tatsache ist, daß Impfungen für Kinder über 12 z.B. nicht mehr kostenlos sind, sondern 45 DM kosten. Hinzu kommt, daß Impftermine montags und mittwochs von 14 bis 16 Uhr liegen, Termine, die Arbeitereltern, die beide berufstätig sind, nicht leicht wahrnehmen können. 17 Erkrankungen sind übrigens in einem städtischen Waisenheim in Köln-Sülz aufgetreten. 2 Kinder sind schon daran gestorben. 300 Kinder sind dort auf engstem Raum zusammengepfercht.

In der Kölner chirurgischen Klinik passierte folgendes: Ein Patient wurde von der Intensivstation in die Krebsstation verlegt. Dort starb er. Erst jetzt entdeckte man, daß der Mann Diphterie hatte. Der Raum der Intensivstation war inzwischen schon wieder belegt. Desinfiziert worden war nicht, der Desinfektor konnte nicht schnell genug kommen, es gibt nämlich nur eine Hand voll für 1800 Betten. Der neue Patient war inzwischen wieder auf die Unfallstation verlegt worden. Die angestellten bakteriologischen Untersuchungen sind negativ ausgefallen, es hat sich niemand angesteckt. Das ist aber reiner Zufall. Leicht hätte es anders kommen können, bloß weil wegen der Personalknappheit die Desinfektoren vollständig überlastet sind. Nach Aussage eines Münchener Professors sind etwa 8 % aller Todesfälle im Krankenhaus auf Ansteckungen im Krankenhaus zurückzuführen. (Kölner Stadtanzeiger vom 29.1.76) Bei einer Studie des Hygiene-Instituts in Mainz kam heraus, daß in den Operationssälen meistens zwischen zwei Operationen nur kurz gewischt werden, an den Unikliniken in Köln geschieht nicht einmal das. Es ist dafür keine Zeit mehr.

Wie schon bei anderen Epidemien in den letzten Jahren, hat das Gesundheitsamt wiederum die Bevölkerung über die Situation im Unklaren gelassen und nichts unternommen. Als im Gesundheitsausschuß des Stadtrats der Vorschlag auftauchte, zu untersuchen, ob unhygienische Zustände an Schulen die Krankheit weiterverbreiten könnten, winkte der Leiter des Gesundheitsamts ab. Das sei überflüssig. Für ihn ist die Epidemie „eine vertrackte Situation", er habe sich „noch auf eine Reihe von Fällen eingestellt" (Kölner Stadtanzeiger vom 11.6.76) – (Betriebszelle Uni-Kliniken, Köln)

Heidelberg: Fahrpreisprozesse

14 Monate Gefängnis wegen Aufrufs zu Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen

Heidelberg. Im Prozeß gegen den Redakteur der Kommunistischen Hochschulzeitung Volker Hurrle wurde letzten Freitag durch Richter Wollentin ein Terrorurteil von einem Jahr und zwei Monaten Gefängnis ohne Bewährung verhängt.

Grundlage dieses Urteils war ein Artikel in der Kommunistischen Hochschulzeitung (KHZ), in dem zu Demonstrationen und Blockaden des Straßenbahnverkehrs gegen die Fahrpreiserhöhungen im Sommer 1975 aufgerufen wurde, und ein Artikel, in dem die Auseinandersetzung um die richtigen Mittel im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen – Straßenbahnblockaden oder Roter Punkt – geführt wurde.

Für die herrschende Klasse hat V. Hurrle damit zu „strafbaren Handlungen" aufgerufen, „versuchte Nötigung des Gemeinderates" begangen und beigetragen zu „Zuständen, die Heidelberg tagelang in kriegsähnliche Auseinandersetzungen" verwickelten. „Der Angeklagte habe als ‚Schreibtischtäter', ‚Rädelsführer' gehandelt, deshalb sei eine besonders hohe Strafe zu verhängen", forderte Staatsanwalt Johe. Mit „Schreibtischtäter" spekuliert die Bourgeoisie auf den Abscheu der Massen vor den Greueltaten von Faschisten. Dieser Täuschungsversuch ist lächerlich, haben die Volksmassen doch ganz andere Erfahrungen im Sommer 1975 gemacht, nämlich die ihrer Kraft und Stärke, wenn sie sich zusammenschließen gegen die Plünderpolitik des Staates. 15000 Menschen, die aktiv den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen bei der Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG (HSB) geführt haben, kann die bürgerliche Klasse nicht vor Gericht stellen, das zeigt ihre Schwäche und ist Ausdruck der politischen Niederlage, die sie hat einstecken müssen.

Staatsanwalt Johe hat das „Gebot der Stunde" ausgesprochen: „Wir müssen hier und heute scharfe und abschreckende Strafen gegen die Rädelsführer verhängen, in drei bis vier Jahren ist es zu spät. Die Frage steht so: Entweder Kapitulation dieses Staates, oder er wehrt sich! Wir müssen heute die Stirn zeigen und dürfen den Schutz des Staates nicht nur den Polizeibeamten überlassen, sondern hier in den Gerichtssälen nachvollziehen und auch eigene Hand anlegen. Wir müssen sagen: In diesem Staat bin ich groß geworden!"

Im Gerichtssaal selbst, hinter verschlossenen Türen, haben die Schergen gewütet. Mit einer Ordnungsstrafe von zwei Tagen wurde Naseputzen quittiert: „Schneuzen im Gerichtssaal gibt es nicht", verkündete Wollentin. Einen Tag Ordnungshaft erhielt ein Zuschauer wegen einer Beifallsäußerung durch Klopfen, und wegen Zischen wurde ein Ordnungsgeld von 200 Mark verhängt. Damit war der Rahmen für die Verkündung des Urteils gesteckt. Diese Ordnungsstrafen gegen die Öffentlichkeit und das Terrorurteil begründete Johe damit, daß versucht worden sei, „Sand ins Getriebe der Justiz zu streuen". „Dem Recht müsse wieder zum Durchbruch verholfen werden, deshalb sei auch die Strafe ohne Bewährung zu vollstrecken."

Richter Wollentin hat abgeholfen und „Recht" gesetzt: Recht ist die Ausplünderung und Unterdrückung. Unrecht ist der Zusammenschluß der Massen und der Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhungen.

Am Donnerstag wird der Prozeß gegen Helga Rosenbaum und Jochen Noth fortgesetzt. In der letzten Woche hat sich sofort breiter Widerstand gegen das Urteil und die HSB-Prozesse erhoben. Auf einer Veranstaltung des AStA der Universität wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet mit der Forderung: „Weg mit dem Terrorurteil gegen V. Hurrle und Einstellung aller HSB-Prozesse!"

Der Betriebsrat von Teldix hat sich an den DGB gewandt und ihn aufgefordert, sich gegen die Urteile bei den HSB-Prozessen in der Öffentlichkeit auszusprechen.

Die Versammelten auf einer Veranstaltung des KBW haben in einer Resolution zu einer Demonstration am 23.6. aufgerufen. – (b., Heidelberg)

An den Krankenkassenleistungen gestrichen

Köln. Mit Wirkung vom 16.6.76 hat die Allgemeine Ortskrankenkasse Köln ihre Leistungen für Zahnersatz gesenkt. Statt 100 % sollen jetzt nur noch 85 % der Kosten gezahlt werden. Die Kölner Ortskrankenkasse, die gegenwärtig Beiträge in Höhe von 12,9 % erhebt, will durch diese Leistungskürzung in einem halben Jahr 5 bis 6 Millionen „einsparen". 1975 holten sich die Zahnärzte in Köln 28,5 Millionen DM an Beiträgen der Versicherten allein für Zahnersatz. Wenn die Kasse in einem halben Jahr 6 Millionen weniger zahlen will, wären das über 40 % weniger als bisher und nicht 15 % weniger. Der „Kölner Stadtanzeiger" meint des Rätsels Lösung zu kennen. Er schreibt am 11.6.76: „Möglicherweise steigt die Einsparung auch dadurch, daß die Versicherten nun, da sie selbst auch wieder mit einem Anteil zur Kasse gebeten werden, sich mit weniger aufwendigem Zahnersatz zufriedengeben oder überhaupt weniger nachfragen." Tatsache ist, daß die AOK auch bisher nur den jeweils billigsten Zahnersatz voll bezahlt hat und daß die Zahnärzte selbst dafür immer horrendere Preise kassiert haben.

Im ersten Halbjahr 1975 haben die Zahnärzte für Zahneratz bereits 1,6 Milliarden kassiert, das ist aufs Jahr gerechnet 50 % mehr als im Vorjahr (2,1 Mrd). (Zahlen aus Arbeits- und Sozialstatistik 1/76 und 9/75)

Fahrpreiserhöhungen in Stuttgart

Die Stadt plündert weitere 5 Millionen

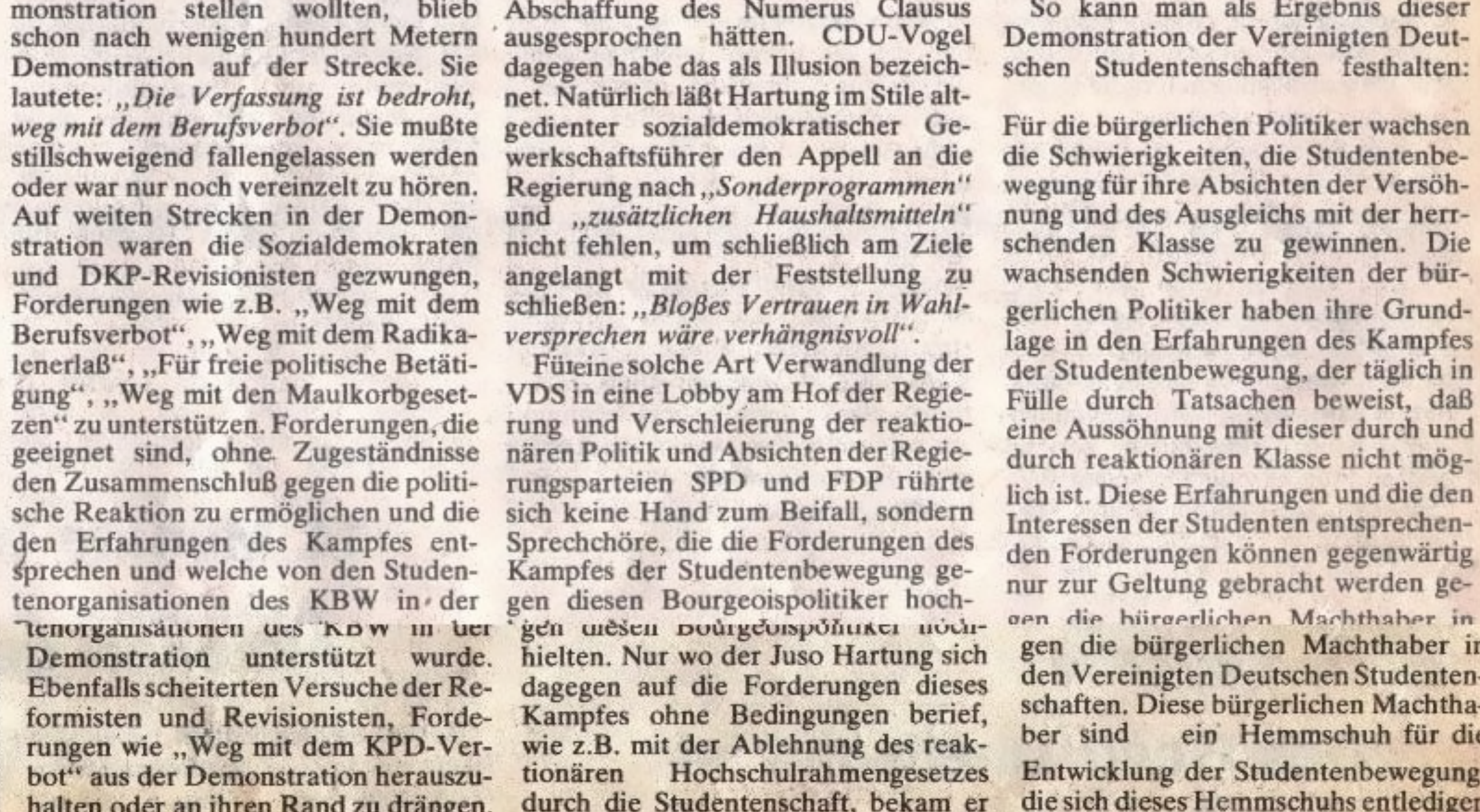
Stuttgart. 4 bis 5 Milliarden mehr aus Gebührenerhöhungen zusammengerafft haben die Städte und Gemeinden 1975. Darüber haben wir in der KVZ Nr. 16/1976 berichtet. 2 zusätzliche Milliarden allein durch Verteuerung der Gebühren für Kanalisation, Schwimmbäder, Verwaltungsgebühren etc., schätzungsweise eine Milliarde durch Fahrpreiserhöhungen und eine weitere Milliarde für die Verteuerung von Strom, Gas und Wasser. In Stuttgart hat der Aufsichtsrat der Stuttgarter Straßenbahn AG (SSB) Anfang Juni eine erneute Fahrpreiserhöhung beschlossen. Die Einzelfahrscheine werden wiederum um 8 % erhöht, nachdem sie vor noch nicht einem Jahr bereits um 30 % erhöht worden waren. Für 1976 sollen so noch 5 Millionen zusätzlich in die Kasse der SSB kommen. Der Beschluß im Aufsichtsrat, dessen Vorsitzender der Oberbürgermeister Rommel ist, wurde mit 13 zu 6 Stimmen gefaßt. Die Sozialdemokraten hatten sich ein besonderes Manöver dabei ausgedacht. Sie ließen ihre Stadträte dagegen stimmen, um sie aus dem Schußfeld des Protestes gegen die erneute Plünderei zu bringen. Um die Mehrheit zu sichern, ließen sie dafür die „Vertreter" der Lohnabhängigen im Aufsichtsrat für die Erhöhung stimmen. So wollten sie Spaltung zwischen den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst und der übrigen Bevölkerung betreiben.

Bereits einen Tag vor der Beschlußfassung des Aufsichtsrates hatten mehrere ÖTV-Betriebsgruppen, verschiedene Schülervertreter und der AStA der Fachhochschule für Bibliothekare zu einer Demonstration und Kundgebung vor dem Rathaus und der Hauptverwaltung der SSB aufgerufen. Zwischen 100 und 200 Menschen nahmen dran teil. Die Initiative gegen die Fahrpreiserhöhungen führte am 15. Juni dann eine erneute Kundgebung auf dem Schloßplatz durch. Zum Abschluß verabschiedeten 200 Zuhörer eine Resolution gegen die Beschlüsse des Aufsichtsrates. Außerdem forderten sie die Einstellung aller Prozesse gegen die Teilnehmer an den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen im letzten Sommer in Heidelberg. Für diesen Mittwoch hat die Initiative zu einer erneuten Versammlung aufgerufen, um über weitere Kampfschritte zu beraten, um das Inkrafttreten der Verteuerung am 1. August zu verhindern. Am Dienstag wurde der Initiative vom Wirt des Versammlungslokals mit Bedauern mitgeteilt, er könne die Durchführung der Veranstaltung nicht zulassen. Ihm sei vom Vorstand des Aufsichtsrates der SSB, der das Haus gehört, verboten worden, die Veranstaltung in seinem Lokal durchführen zu lassen.

Auf dem 25. Deutschen Kongreß für ärztliche Fortbildung am 8. bis 12.6.76 in Westberlin berichtete Dr. Scholz, Medizinaldirektor aus Stuttgart, daß gegenwärtig bei den Elf- bis Fünfzehnjährigen der Selbstmord an dritter Stelle der Todesursachen steht, bei den Sechzehn- bis Zwanzigjährigen bereits an zweiter Stelle.

20 bis 25000 auf der VDS-Demonstration in Bonn

Forderungen des Kampfes der Studenten bestimmten das Bild



Bonn 22.6.: Über 20000 beteiligten sich an der Demonstration der VDS.

Am 24. Januar 1974 demonstrierten in Bonn rund 40000 Studenten, aufgerufen durch die damaligen Studentenschaftsverbände VDS und SVI für kostendeckende Ausbildungsförderung und gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen. Der Marktplatz in Bonn konnte die Teilnehmer der Demonstration nur zur Hälfte fassen. Am Dienstag dieser Woche folgten etwa 20000 bis 25000 Studenten dem Aufruf des Vorstands des VDS zur Demonstration. Der Münsterplatz, auf dem die Kundgebung stattfand, wurde nicht ganz voll.

Wer auch nur geringe Aufmerksamkeit der Entwicklung der Auseinandersetzung an den Hochschulen geschenkt hat, der weiß, die Gründe für die Studentenbewegung zur Demonstration liegen in der Unterdrückung durch den bürgerlichen Staatsapparat. Die Verschlechterung der Studienbedingungen haben sich seit dem Januar 1974 gewiß vervielfacht und tatsächlich haben auch die Kämpfe der Studentenbewegung gegen die Entrechtung an den Hochschulen in diesen Jahren große Fortschritte gemacht.

Diese Fortschritte des Kampfes der Studentenbewegung haben auch das Bild der Demonstration am Dienstag dieser Woche bestimmt. Es mußte ihnen jedoch Geltung verschafft werden gegen Absichten, die von seiten der Sozialdemokraten und DKP-Studenten im VDS-Vorstand mit dem Projekt dieser Demonstration verfolgt wurden. Diese Absichten bestanden darin, die Studentenbewegung für den Kurs der Versöhnung mit der Politik der herrschenden Klasse und ihrem Staatsapparat zu gewinnen, der herrschenden Klasse eine Studentenbewegung vorzuführen, die sich in ihren Zielen beruft auf die bürgerliche Verfassung, welche das Privateigentum, der Kapitalisten und ihrer Ausbeuterordnung gewährleistet. Schließlich ging es den Jusos mit dem Projekt dieser Demonstration darum, den Parteifreunden in der Regierung zu helfen, über die Runden der nächsten Bundestagswahl zu kommen.

Es versteht sich, daß für dieses Projekt des Eintretens für eine Verfassung, auf welche sich die herrschende Klasse täglich zur Rechtfertigung ihrer Ausbeutung und Unterdrückung beruft und berufen kann und für vier weitere Jahre Schmidt-Genscher an den Hochschulen von den Sozialdemokraten und Revisionisten keine Begeisterung geweckt werden konnte. Daß unter diesen Bedingungen dennoch eine solche Zahl von Studenten zur Demonstration gefahren ist, muß man daher als Ausdruck der Stärke der Studentenbewegung nehmen.

Über 30 Verse hatten sich die Sozialdemokraten und Revisionisten ausgedacht, um ihre Ziele in der Demonstration durchzusetzen. Alle ihre Vorschläge liefen darauf hinaus, daß zwar die gegenwärtige Lage schlecht, aber Verbesserung möglich, wenn nur die Verfassung eingehalten und die SPD-Regierung erhalten werde. Z.B.: *„Dem Strauß und Dregger vor der Wahl wird diese Demo hier zur Qual"*.

Diese Hoffnungen der bürgerlichen Politiker haben sich nicht erfüllt. Die Hauptlosung, unter die sie diese Demonstration stellen wollten, blieb schon nach wenigen hundert Metern Demonstration auf der Strecke. Sie lautete: *„Die Verfassung ist bedroht, weg mit dem Berufsverbot"*. Sie mußte stillschweigend fallengelassen werden oder war nur noch vereinzelt zu hören. Auf weiten Strecken in der Demonstration waren die Sozialdemokraten und DKP-Revisionisten gezwungen, Forderungen wie z.B. „Weg mit dem Berufsverbot", „Weg mit dem Radikalenerlaß", „Für freie politische Betätigung", „Weg mit den Maulkorbgesetzen" zu unterstützen. Forderungen, die geeignet sind, ohne Zugeständnisse den Zusammenschluß gegen die politische Reaktion zu ermöglichen und die den Erfahrungen des Kampfes entsprechen und welche von den Studentenorganisationen des KBW in der Demonstration unterstützt wurde. Ebenfalls scheiterten Versuche der Reformisten und Revisionisten, Forderungen wie „Weg mit dem KPD-Verbot" aus der Demonstration herauszuhalten oder an ihren Rand zu drängen.

Während das Bild der Demonstration so bestimmt wurde durch Forderungen und Propagierung von Aktionen wie z.B. örtlichen Streiks an Fachbereichen gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat und die Verschlechterung der Studienbedingungen, unternahm auf der Kundgebung der VDS-Vorstand, vertreten durch den Juso Hartung, den Versuch, diesen scharfen Gegensatz zur Politik des bürgerlichen Staatsapparates zu verwischen und für den Kurs der Versöhnung mit der herrschenden Klasse und die Wahl der SPD zu werben. Für die Methode dieses Manövers ein Beispiel. Es beginnt mit der Erklärung des Juso: *„Für 800000 Studenten Westdeutschlands"*, daß die Vereinigten Deutschen Studentenschaften an ihrer Forderung nach grundsätzlicher Beseitigung des Numerus Clausus festhalte und sich nicht mit *„Teillösungen"* zufrieden geben werde. Sodann läßt Hartung den konkreten Hinweis folgen, daß ja erst kürzlich Bundeskanzler Schmidt und auch Maihofer sich für die Abschaffung des Numerus Clausus ausgesprochen hätten. CDU-Vogel dagegen habe das als Illusion bezeichnet. Natürlich läßt Hartung im Stile altgedienter sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer den Appell an die Regierung nach *„Sonderprogrammen"* und *„zusätzlichen Haushaltsmitteln"* nicht fehlen, um schließlich am Ziele angelangt mit der Feststellung zu schließen: *„Bloßes Vertrauen in Wahlversprechen wäre verhängnisvoll"*.

Füreine solche Art Verwandlung der VDS in eine Lobby am Hof der Regierung und Verschleierung der reaktionären Politik und Absichten der Regierungsparteien SPD und FDP rührte sich keine Hand zum Beifall, sondern Sprechchöre, die die Forderungen des Kampfes der Studentenbewegung gegen diesen Bourgeoispolitiker hochhielten. Nur wo der Juso Hartung sich dagegen auf die Forderungen dieses Kampfes ohne Bedingungen berief, wie z.B. mit der Ablehnung des reaktionären Hochschulrahmengesetzes durch die Studentenschaft, bekam er Beifall.

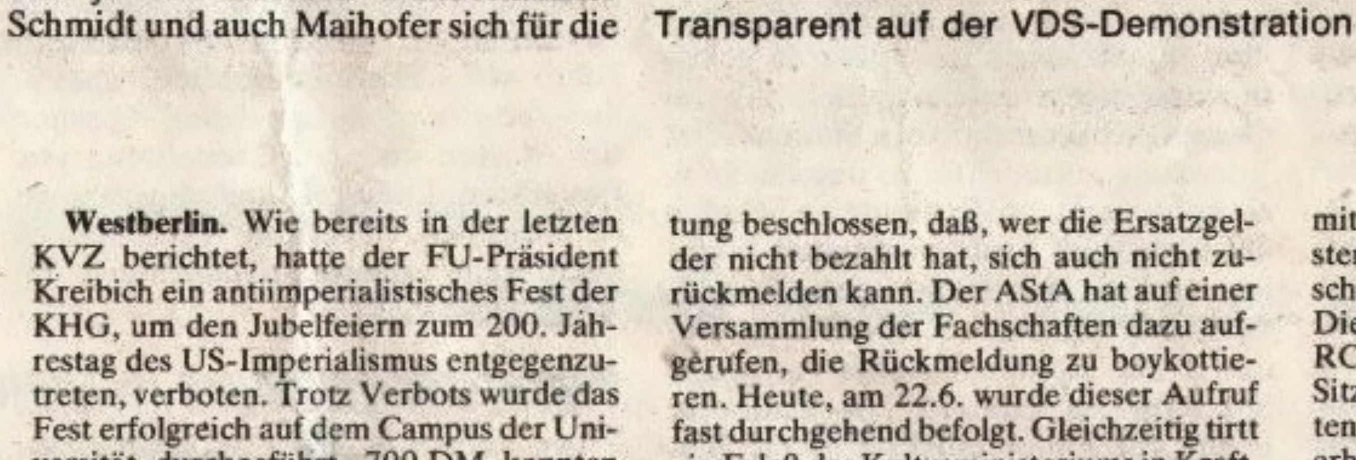
So kann man als Ergebnis dieser Demonstration der Vereinigten Deutschen Studentenschaften festhalten:

Für die bürgerlichen Politiker wachsen die Schwierigkeiten, die Studentenbewegung für ihre Absichten der Versöhnung und des Ausgleichs mit der herrschenden Klasse zu gewinnen. Die wachsenden Schwierigkeiten der bürgerlichen Politiker haben ihre Grundlage in den Erfahrungen des Kampfes der Studentenbewegung, der täglich in Fülle durch Tatsachen beweist, daß eine Aussöhnung mit dieser durch und durch reaktionären Klasse nicht möglich ist. Diese Erfahrungen und die den Interessen der Studenten entsprechenden Forderungen können gegenwärtig nur zur Geltung gebracht werden gegen die bürgerlichen Machthaber in den Vereinigten Deutschen Studentenschaften. Diese bürgerlichen Machthaber sind ein Hemmschuh für die Entwicklung der Studentenbewegung, die sich dieses Hemmschuhs entledigen muß. – (h.j.)



Westberlin. Zum zweitenmal in diesem Semester streikten die Studenten der PH vom 14. bis 16.6. gegen die Sperrung von AStA-Geldern durch den Senat und für den Erhalt der Verfaßten Studentenschaft. Der Hochschulsenator verfügte für die Dauer des Streiks die Besetzung der PH durch die Polizei, der es aber nicht gelang, den Streik zu zerschlagen. 44 Dozenten wandten sich in einer Erklärung gegen den Polizeieinsatz. Am 18.6. führten 600 PH-Studenten eine vom Streikrat organisierte Demonstration durch. Der revisionistische ADS/SEW AStA, der schon zuvor gegen den Streik aufgetreten war, unterstützte die Demonstration nicht.





Transparent auf der VDS-Demonstration

Universität Bremen

700 Studienbescheinigungen waren schon ausgestellt

Bremen. Seit Beginn des Semesters verweigern knapp 2 000 Studenten der Universität die Bezahlung der vom Senator Franke angeordneten Erhöhung der Sozialwerksgebühren von 5 auf 12 Mark.

Die verschiedensten Erpressungsmanöver des Senats, unter anderem die Sperrung der AStA-Gelder, sind bisher an der einheitlichen Boykottfront der Studenten gescheitert. Als letztes Erpressungsmittel blieb dem Senator, daß, wer die erhöhten Gebühren nicht bezahlt, auch keine Studienbescheinigung erhält, die man braucht, wenn man einen Verlängerungsantrag für das BAFöG stellen muß.

Um dem zu begegnen, suchten die Studenten den Rektor Steinberg in seiner Lehrveranstaltung auf. Auf seine Beteuerungen, den Kampf der Studenten unterstützen zu wollen, gaben ihm die Studenten gleich die Gelegenheit dazu, ihren Kampf zu unterstützen: Sie forderten den Rektor Steinberg auf, Anweisung an die Angestellten des Studentenwerks zu erteilen, die bisher durch Anordnung des Senats verweigerten Studienbescheinigungen auszustellen. Unter dem Druck der Studenten erklärte sich der Rektor dazu bereit und ließ am letzten Donnerstag die Bescheinigungen ausstellen.

Senator Franke, in Hamburg auf einer Kultusministerkonferenz weilend, erfuhr dies. Per Einstweiliger Verfügung des Gesamtsenats, der auf Hilferuf des Wissenschaftssenators Franke noch am gleichen Nachmittag tagte – so schnell kann ein Senat handeln, wenn es um die Absicherung seiner Ausplünderungspolitik geht – wurde die Ausstellung der Bescheinigungen bei Androhung disziplinarischer Maßnahmen gegenüber Rektor und Angestellten im Studentensekretariat untersagt.

700 Studenten hatten zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits ihre Bescheinigungen erhalten. Der Senat ordnete daraufhin an, daß diese Bescheinigungen nicht anerkannt werden und daß jeder Student, der seine Ausbildungsförderung weiter beantragen will, nachweisen muß, daß er die erhöhten Studentenwerksgebühren bezahlt hat. Der AStA, der von DKP- und SPD-Studenten gestellt wird, hat sich jetzt auf „Geheimverhandlungen" mit der Staatsseite verlegt, und er traute sich nicht einmal, den Studenten den Ort der Verhandlungen zu nennen. Was kann man von „Geheimverhandlungen" unter Ausschluß der Studenten erwarten? Doch nur, daß deren Interessen verkauft werden. Aber die Forderung nach Rücknahme der Sozialwerksgebühren steht, und über diese Forderung gibt es nichts zu verhandeln. – (r., Bremen)

Westberlin. Wie bereits in der letzten KVZ berichtet, hatte der FU-Präsident Kreibich ein antiimperialistisches Fest der KHG, um den Jubelfeiern zum 200. Jahrestag des US-Imperialismus entgegenzutreten, verboten. Trotz Verbots wurde das Fest erfolgreich auf dem Campus der Universität durchgeführt. 700 DM konnten als Erlös der ZANU überwiesen werden.

Hamburg. Einen dreitägigen Warnstreik haben die Germanistikstudenten beschlossen. Der Streik richtet sich gegen die Aberkennung der Prüfungsberechtigung für Professor Briegleb durch das Prüfungsamt. Professor Briegleb hat sein Gutachten über eine von ihm mit 2 plus bewertete Prüfungsarbeit veröffentlicht, nachdem das Lehrerprüfungsamt diese Arbeit durch andere Gutachter auf 5 hatte herunterzensieren lassen.

Braunschweig. Am 18.6. führten die Studenten aller Braunschweiger Hochschulen einen Mensaboykott gegen die geplante Mensapreiserhöhung durch. In einer Notmensa der Studenten wurden 1630 Essen ausgeteilt, 178 Essen wurden in der boykottierten Mensa ausgegeben. Am Nachmittag trat der Vorstand des Studentenwerks zusammen, um die Mensapreiserhöhung zu beschließen. Dazu kam es nicht, da viele Studenten zu dieser Sitzung erschienen waren, um ihren Protest zum Ausdruck zu bringen.

Tübingen. Bereits seit geraumer Zeit müssen die Studenten der Naturwissenschaft und Medizin in Tübingen Ersatzgelder bezahlen, wogegen sich die Studenten durch einen Zahlungsboykott gewehrt hatten. Jetzt hat die Universitätsverwaltung beschlossen, daß, wer die Ersatzgelder nicht bezahlt hat, sich auch nicht zurückmelden kann. Der AStA hat auf einer Versammlung der Fachschaften dazu aufgerufen, die Rückmeldung zu boykottieren. Heute, am 22.6. wurde dieser Aufruf fast durchgehend befolgt. Gleichzeitig tirtt ein Erlaß des Kultusministeriums in Kraft, nach dem ab dem Wintersemester alle Studenten in Baden-Württemberg Ersatzgelder bezahlen sollen.

Clausthal. Bei den Wahlen zum Studentenrat wurde die Liste „Unabhängige Liberale" mit 7 Sitzen gegenüber 9 bei den letzten Wahlen stärkste Fraktion. Die Jusos erhielten 5 Sitze (4), die Basisgruppen 3 (1), der SHB 1 Sitz (1). Die reaktionären Studenten vom RCDS erhielten 6 (3) und der SLZ erhielt 3 Sitze (3). Der KSB erhielt 1 Sitz wie im bisherigen Parlament. Die Wahlbeteiligung betrug 30,7 %.

Marburg. Bei den Wahlen zum Studentenparlament gingen die DKP-Studenten mit 12 Sitzen (12 bei der letzten Wahl) als stärkste Fraktion hervor. Die neugebildete Juso-Gruppe erhielt 7 Sitze, der SHB 8 Sitze (9). Die reaktionären Studentengruppen RCDS und ADU/SLH erhielten zusammen 7 Sitze (7), der LHV 3 Sitze (5). Die Rote Einheitsliste von KSV und KSB/ML erhielt einen Sitz (3). Die Liste Aktionseinheit, die vom neugebildeten KSB gebildet wurde, erhielt 2 Sitze. Vor einem Jahr kndidierte der inzwischen aufgelöste KSM, der damals 4 Sitze erhalten hatte.

Tübingen. Stärkste Fraktion bei den Studentenparlamentswahlen wurde die Liste der Fachschaften (Spontaneisten) mit 10 Sitzen. Eine weitere Spontaneistenliste erhielt 3 Sitze. Die Gewerkschaftliche Liste erhielt 8, der SLH 4 Sitze. Die reaktionären Studentengruppen RCDS und HTS erhielten zusammen 8 Sitze. Die Liste Fortschrittlicher Studenten, die von der KSO unterstützt wurde, erhielt keinen Sitz.

Düsseldorf. Bei den Studentenparlamentswahlen an der Universität wurde der RCDS mit 33 % und 7 Sitzen stärkste Fraktion. Der SHB erhielt 6 Sitze, der MSB 2 Sitze, die Jusos erhielten 3 Sitze. Ein Arbeitskreis fortschrittlicher Studenten erhielt 1 Sitz, Der Kommunistische Studentenbund hatte nicht kandidiert.

Freiburg. Auf einer Semestervollversammlung beschlossen die Studenten des 4. Semesters der Evangelischen Fachhochschule eine Urabstimmung für einen Klausurenboykott durchzuführen. Dieser Schritt richtet sich gegen die ständig steigende Zahl von Leistungsnachweisen, welche die Studenten erbringen müssen.

Kiel. Die Studentenschaft der Pädagogischen Hochschule Kiel führt am Donnerstag, den 24.6., eine Veranstaltung durch, auf der das Vorgehen gegenüber politischen Anhörungsgesprächen von Lehramtsanwärtern durch das Ministerium beraten werden soll. Aktueller Anlaß dazu ist die Nichteinstellung der Lehramtsanwärter Tidemann und Volland durch die Landesregierung. Beide haben während ihres Studiums als gewählte studentische Vertreter die Interessen der Studenten vertreten.

Zwischen Großbritannien und Grönland

Pläne für Verminung des Meeresbodens

In ihrer Gier nach Weltherrschaft kennen die Imperialisten keine Skrupel. Insbesondere das Ringen zwischen den beiden Supermächten, dem amerikanischen Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus, ist die Quelle eines neuen Krieges. Beide Mächte rüsten sich gegenseitig auf. Ihnen genügen nicht mehr Stützpunkte in fremden Ländern, strategische Rüstungen, atomare Bewaffnung und Flottenverbände auf allen Meeren, um ihren Einfluß militärisch abzusichern. Jetzt ist bekannt geworden, daß die US-Imperialisten auf dem Meeresboden ihre Waffen (Torpedos) einrichten wollen: „U-Boot-Fallen zwischen England und Grönland" (Sonderausgabe der „Welt", Mai 1976).

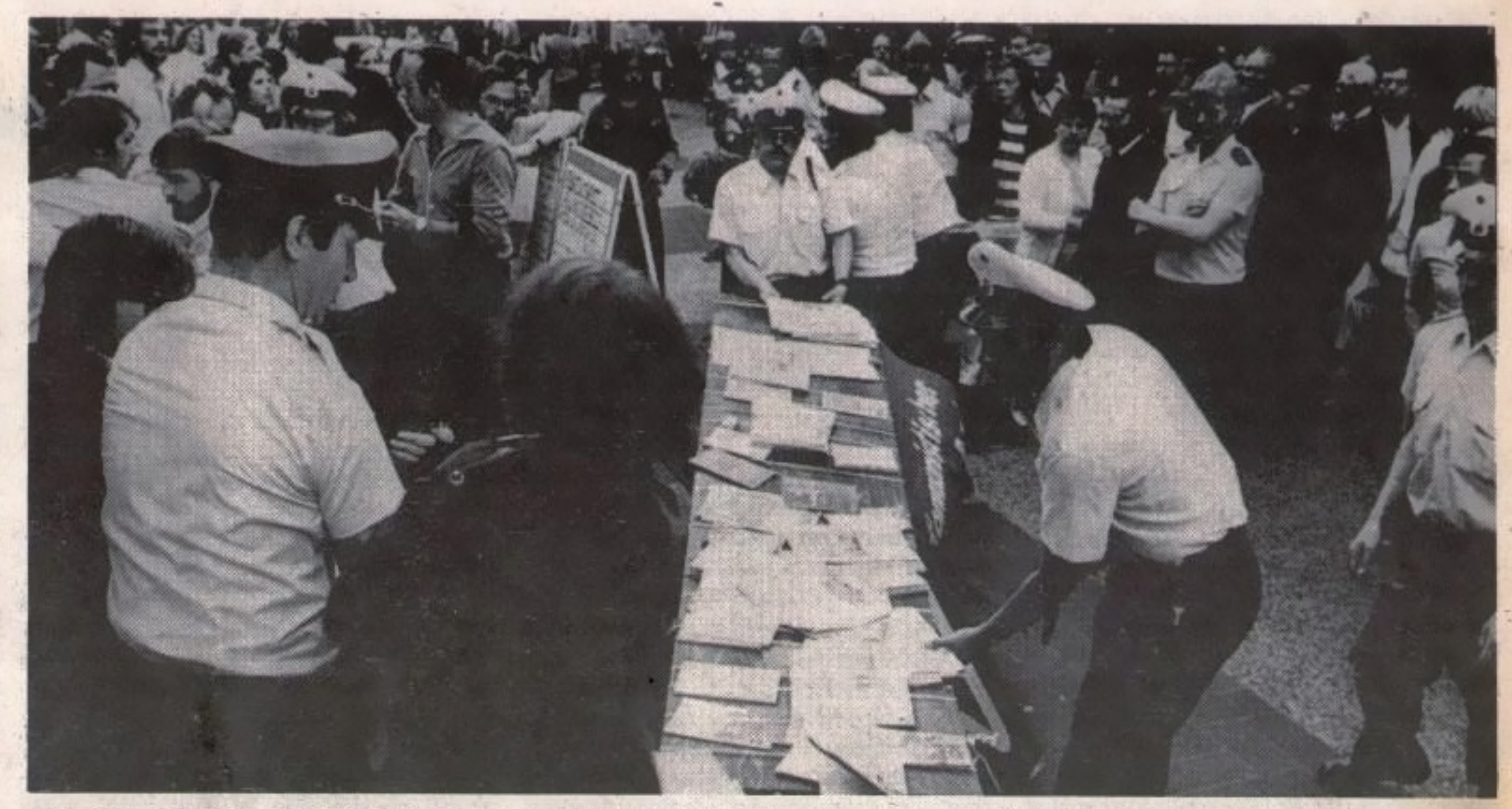
„Eine Kette von Todesfallen für gegnerische U-Boote, die auf dem Meeresgrund nach strategischen Gesichtspunkten ausgelegt werden, plant die amerikanische Marine. Die neuartige Waffe ‚Captor' – oder auch ‚Knüppel aus dem Sack' genannt – soll 1978 einsatzbereit sein und die Bedrohung des Westens durch die starke sowjetische U-Boot-Waffe verringern.

Herzstück von ‚Captor' – das ist eine Zusammenfassung von ‚encapsulated torpedoes' – ist ein Westinghouse-Torpedo des Typs Mark 46. Er findet Platz in einem röhrenähnlichen Kanister, der – senkrecht stehend – auf dem Meeresboden verankert wird. Dieses neue Waffensystem bleibt so lange passiv, bis es durch ein elektronisches Signal von einer Kommandozentrale ‚geschärft' wird.

Danach arbeitet ‚Captor' vollautomatisch: Haben die Sensoren ein U-Boot ausgemacht, wird der Deckel des Kanisters abgesprengt, der Torpedo gestartet und rast seinem Ziel entgegen. Der Torpedo ist mit einem akustischen Zielgerät ausgestattet, folgt also den Geräuschen eines U-Bootes, bis es zerstört ist.

‚Captor' kann nicht zwischen feindlichen und eigenen U-Booten unterscheiden, so daß amerikanische Unterseeboote mit genauen ‚Lagekarten' versehen werden müssen, damit sie nicht Gefahr laufen, von einer eigenen Waffe angegriffen zu werden. Im Budget der US-Marine sind für das am 1. Oktober beginnende neue Haushaltsjahr 70 Millionen Dollar für die Anschaffung von zunächst 480 der Kanister-Torpedos eingeplant. Die in Einzelheiten streng geheime Waffe soll von Spezialschiffen aus an strategischen Stellen ‚ausgesät' werden.

Auch die Meeresgebiete, die auf diese Weise ‚vermint' werden sollen, werden geheimgehalten. Wahrscheinlich werden die sogenannten ‚Ausfall-Routen' sowjetischer U-Boote mit den ‚Todesfallen' versehen, also Seegebiete, durch die sowjetische U-Boote fahren müssen, um von ihren Basen die offene See zu erreichen. Nach Ansicht des U-Boot-Abwehrspezialisten Richard L. Garwin können zwischen Grönland und den britischen Inseln installierte 200 Kanister-Torpedos für viel weniger Geld die Aufgabe von 30 nuklearen Angriffs-U-Booten übernehmen." – (aus Sonderausgabe der „Welt", Mai 1976)



„20 Jahre Bundeswehr-Garnison Delmenhorst". Mit Hubschrauberrundflügen, Platzkonzert und Erbsensuppe versuchten Bundeswehrführung und Stadtbürokratie die Bundeswehr schmackhaft zu machen. Die örtliche Presse stellt die Bundeswehr als selbstlosen Wohlfahrtsverband und Notdienst dar; sie hilft bei Sturmschäden, Flutkatastrophen und Waldbränden. Die Ortsgruppe Delmenhorst des KBW legte mit Stellschildern, auf Flugblättern und an einem Stand den wahren Charakter der Bundeswehr offen: Gewaltapparat der imperialistischen Kapitalistenklasse zur Niederhaltung der Arbeiterklasse und des Volkes in Westdeutschland zu sein sowie zur Niederhaltung fremder Völker und zur Ausschaltung der imperialistischen Konkurrenten. Die Staatsgewalt reagierte empfindlich. Mit Polizeieinsatz ging sie gegen die Verbreitung der Wahrheit vor. Es gelang der Polizei, die Stellschilder und den Stand zu beschlagnahmen und vier Genossen kurzfristig zu verhaften. Die Anschauungen der Kommunisten hinsichtlich der bürgerlichen Armee, die auf ihre Zersetzung und Zerschlagung hinauslaufen, wurden dadurch um so heftiger diskutiert. Noch nie gab es in den letzten Jahren so große Menschenaufläufe. Die wenigsten unterstützten die Maßnahme des Staates, die meisten lehnten sie ab. Etliche wollten nun erst recht wissen, was die Kommunisten wollen.

Ein Zeitsoldat berichtet

Mit Versprechungen für die Söldnerexistenz geködert

In meiner Einheit, einem Flugabwehr-Raketenbataillon, erzählte ein OGUA (Obergefreiter, Unteroffiziersanwärter):

Vor drei Jahren hatte er sich auf vier Jahre (Z 4) verpflichtet. Er könne damit rechnen, heimatnah versetzt zur werden, er könne als Z 4 immer damit rechnen, am Ende Stabsunteroffizier zu sein, er könne seinen Kfz-Meister bei der Armee machen. Das alles hatte man ihm bei seiner Verpflichtung versprochen.

Heute ist die Lage des Kameraden so: Alle Versprechungen haben sich als Betrug erwiesen. Zwar ist der Obergefreite heimatnah stationiert, doch leider besteht dort keine Unteroffiziers-Planstelle für seinen Bereich. Und als es dann eine Planstelle nach drei Jahren gibt, da läßt sich die Bundeswehrführung etwas Neues einfallen: Der Obergefreite wird dabei erwischt, wie er die Druckluftbremse eines Bundeswehr-Unimogs als Kompressor benutzt, um den Wagen eines Kameraden zu spritzen. Die Offiziere machen viel Aufhebens von Eigentum der Bundeswehr, von Benzinverbrauch usw. und verknacken ihn zur einer Disziplinarstrafe über 60 DM. Und wer eine Disziplinarstrafe hat als Unteroffiziersanwärter, der muß sich erst mal vor den Augen der Bundeswehrführung bewähren, ob er auch gewillt ist, in ihre Fußstapfen zu treten: Bewährungszeit drei Monate, in denen der Obergefreite nicht Unteroffizier werden darf. Jetzt kann der Obergefreite sich ausrechnen, daß er nicht mehr Unteroffizier wird, denn ein halbes Jahr vor der Entlassung darf niemand mehr befördert werden und in wenigen Monaten ist es bei dem Obergefreiten so weit.

Der Obergefreite hat – gegenüber der versprochenen Beförderung zum Stabsunteroffizier – 3000 bis 4000 DM weniger verdient.

Und die versprochene Meisterprüfung? Da hat man ihm gesagt, die könne er doch in der sechsmonatigen Ausbildung machen, die ihm nach den vier Jahren als Zeitsoldat zustehe. „Aber mach mal deinen Meister, wenn du vier Jahre beim Bund warst, da hast du doch keine Ahnung mehr von dem, was da verlangt wird!"

Heute würde sich der Kollege nicht mehr verpflichten, er ist der Meinung, daß er vier Jahre verloren hat: „Wenn mir einer mal sagt, es wär schön beim Bund, dem hau ich in die Fresse." Viele, die von so einem Zeitsoldaten hören, meinen vielleicht, der hätte besonderes Pech gehabt. So ist es aber nicht. Einem Großteil der Zeitsoldaten geht es so.

Die Zeitsoldaten sind schließlich keine „Freiwilligen", ihre soziale Lage (keine Ausbildungsmöglichkeit, arbeitslos) ist meist der Grund, sich an die Armee zu verkaufen. Folglich sind sie nicht an der Armee interessiert, sondern an der Verbesserung ihrer Situation. Das weiß die Armeeführung und ködert sie, indem sie ihnen rosige Versprechungen macht. Alle Versprechungen sind natürlich nur mündlich, warum sollten sie also von der Bundeswehrführung eingehalten werden, die schließlich nur daran interessiert ist, williges Menschenmaterial einzukaufen?

Normalerweise kann man einen Vertrag kündigen, wenn eine Seite ihn bricht. Die Zeitsoldaten sind jedoch in einer rechtlosen Söldnerexistenz, sie haben kein Kündigungsrecht, sie haben sich verkauft, sie müssen ihre Zeit abdienen und machen, was immer von ihnen verlangt wird.

Die Zeitsoldaten brauchen das Recht, den „Vertrag" mit der Armeeführung lösen zu können, wann immer sie es wollen. Sie müssen sich gegen ihre rechtlose Söldnerexistenz wehren können. Nötig ist das Kündigungsrecht für Zeitsoldaten! – (Gefreiter pe.)

Zwei Arten von Bestrafung

Schwanewede, Osnabrück, 11.6.76. Gegen den Gefreiten M.Tiedtke Stabskompanie/Panzergrenadierbrigade 32, der in Uniform an der gewerkschaftlichen Maidemonstration in Bremen-Nord teilgenommen hat, sind vom Kompaniechef jetzt 16 Tage verschärfte Ausgangssperre verhängt worden. Der Kompaniechef hatte zunächst 7 Tage Bau verhängen wollen, dem hat das Truppendienstgericht aber nicht zugestimmt. Der Kamerad will gegen diese Disziplinarmaßnahme Beschwerde einlegen.

Durch das Soldatengesetz ist den Soldaten das Recht auf freie politische Betätigung genommen. Doch erst kürzlich hat der „Spiegel" wieder enthüllt, daß dieses Verbot nicht gilt, wenn sich Offiziere gegen die Interessen des Volkes politisch betätigen: Hauptmann Pfau, Inst.Btl. 480 Sonthofen, der in Uniform am 24./25.4.76 an einer nachträglichen Ritterkreuzverleihung an den ehemaligen Oberscharführer der Waffen-SS Brock durch die „Hilfsgemeinschaft ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS" teilgenommen hat (siehe dazu KVZ 19/76, S.11), wurde vom Bataillonskommandeur lediglich belehrt und vermahnt, nachdem der Fall publik geworden war. Wenn ein Offizier wie der Oberst Ohm, Kommandeur der Brigade des Gefreiten Tiedtke, nicht gleich bei den Faschisten auftritt, sondern seine Volksfeindlichkeit am 2.3.76 durch Teilnahme in Uniform an einer Veranstaltung mit Kapitalistenboß Schleyer zum Ausdruck bringt, wird das von der Bundeswehrführung wohlwollend geduldet. Soldaten jedoch, die sich gemeinsam mit ihren Kollegen für die Ziele der Arbeiterklasse aussprechen, sind für die Bundeswehrführung gefährlich und werden hart bestraft.

Der Kompaniechef des Gefreiten Tiedtke hat schon vor Verhängung der Strafe eine Protestresolution mit 64 Unterschriften aus Osnabrück erhalten, dem Heimatort des Gefreiten Tiedtke. Das hat in seiner Kompanie bereits großes Aufsehen erregt. – (m., Schwanewede)

Zunahme der Kriegsdienstverweigerungen

Bonn. Als Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den Wehrdienst und den Zivildienst betreffend, hat die Bundesregierung unter anderem mitgeteilt, daß während der ersten vier Monate des Jahres insgesamt 21147 Anträge auf Kriegsdienstverweigerung gestellt worden sind. Für die einzelnen Monate sieht das folgendermaßen aus:

Januar	6940
Februar	6071
März	4878
April	3258

Weiter bestätigt die Bundesregierung, daß sich die Zahl der Anträge gegenüber Januar 1975 um 16,1%, gegenüber Februar 75 um 21,6%, gegenüber März 75 um 50% und gegenüber April 75 um 5,2% erhöht hat. Wie aus der Antwort ersichtlich ist, geht die Bundesregierung von einer jährlichen Zahl von 30 bis 40000 Kriegsdienstverweigerern aus. Im „Weißbuch 1975/76 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr" wird festgestellt, daß seit 1972 die Zahl der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung jährlich 35000 erreicht. Zweck der Anfrage der CDU/CSU-Fraktion ist, zu belegen, daß mit dem von der Bundesregierung und der SPD/FDP-Koalition eingebrachten Änderung des Wehrpflichtgesetzes „die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik gefährdet werden kann". Das Änderungsgesetz sieht die Aussetzung des Prüfungsverfahrens bei Kriegsdienstverweigerern vor. Im „Weißbuch" wird diese Maßnahme mit den geburtenstarken Jahrgängen begründet, aus denen ohnehin nur ein Teil zum Wehrdienst eingezogen werden könne. Die Maßnahme hält deshalb an dem Prüfungsverfahren fest, setzt es nur aus. Im „Weißbuch" heißt es: „Ein Recht, zwischen Wehrdienst und Zivildienst frei zu wählen, soll jedoch nicht eingeräumt werden." Das Änderungsgesetz hat mit den Stimmen der Koalition den Bundestag passiert, im Bundesrat wurde es mit den Stimmen der CDU/CSU-regierten Länder abgelehnt. Derzeit liegt es dem Vermittlungsausschuß vor. Wir Kommunisten lehnen die Kriegsdienstverweigerung ab, treten jedoch für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein.

Zuarbeit durch Spezialabteilung des MAD

Versetzungen - Mittel politischer Disziplinierung

Das Amt des Vertrauensmannes ist ein Hebel geworden für die Führung der Soldatenbewegung in der Bundeswehr. Die Mannschaften immer zahlreicherer Einheiten der Bundeswehr beginnen dieses Amt zu nutzen für den Kampf für ihre Interessen gegenüber Kompanie- und Bataillonsführung. Deshalb werden die Kandidaten für das Amt des Vertrauensmannes ganz besonders vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) überwacht und sind ständig der Verfolgung durch diese militärische Spitzelorganisation unterworfen. Das zeigt das folgende Beispiel aus dem Standort Langendamm bei Nienburg an der Weser. Zur Verfolgung und Kontrolle der Soldatenbewegung und insbesondere ihrer Führung hat der MAD eine Spezialabteilung aufgebaut, wie in der Wochenzeitung „Die Zeit" im April berichtet wurde. In dem Artikel wird gar der weitere Ausbau und die Forderung nach Zentralisation und Trennung dieser Spitzelorganisation von der Bundeswehr mit der Tatsache begründet, daß sich die Soldatenbewegung zunehmend organisiert und an den einzelnen Standorten sich Führungen herausbilden. In dem Artikel heißt es:

„Das Betätigungsfeld des MAD umfaßt zwar hauptsächlich den Bundeswehr-Bereich mit seinen 500 000 Soldaten und 200 000 Zivilisten, jedoch wegen der Unterwanderungsversuche linker Zellen und zur Abwehr von Spionen und Agenten kann dieser Bereich nicht klar vom rein zivilen Sektor abgegrenzt werden. Auch daß der MAD inzwischen die Daten von 3,6 Millionen Bürgern gespeichert hat, die alle dienten oder dienen, zeigt, welche potentielle Erkenntnismacht der MAD ist." (2. April)

Politische Disziplinierung in der Bundeswehr

Langendamm bei Nienburg/Weser, Clausewitz-Kaserne. In der 2./334 wurde der zum Vertrauensmann vorgeschlagene Gefreite Neelschen ohne Begründung in die 3./33 nach Luftmersen versetzt. Der Gefreite ist durch sein Auftreten in der Jugendzentrumsinitiative Fresenhof und in der Kaserne dem MAD und der politischen Polizei aufgefallen. In derselben Kompanie wurde angenommen, daß ein weiterer Soldat aus ähnlichen Gründen versetzt werden sollte. Von etwa 60 Kameraden wählten ihn etwa 50 zum Vertrauensmann, so daß er nicht mehr versetzt werden durfte.

Vier Wochen später reagierten der MAD und die Bundeswehrführung in der gleichen Brigade in ähnlicher Weise. In der Stabskompanie der Panzerbrigade 3 war auch der Funker Barg durch sein politisches Auftreten den Bundeswehrschergen ein Dorn im Auge. Der Funker Barg genoß das Vertrauen seiner Kameraden. Er wurde ebenfalls zum Vertrauensmann vorgeschlagen.

Blitzartig reagierte die Bundeswehrführung. Er wurde mitten aus dem Fahrschulunterricht herausgerissen. In der Kompanie erhielt er die Nachricht, daß er aus „dienstlichen" Gründen in die Panzerpionierbrigade 30 in Dedelstorf versetzt wurde. Die Versetzung sollte ohne großes Aufsehen vonstatten gehen. Diese Nacht- und Nebelaktion sollte innerhalb von zwei Stunden gelaufen sein. Dieses Vorhaben gelang nicht. Der Funker Barg nutzte die kurze Zeit, die er hatte, um seine Kameraden über die Versetzung und ihre Hintergründe aufzuklären. Die Kameraden waren derartig entrüstet, daß sie dem Befehl eines Stabsunteroffiziers nicht Folge leisteten. Anstatt den Raum zu verlassen, zogen sie es vor, über die Versetzung zu diskutieren. Dieses Vorgehen hat vielen Soldaten die Augen über den volksfeindlichen Charakter der Bundeswehr geöffnet. Die Solidarität mit dem Funker Barg ging sogar so weit, daß sie es in Erwägung ziehen, ihn trotz seiner Versetzung zum Vertrauensmann zu wählen.

Diese Vorfälle zeigen ganz deutlich, daß Soldaten, die sich für ihre Interessen und Rechte einsetzen, unterdrückt werden. Jede politische Selbständigkeit der Soldaten läuft dem Konzept „Befehl und Gehorsam" zuwider. Damit die Soldaten sich für ihre Interessen einsetzen können, ist es daher unbedingt erforderlich, sich für die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr einzusetzen. Nur dadurch können Willkürmaßnahmen wirksam bekämpft werden. – (Kommunistische Gruppe Nienburg)

Wahlen in Italien:

Die Bourgeoisie setzt auf den Revisionismus

„Keine Wende" überschreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" ihren Kommentar zum Ausgang der Wahlen in Italien. Die Christdemokraten (38,7 %) haben ihre Stimmen leicht vermehrt, dafür haben die mit ihnen fest verbündeten Sozialdemokraten (3,4 %) und Republikaner (3,1 %) Stimmen verloren (Wahlergebnisse im Vergleich mit den vorangegangenen Wahlen siehe nebenstehenden Kasten). Die PCI hat 7 % gegenüber den letzten Parlamentswahlen dazugewonnen und einen Anteil von 34,4 % der Stimmen erhalten. Die Sozialisten, die sich für eine gemeinsame Regierung mit der PCI ausgesprochen hatten, haben leicht Stimmen verloren. 9,6 % der Stimmen konnten sie auf sich vereinigen. Die Proletarische Demokratie, ein Wahlbündnis von verschiedenen linken Gruppen, darunter Il Manifesto, PdUP, Avanguardia Operaia, das auch von Lotta Continua und einigen anderen Gruppen unterstützt wurde, hat 1,3 % der Stimmen erhalten.

Bei den gleichzeitigen Senatswahlen sind die Zahlenverhältnisse für die Democrazia Cristiana etwas günstiger (38,9 %). Die revisionistische PCI hat hier 33,8 % (plus 5 %) erhalten. Während bei den Parlamentswahlen die Wahlberechtigung mit 18 beginnt, sind zu den Senatswahlen erst die Fünfundzwanzigjährigen zugelassen.

Die PCI hat also am meisten Stimmen gewonnen, die Democrazia Cristiana ist die stärkste Partei geblieben.

Für die italienischen Christdemokraten hat Amintore Fanfani festgestellt: „Wir haben Stimmen für die demokratische Reform in Freiheit geworben. Wir haben das Mandat erhalten, um sie durchzuführen."

Berlinguer, der Parteisekretär der revisionistischen PCI, meint:

„Die Christdemokraten werden mit der Kommunistischen Partei verhandeln müssen und wir werden, wie wir es immer gesagt haben, mit den Christdemokraten verhandeln müssen."

Was bei diesen Verhandlungen herauskommen soll, darüber hat Umberto Agnelli, Chef und Mitbesitzer des Fiat-Konzerns, bereits vor den Wahlen deutliche Auskunft gegeben:

„Es ist nicht möglich, die Krise des Landes ohne eine klare Absprache mit den Kommunisten anzupacken. Ich wünsche mir, daß diese Absprache über Programme und Ziele zustandekommt, das heißt, daß einige vordringliche Programme eine breite Unterstützung finden. Ich hoffe allerdings auch, daß dies ohne Konfusion der Rollen (zwischen Regierungsmehrheit und kommunistischer Opposition) geschieht."

Umberto Agnelli, zusammen mit seinem Bruder Gianni Sprecher der italienischen Kapitalistenklasse, hat auf der Liste der Christdemokraten kandidiert. Er kandidierte als „Unabhängiger" auf dieser Liste, was leicht fällt, wenn die ganze bürgerliche Politikasterbande von einem abhängig ist. Das zitierte Interview ist in der Zeitung „Die Welt" vom 16. Juni veröffentlicht. Der Wunsch Agnellis kann leicht in Erfüllung gehen, denn er unterscheidet sich nicht allzusehr von dem, was von der Bourgeoisie bereits vor den Wahlen praktiziert wurde. Sie hat Italien durch die Christdemokraten regieren lassen und die Regierungsprogramme durch die Revisionisten parlamentarisch absichern lassen. Dieses System wird sie perfektionieren wollen. Es beruht auf der Schwäche der italienischen Bourgeoisie und der Fesselung der italienischen Arbeiterklasse durch die Revisionisten. Welche Programme dabei durchgesetzt werden sollen, sagt Agnelli frei heraus:

„Vor allen anderen Problemen sind diejenigen der Wirtschaftskrise anzupacken. Man muß hier eine neue Form der Programmierung finden, eine Form, die bestimmt sein muß durch die Übereinstimmung der Sozialpartner und der Vertreter des Staates über die Linie der Wirtschaftspolitik. Wenn das geschieht, verändert sich das Klima. Und wenn sich das Klima verändert, kann man in relativ kurzer Zeit eine Produktionssteigerung um 15 bis 20 Prozent erreichen." Die Gewerkschaften sollen also weiter an die Leine genommen werden in einer Art Konzertierten Aktion, um die Arbeiterklasse besser niederdrücken zu können. Dabei glaubt Agnelli, auf die Revisionisten rechnen zu können. Das glaubt er nicht zu Unrecht, denn die PCI ist in den Wahlen mit ähnlichen Konzepten als Ordnungspartei aufgetreten. In der letzten Nummer der KVZ haben wir darüber berichtet. Agnelli lügt freilich die Wirklichkeit zurecht: Das „Klima" hat nicht die Krise hervorgerufen, sondern die Krise des Imperialismus in Italien hat sich zu einer politischen Krise ausgewachsen, weil sich die Arbeiterklasse nicht damit abfinden will, die Last der Krise des Imperialismus auf ihre Schultern zu nehmen. Wenn Agnelli das „Klima" ändern will, dann will er die politische Unterdrückung verschärfen, um durch schrankenlose Ausbeutung in der imperialistischen Konkurrenz voranzukommen. Agnelli kann da noch deutlicher werden:

„Und wenn sich dann dies alles angesichts des Ernstes der Krise doch noch als unzureichend erweisen sollte, könnte man sich auch noch andere Maßnahmen überlegen, wie etwa die Einschränkung des Konsums." Es ist immer erfrischend, einen Kapitalisten Klartext sprechen zu hören, dann weiß man wenigstens, woran man ist. Das aber ist notwendig, wenn in den nächsten Wochen nach dem Veriwrrspiel der Wahlen das Verwirrspiel der Regierungsbildung auf Touren kommt.

Jahr	1948	1953	1958	1963	1968	1972	1976
Democrazia Cristiana (DC)	48,5	40,1	42,4	38,3	39,1	38,8	38,7
Kommunisten (PCI)	31,0	22,6	22,7	25,3	26,9	27,2	34,4
Sozialisten (PSI)	—	12,8	14,2	13,8	14,5	9,6	9,6
Sozialdemokraten (PSDI)	7,1	4,5	4,5	6,1	—	5,1	3,4
Liberale (PLI)	3,8	3,0	3,5	7,0	5,8	3,9	1,3
Neofaschisten (MSI)	2,0	5,8	4,8	5,1	4,4	8,7	6,1
Republikaner (PRI)	2,5	1,6	1,4	1,4	2,0	2,9	3,1

Die Unterschiede in den Zahlenangaben erklären sich daraus, daß für die Jahre bis 1972 nur die für die größeren Parteien abgegebenen Stimmen als 100 % genommen wurden, während für 1976 von der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen ausgegangen wird.

Sitzverteilung

	Abgeordnetenkammer		Senat	
	1972	1976	1972	1976
DC	265	263	136	135
PCI	178	228	93	116
PSI	61	57	36	29
MSI	55	35	26	15
PSDI	30	15	12	6



Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Oman

Westberlin. Anläßlich des 11. Jahrestages der Aufnahme des bewaffneten Befreiungskampfes unter der Führung der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO) führte das Nahost-Komitee eine Solidaritätskundgebung vor dem Amerikahaus und dem British Center durch.

Ost-Timor: Der Kampf gegen den Imperialismus und die indonesische Invasion geht weiter!

Anfang Juni hat die indonesische Regierung mit Hilfe ihrer „Volksversammlung von Ost-Timor" die illegale Besetzung Ost-Timors und den Bruch der UNO-Resolutionen, die Indonesiens Rückzug fordern, mit dem Schein von Legalität umgeben lassen. Die „Volksversammlung" der Handlanger Indonesiens hat erklärt, Ost-Timor sei Teil Indonesiens. Dabei handelt es sich allerdings bloß um ein Ablenkungsmanöver gegenüber der Weltöffentlichkeit, denn das Volk von Ost-Timor können sie damit nicht täsuschen, es verweigert entschieden die Angliederung an Indonesien. „Die Ost-Timoresen werden bis zum letzten Mann kämpfen. Unser Sieg ist sicher", erklärte der Innenminister der Demokratischen Republik Timor-Ost Fernandes. Ramos Horta, Generalsekretär der FRETILIN und Außenminister der rechtmäßigen Regierung des Volkes von Ost-Timor, erklärte kürzlich in Paris: „Die indonesischen Truppen (42000 Mann) halten nichts in der Hand außer der Hauptstadt Dili und die hauptsächlichen Ansiedlungen an der Nordküste. Wir hingegen kontrollieren 80 Prozent des Landes und der Berge. Djakarta hat die Fähigkeiten der Organisation der FRETILIN und ihre Wurzeln im Volk unterschätzt. Die Seeblockade hat unsere Versorgung nicht wesentlich beeinträchtigt: Die Bevölkerung, hauptsächlich Bauern, ist auf der Seite der Befreiungsarmee. In den befreiten Zonen treiben wir mit Entschlossenheit die Erziehungsarbeit voran, wir haben über 200 Schulen errichtet. Dafür haben wir aber keine Ärzte und die Medikamente fehlen allmählich: Indonesien hat dem Internationalen Roten Kreuz verboten, welche nach Timor zu transportieren ... Unsere Streitkräfte bestehen aus 15000 Kämpfern und wir besitzen eine ausreichende Bewaffnung aus Vorräten, die die Portugiesen hinterlassen haben." (Le Monde, 16.6.76)

Gemeinsame Schiffahrtsgesellschaft der Golfstaaten

Im vergangenen Jahr haben die Golfstaaten und die Staaten der arabischen Halbinsel eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die sich gegen die Kontrolle des Imperialismus richten und mit denen sie sich enger zusammenschließen, um eine größere Unabhängigkeit zu erlangen. So wurde kürzlich die Gründung einer gemeinsamen Schiffahrtslinie bekanntgegeben, die sie in größerem Maße vom Transportmonopol der imperialistischen Staaten unabhängig macht und damit auch einen größeren Spielraum in der Verfügung über die natürlichen Reichtümer bedeutet. Eine internationale Bank des Golfs und Ausschüsse zur Konsultation in Industrialisierungsfragen sowie für die Zusammenarbeit und Koordinierung auf dem Gebiet der Industrie, der Landwirtschaft, der Viehzucht, der Pfirsicherzeugung, für Finanzfragen, für Kommunikation und Kultur und für das Gesundheitswesen wurde geschaffen.

Großbritannien

Das Lohndiktat stößt auf Widerstand

Über 5 Milliarden Dollar Kredit haben die in der Zehner-Gruppe zusammengeschlossenen westlichen stärksten kapitalistischen Länder vor zwei Wochen der Bank von England gewährt. Der britische Premier Healy erklärte, der Kredit sei mit keinerlei Auflagen an die englische Regierung verbunden und eine „Demonstration der internationalen Bank-Zusammenarbeit bei der Unterstützung des Sterlings".

Nun ist freilich bekannt, daß die westdeutsche Regierung, welche mit 800 Millionen Dollar an diesem Kredit beteiligt ist, schon des öfteren erklärt hat, weitere Währungskredite an die italienische oder englische Regierung könne man nur geben verbunden mit wirtschaftspolitischen Auflagen für die kreditnehmenden Regierungen.

Was die englische Regierung betrifft, so zeigen die von ihr eingeleiteten Maßnahmen gegenüber der Arbeiterklasse recht drastisch, daß sie den Kurs der Abwälzung der Folgen der Krise auf den Rücken der arbeitenden Klassen eingeschlagen hat. An vorderster Stelle geht es ihr hierbei darum, das Lebensniveau der britischen Massen entschieden anzugreifen, was in den siebziger Jahren bislang trotz verschiedener gesetzlicher Lohnstopps und Lohnbegrenzungsabkommen nicht gelungen und wogegen sich die britische Arbeiterklasse in vielen und teilweise äußerst lange geführten Streiks gewehrt hat. Um sich ein Bild von der Breite dieser Streikaktionen zu machen: 1971 wehrte sich die britische Arbeiterklasse durch Streiks, die insgesamt 13 Millionen Arbeitstage dauerten, gegen Lohnkürzungen, 1974 betrug die Streikzeit 24 Millionen Arbeitstage und 1973 7 Millionen.

Mit dem Eintritt Großbritanniens in die EG, mit welchem das britische Finanzkapital bezweckte, verstärkt auf den EG-Markt vorzudringen, verschärften sich die Angriffe auf das Lebensniveau der britischen Arbeiterklasse.

Sprunghaft stieg die Inflationsrate besonders für die Grundnahrungsmittel an, so für Weizen und Mehlprodukte um rund 30 Prozent (siehe Statistisches Jahrbuch 1975) als Folge der gegenüber England teureren Lebensmittelpreise in der EG.

Mit Lohnbegrenzungsabkommen versuchte das britische Finanzkapital das Realeinkommen der Arbeiterklasse zu drücken, wofür ihm bekanntlich vom Kanzler Schmidt Beifall gezollt wurde. Das bisher geltende Abkommen schrieb die Begrenzung der Lohnsteigerungen bis auf 6 Pfund Sterling die Woche vor bei gleichzeitigen Preissteigerungsraten von über 20 Prozent.

Hand in Hand mit dem 5-Milliarden-Dollar-Kredit der Zehner-Gruppe an die Bank von England gingen jetzt weitere einschneidende Maßnahmen zur Senkung des Lebensstandards der Massen. Daran kann man ermessen, was es mit der Behauptung des Premiers Healy auf sich hat, der Kredit sei ohne Bedingungen gewährt worden. Wahr ist daran allenfalls soviel, daß das britische Finanzkapital gegen diese Bedingungen nichts einzuwenden hat, die es jetzt unter dem Druck der Zehner-Gruppe verschärft durchsetzt.

Lohnpakt gegen den Lohnkampf

An vorderster Front steht dabei der neue „Lohn-Pakt", der eine Begrenzung der Lohnsteigerungen vom 1. August an um nicht mehr als 4,5 Prozent vorsieht. Die „Süddeutsche Zeitung" vom 18. Juni schreibt dazu: „Ob damit ein spürbarer Rückgang im Lebensstandard der Engländer verhindert werden kann, ist angesichts der immer noch hohen Inflationsraten von gegenwärtig 18,9 Prozent offen." Daß dieses 4,5-Prozent-Lohndiktat einen spürbaren Rückgang des Lebensstandards der englischen Arbeiter mit sich bringt, wenn es durchgesetzt wird, ist keineswegs offen, offen dagegen ist, ob dieses Lohndiktat durchgesetzt werden kann. Angewiesen war das britische Finanzkapital bei der Verabschiedung dieses Lohn-Pakts auf die Sozialdemokraten der Labour Party in den Gewerkschaften, die am 16. Juni durchsetzen konnten, daß der Dachverband der britischen Gewerkschaften (TUC) das Lohndiktat akzeptierte.

Vorausgegangen waren dem Abstimmungen in Einzelgewerkschaften, an denen man besser ermessen kann, was die britische Arbeiterklasse von diesem Lohndiktat hält.

Entscheidend war dabei der Gewerkschaftskongreß der Bergarbeiter am 7. Juni, eine der kampferfahrensten Gewerkschaften, welche der britischen Regierung im Bergarbeiterstreik 1972 eine vernichtende Niederlage eingebracht hatte. Eine solche wichtige Rolle spielen die Bergarbeiter schon seit hundert Jahren: Im Kampf für die Gesetze gegen Kinderarbeit, für die Bergwerks- und Fabrikgesetze, für den 8-Stunden-Tag und die 5-Tage-Woche waren sie stets an vorderster Front. Noch heute ist die Kohleindustrie mit rund 400000 Beschäftigten die größte Einzelindustrie des Landes.

Entsprechend war auf diesem Kongreß Regierungs- und Parlamentsprominenz massenhaft anwesend, der Premierminister und alle Labour-Abgeordneten aus Bergbaugebieten, um die Durchsetzung des 4,5-Prozent-Lohndiktats nach wochenlanger Propagandavorbereitung zu unterstützen.

Knappe Mehrheit auf dem Bergarbeiterkongreß

Die Mehrheit der Delegierten, 101 337, stimmte dem Lohndiktat zu. 88 568 stimmten dagegen. Also eine knappe Mehrheit für das Lohndiktat, welche das britische Finanzkapital zum Jubeln veranlaßte.

Untersuch man dieses Abstimmungsergebnis genauer, so kommt man aber zu der Einsicht, daß dieser Jubel verfrüht ist und daß mit dieser Abstimmung das 4,5-Prozent-Lohndiktat gegenüber den britischen Bergarbeitern, der britischen Arbeiterklasse noch keineswegs durchgesetzt ist. In den wichtigsten und größten Bergarbeitergebieten wurde das Lohnabkommen mit breiter Mehrheit abgelehnt. So in Yorkshire mit 28 236 gegen 17 232 Stimmen, in Scotland mit 8 707 gegen 4 953 Stimmen und in Süd-Wales mit 12 044 gegen 10 130 Stimmen.

Als weiteres fällt auf, daß die Führungskräfte und Angestellten, die über Tage arbeiten, den Ausschlag gaben. Sie stimmten zu über 86 Prozent für das Lohndiktat und gaben damit den Ausschlag in dieser knappen Abstimmung. Das wirft ein Schlaglicht darauf, warum die Labour-Regierung und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsvertreter statt der bisher geltenden Lohnbegrenzung auf 6 Pfund diesmal eine spalterische Prozent-Lohnbegrenzung gewählt hatten.

Für ihre Zustimmung zu dem Lohndiktat haben die Gewerkschaften gefordert „die Beibehaltung der Preiskontrollen und Dividendenbeschränkungen, den Verzicht der Regierung auf die Kürzung der öffentlichen Ausgaben und ungeschmälerte Lebensmittelpreis- und andere Subventionen". (Süddeutsche Zeitung, 18. Juni)

Die britische Regierung hat jedoch weitere Einsparungen an den öffentlichen Ausgaben für das nächste Jahr geplant. Die versprochene Einführung einer Kindergeldregelung für nächstes Jahr sei nicht mit ihrer Finanzpolitik vereinbar, erklärte die Regierung. – (e.r.)

Das algerische Volk debattiert den Verfassungsentwurf

Algerische Verfassung – „Ein neuer Schritt bei der vollständigen Befreiung des algerischen Volkes"

Das algerische Volk stimmt am kommenden Sonntag in einer Volksabstimmung über die Annahme oder Ablehnung einer neuen Verfassung ab. Algerien ist ein Land der Dritten Welt. Es befand sich über 130 Jahre, von 1830 bis 1962, unter der Herrschaft des französischen Kolonialismus. Am 1. November 1954 hat das algerische Volk den bewaffneten Befreiungskampf unter Führung der FLN, der Nationalen Befreiungsfront, und der ALN, der Nationalen Befreiungsarmee, aufgenommen. Der Kampf wurde nach über siebenjähriger Dauer im Juli 1962 siegreich beendet: In einem Abkommen mit der FLN mußte der französische Kolonialismus seine vollständige Niederlage eingestehen und aus dem Land abziehen. Die Ergebnisse und Errungenschaften des nationalen Befreiungskampfes sind in einer Reihe von Dokumenten festgehalten: Der Aufruf zum Aufstand am 1. November 1954 steht am Anfang. Darauf stützen sich alle folgenden Plattformen und Programme, so das „Programm von Tripoli" aus dem Jahre 1962, die Charta von Algier aus dem Jahre 1964 und die Proklamation des 19. Juni 1965. Alle diese Dokumente spiegeln das Fortschreiten des algerischen Volkes wieder im Kampf für seine nationale Unabhängigkeit und Souveränität. Die Verfassung, über die das algerische Volk nun zu entscheiden hat, „bildet ohne Zweifel einen neuen Schritt bei der vollständigen Befreiung des algerischen Volkes" (Einleitung zum Verfassungsentwurf).



Die Arbeiter der sich selbstverwaltenden Domäne „Benhadadi Said" in Chéraga diskutieren den Verfassungsentwurf

Die neue Verfassung wird dem algerischen Volk nicht verordnet durch ein Parlament. Das Dokument wurde ausgearbeitet vom Revolutionsrat, der es am 27. April veröffentlichte. Seitdem ist der Entwurf millionenfach unter den Volksmassen verteilt worden, die in Tausenden von Versammlungen im ganzen Land eine breite Debatte über die darin getroffenen Festlegungen durchführten. Die Ergebnisse der Debatten werden auf Bezirksebene von Sonderkommissionen oder durch die FLN und die Massenorganisationen wie Gewerkschaften, Jugendverband, Bauernverband und Frauenverband gesammelt und zusammengefaßt und an den Revolutionsrat weitergeleitet, der sie ausgewertet und für den zur Abstimmung stehenden Verfassungstext berücksichtigt hat.

Das Eigentum

Eines der zentralen Themen bei der Debatte unter den Volksmassen war zum Beispiel die Eigentumsfrage und die Verwaltung und Leitung. Über das Eigentum werden in der Verfassung folgende Festlegungen getroffen:

Unter dem Titel „Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" heißt es: „Dieses Ziel wird erreicht durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Das stellt das Problem des privaten Eigentums und seiner gesellschaftlichen Funktion. In Algerien darf das private Eigentum nicht Quelle gesellschaftlicher Macht sein. (...) Es gibt zwei Arten von Privateigentum: das ausbeutende Eigentum und das nicht ausbeutende Eigentum. Um ausbeutendes Eigentum handelt es sich, wenn der Besitz eines Kapitals – eines landwirtschaftlichen Betriebes, Industriebetriebs, Handelsunternehmens oder Dienstleistungsunternehmens – erlaubt, die Arbeit anderer auszubeuten und einen Profit daraus zu ziehen, der den Besitzer bereichert auf Kosten des Arbeiters.

Um nicht ausbeutendes Eigentum handelt es sich bei Gütern, über die das Individuum verfügen kann für die Arbeit, für das Wohnen, für seine kulturellen Bedürfnisse, für seine Gesundheit, für seine Freizeit, kurz, allgemein für seinen persönlichen und den Gebrauch seiner Familie.

A) Der Sozialismus erkennt das nicht ausbeutende Privateigentum an und bezieht es ein in die neue gesellschaftliche Organisation."

Nach dieser Bestimmung wird dargestellt, in welcher Form diese Art von Eigentum in Algerien besteht: Es handelt sich um die kleinen Handwerker, die kleinen Bauern und kleinen Händler. Allgemein sind alle kleinen Unternehmen zugelassen, einschließlich der sogenannten freien Berufe Arzt, Rechtsanwalt usw. Weiter heißt es dann:

„B) Andererseits gibt es im gegenwärtigen Stadium unserer Entwicklung in der Industrie, beim Bau, im Tourismus einen privaten Sektor, der sich in der Hand der Nationalen befindet und dessen Grenzen durch Gesetz festgesetzt sind. (...)

Es ist klar, daß das Beibehalten eines privaten Sektors in der Industrie, im Bau, im Tourismus usw. immer das potentielle Risiko eines Wiederaufkommens des Kapitalismus enthält."

Die Rechte der Arbeiter

Was die Rechte der Arbeiter angeht, so sichert ihnen die Verfassung Mitwirkungsrechte im Bereich der Privatbetriebe zu. Weiter wird festgelegt über die Stellung der Arbeiter: „Auf Grund ihrer aktiven Teilnahme an der regelmäßigen Arbeit der kollektiven Einrichtungen werden sie Fähigkeiten im Bereich der Technik und der Leitung entwickeln können, die Stellung in der Produktion stärken und im Mittelpunkt der Gesellschaft festigen. Sie werden um so mehr Verantwortungsbewußtsein entwickeln, wie sie erkennen, daß es keine Gegensätze zwischen ihren Interessen und dem Betrieb, der sie beschäftigt, gibt.

Zwischen einer Gesellschaft, in der die Betriebe der Kollektivität gehören und zusammen mit und unter der Kontrolle der Produzenten geführt werden, und einer Gesellschaft, in der die Arbeiter unter der Knute des Privatkapitals verbleiben und auf keine grundsätzliche Verbesserung ihres Schicksals hoffen können, kann die Wahl der Arbeiter keinerlei Zweifel aufwerfen."

Die Kritik der Arbeiter

Zur Eigentumsfrage erklärten die Arbeiter zum Beispiel im Bezirk Bejaia, die Unterdrükkung des privaten Sektors sei notwendig. Ein anderer stellte auf derselben Versammlung fest: „Die Bourgeois können ernsthaft keinen Beitrag zum Aufbau des Sozialismus leisten." Eine andere Stellungnahme war: „Der private Sektor muß nicht nur begrenzt werden, er muß beseitigt werden." Die versammelten Arbeiter forderten schließlich „gleichen Lohn für gleiche Arbeit". Wie schädlich sich das private Eigentum zum Beispiel im Gesundheitswesen auswirkt, hoben die Arbeiter im Gesundheitswesen in Algier hervor: „Die Beibehaltung und Stärkung des privaten Sektors hat bis heute als Bremse gewirkt beim Aufbau einer nationalen Politik im öffentlichen Gesundheitswesen."

Arbeiter der nationalen Ölgesellschaft Sonatrach warfen auf ihren Versammlungen Fragen auf: „Ein solches Dokument ist sehr schön. Man ist im Begriff, darüber zu diskutieren. Aber warum kann man ein solch umfangreiches Werk diskutieren und nicht über einen Staatshaushalt?" Auf einer Volksversammlung des Bezirks Batna gab es eine heftige Auseinandersetzung über die Frage, ob der Privatbesitz beseitigt oder nur begrenzt werden muß. Auf dieser Versammlung wurde auch über den „schädlichen Einfluß der Bürokratie" debattiert. In Algier debattierten Arbeiter über die Stellung der multinationalen Konzerne in Algerien. Auf einer Versammlung der Belegschaft des internationalen Konzerns Honeywell-Bull erklärte ein Arbeiter: „Unser Ziel, der Sozialismus, ist unvereinbar mit der Existenz bürgerlicher Schichten." Die Arbeiter kritisierten, daß die Rechte der Belegschaften der Filialen der internationalen Konzerne ungeklärt seien.

Die Stellungnahmen der Arbeiter zur Frage der Rechte der Belegschaft, zur Eigentumsform, zur Existenz von imperialistischen Konzernen in Algerien zeigen eine Reihe von Problemen, die das algerische Volk auf seinem Weg der vollständigen Befreiung und Unabhängigkeit lösen muß. Die Diskussionen der Arbeiter zeigen, daß auch neue Gefahren an jeder Wendung und Biegung des Weges lauern. So wird besonders das Problem der Bürokratie hervorgehoben, woran sich zeigt, daß das Volk wachsam geworden ist für das Entstehen neuer Unterdrückung, wodurch die Errungenschaften des Befreiungskampfes zunichte gemacht werden. Die Tatsache, daß die Arbeiter und die Volksmassen diese Fragen im Verlauf der Diskussionen aufgeworfen haben, zeigt aber zugleich, daß sie in der Lage sind, die Gefahren zu meistern, und weiter voranschreiten werden auf dem Weg der vollständigen Befreiung.

Die Bauernfrage

Neben der Eigentumsfrage nahm die Bauernfrage einen großen Raum bei den Debatten ein. Über die Hälfte der Bevölkerung Algeriens lebt von der Landwirtschaft. Deshalb spielt für den weiteren Weg, den das algerische Volk gehen wird, die Behandlung der Bauern eine große Rolle.

Auf einer Gewerkschaftsveranstaltung hob zum Beispiel ein Redner hervor, in der Verfassung seien die sozialen Kräfte auf dem Lande zu allgemein und oberflächlich bestimmt. Die Bauernschaft bilde keine einheitliche Schicht. Es gebe arme Bauern und Bauern, die überhaupt kein Land hätten; es gebe kleine und mittlere Viehzüchter, Genossenschaftsbauern und Arbeiter auf den Staatsgütern, schließlich gebe es mittlere Bauern und Großgrundbesitzer.

Die nationale Bauernvereinigung müsse sich auf solche stützen, die am meisten Interesse hätten an einer Vertiefung und Weiterführung der Agrarrevolution. Solche Elemente wie die Großgrundbesitzer und ihre Verbündeten müßten ausgeschlossen werden.

Als eine bedeutende Errungenschaft der Agrarrevolution wurde auf dieser Versammlung die Genossenschaftsbewegung bezeichnet. In dem Verfassungsentwurf sei nicht festgelegt, wie diese Bewegung fortzuführen sei. Man müsse zum Beispiel die Genossenschaftsbauern schützen vor den Manövern der Großgrundbesitzer. Die Agrarrevolution müsse vertieft werden durch die Befreiung der sozialen Kräfte, die in der Lage seien, sich erfolgreich gegen die Grundbesitzerreaktion zu stellen. Die materielle Basis der Grundbesitzer – das Vieh, das Land, die Produktionsmittel – sei ebensowenig beseitigt wie die politischen Möglichkeiten, Einfluß zu nehmen. Ihr ideologischer Einfluß sei nach wie vor groß auf dem Land.

Ein weiterer Redner erläuterte die Gefahr der kapitalistischen Entwicklung auf dem Land, die durch die Landverteilung im Zuge der Agrarrevolution gegeben sei. Diese Gefahr verstärkte sich dadurch, daß die Landwirtschaft für den Markt produziere.

Aus dieser Entwicklung auf dem Lande ziehe, so der Redner, die „Staatsbourgeoisie" den Nutzen. Sie würde zur Herrschaft über das Land gelangen.

Grundlage all dieser Kritik ist der Abschnitt des Verfassungsentwurfs über die Bauern. Dort heißt es u.a.: „Die Bauern stellen den Teil des algerischen Volkes dar, der am meisten verelendet ist. Sie besitzen kein materielles oder gesellschaftliches Privileg, das sie aus der Geschichte geerbt haben und das zu bewahren sie versuchen könnten. Auf die Zukunft haben sie gesetzt in ihren Hoffnungen auf Verbesserung. Sie haben ein vitales Interesse am Sieg des Sozialismus und verbinden ihr Schicksal mit dem der Revolution, der gegenüber sie keine Alternative sehen.

Die Agrarrevolution

Die Agrarrevolution hat begonnen, tiefgreifend das Schicksal der Bauern zu verändern. Früher ausgebeutet und in Unwissenheit gehalten, bearbeiten sie seitdem zu ihrem eigenen Nutzen ein Stück Land, das ihnen die Revolution zugeteilt hat. Ihr sozialer, kultureller, wirtschaftlicher und politischer Fortschritt ist so aufs engste mit der Revolution verbunden.

Der Beitritt der Bauern zum System der Genossenschaften erlaubt ihnen, Erfahrungen zu sammeln in der Praxis des Sozialismus. Diese Erfahrung stellt sie in die ersten Reihen der Front der Revolution. (...)

Wenn die Revolution den Bauern das Land gegeben hat und die materiellen Mittel, es zu bearbeiten, muß sie ihnen jetzt helfen, ihr gesellschaftliches Bewußtsein zu erhöhen, damit sie ihr Handeln in einen Rahmen stellen, der die engen Grenzen ihrer Produktionseinheit überschreitet. Sie muß ihnen den Zutritt zu neuen Formen des Denkens, der Arbeit und der Organisation erlauben, sie muß ihnen erlauben, sich weit den Problemen der Nation und der Welt zu öffnen."

Wie zuvor die Stellungnahmen bereits darlegten, wird über die verschiedenen Schichten unter der Bauernschaft in der Verfassung kein Wort verloren. Unter dem Kapitel „Massenorganisationen" findet sich lediglich die „Nationale Union der algerischen Bauern". Dort heißt es hinsichtlich der Aufgaben: „Die vielfältigen und komplexen Aufgaben der Agrarrevolution können nur zum Ziel geführt werden, wenn diejenigen daran teilnehmen, die hauptsächlich ihre Nutznießer sind: die Bauern. Die Bauern müssen die Leitung ihrer eigenen Angelegenheiten in die Hand nehmen, sie müssen sich organisieren, um ihre Interessen zu verteidigen, und die gerechte und und rigorose Durchführung der Agrarrevolution überwachen. Um ihre Aufgabe zu erfüllen, organisieren sich die Bauern in der Nationalen Union der algerischen Bauern.

Diese Massenorganisation soll die Unterstützung der Partei und des Staates haben."

Sie soll die Interessenvertreterin der Bauern sein. Sie hat sich mit den Problemen der landwirtschaftlichen Produktion zu befassen, hat Kampagnen durchzuführen zur Hebung der Erträge und zur Verbesserung der Anbaumethoden. Sie soll ein Bindeglied zwischen Bauern und Nation bilden. Mitglied kann also in dieser Organisation jeder Bauer sein, gleichgültig wie groß zum Beispiel sein Landbesitz ist. Man sieht, daß damit diese Organisation leicht die Beute der reichen Bauern werden kann, die sie für ihre Interessen einsetzen und zu einem Instrument der Beherrschung der kleinen Bauern machen können.

Die Nationale Volksarmee

Klarere Festlegungen, als das im Falle der Bauernfrage festzustellen ist, sind gemacht worden in bezug auf die Landesverteidigung, die Armee. Die Algerische Nationale Volksarmee, die mit dieser Verfassung geschaffen wird, gründet sich auf die Nationale Befreiungsarmee, die den Sieg über die Truppen des französischen Kolonialismus errungen hat. Die Nationale Befreiungsarmee wurde am Tag nach dem Sieg in die Nationale Volksarmee umgewandelt. Die Nationale Volksarmee war damals die einzige organisierte Kraft, die die Probleme des Landes anpakken konnte. Ihre Mitglieder wurden eingesetzt in der Wirtschaft und der Verwaltung des Landes: „Sie mußte nicht nur die Verteidigung des Landes sichern, sondern auch mitarbeiten am nationalen Wiederaufbau und sich beteiligen an der Vertiefung der sozialistischen Zielsetzungen." Im Verfassungsentwurf wird festgestellt: Die Nationale Volksarmee sichert die Unabhängigkeit und Souveränität, sie ist zu einem Faktor der Stabilität und der nationalen Einheit geworden.

Die Verteidigung der Unabhängigkeit

Algerien befindet sich in einer strategischen Lage, wird weiter festgestellt. Dadurch sei es zu einer Verteidigungspolitik gezwungen, die es schützen müsse vor ausländischem Einfluß. „Als blockfreies Land kann Algerien sich nicht abfinden mit der Strategie der Blöcke und kann auch kein Spielball der Großmächte werden, sei es als Stützpunkt oder in Militärbündnissen. Das Volk ist ein entscheidender Faktor für die Verteidigungsstrategie, heißt es in dem Verfassungsentwurf.

Neben den besonderen Organisationen, „die zur Hauptaufgabe haben, die nationale Sicherheit zu sichern und zu garantieren, soll sich dafür auch jeder Bürger verantwortlich fühlen und seinen Beitrag dafür leisten und Beweise seiner Wachsamkeit im Dienst des Landes geben".

Damit ist in erster Linie der Wehrdienst gemeint, den jeder junge Algerier leisten muß. Der Wehrdienst wird gesehen als Hebel zur nationalen Einheit und als Möglichkeit, die Teile der Jugendlichen, die aus den untersten Schichten des Volkes kommen, auszubilden und zu fördern, ihnen eine Berufsausbildung zu geben. Die Nationale Volksarmee erfüllt derzeit große Aufgaben bei der Erschließung des Landes. Beispiele sind der Straßenbau in der Sahara oder der „Grüne Stausee". In dem Verfassungsentwurf heißt es: „Der Wehrdienst sichert die Festigung und Stärkung der Bindung zwischen Volk und Armee. (...) Der Wehrdienst ist also eine grundlegende Einrichtung im revolutionären Prozeß, eine wesentliche Stütze der Solidarität und nationalen Einheit bei der Verwirklichung der gemeinsamen Ziele des Aufbaus einer gerechteren und wohlhabenderen Gesellschaft."

Am Schluß der Einleitung zum Verfassungsentwurf heißt es: Die Unabhängigkeit stellt zugleich das leuchtende Ziel dar, das uns lange Zeit versagt blieb, wie eine Stufe hin auf dem Weg des Sozialismus. – (g.j.)

(alle Informationen und Zitate aus El Moud-jahid 1. Mai – 9. Juni)

Genosse Makiwane, Vertreter der „African Nationalists“ im ANC

„Solidarität im ganzen Land mit dem kämpfenden Volk in Soweto“

Genosse Makiwane, Vertreter der Afrikan Nationalists im African National Congress, führte in seinem Beitrag aus:

„In den Städten, in den Wohnlagern und in den ländlichen Gebieten Südafrikas fließt zur Zeit das Blut unseres Volkes. Die Massaker des südafrikanischen Regimes erinnern an Sharpeville Anfang der sechziger Jahre. Damals ging es um eine Demonstration gegen die Paßgesetze, durch die die Afrikaner einer vollständigen Kontrolle und Unterdrückung unterworfen werden sollten. Aber die jetzigen Kämpfe haben eine ganz andere Dimension angenommen. Oberflächlich scheint es um Widerstand gegen die Zwangseinführung der Burensprache Afrikaans zu gehen, tatsächlich führt unser Volk aber den Kampf gegen die Unterdrükkung und Ausbeutung für eine gerechte Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Breite des Aufstandes zeigt, daß es entschlossen ist, das herrschende System zu beseitigen. In dem Augenblick, in dem die faschistische Polizei das Feuer gegen die Demonstranten, unbewaffnete Kinder, eröffnete, entflammte das ganze Land und zeigte seine Solidarität mit dem kämpenden Volk in Soweto. Das beweist die Entschlossenheit des afrikanischen Volkes, sich von den Ketten der Unterdrückung zu befreien und daß – ungleich Sharpville – es sich auch klar ist, daß das nur möglich ist, wenn es den Kampf mit Waffen bis zum logischen Ende fortsetzt. Mit Steinen, Stöcken und wie die Zeitungen erwähnen auch einigen Gewehren gingen sie gegen die südafrikanischen Unterdrücker vor.

Dieser Kampf hat große Bedeutung für die afrikanische Arbeiterklasse und sie ist deshalb begeistert über alle Zeichen der Solidarität, die sie durch die Arbeiterklasse anderer Länder erfährt, ganz besonders durch die Westdeutschlands, denn von daher kommen ein großer Teil der Investitionen, mit denen die afrikanische Arbeiterklasse ausgebeutet wird.

Die Regierung des westdeutschen Imperialismus rechtfertigt die Investitionen damit, daß sie behauptet, sie würden dazu beitragen, das Apartheid-System zu beseitigen. Tatsächlich aber werden die Investitionen gemacht wegen des Apartheidsystems und wird zur Festigung des damit bewirkten Lohnsystems das Vorster-Regime unterstützt.

Daß sie solche Lügen brauchen, zeigt, daß die Arbeiterklasse in Westdeutschland auf der Seite des afrikanischen Volkes steht und daß sie genau weiß, daß die westdeutschen Imperialisten die Ausbeutung der afrikanischen und der westdeutschen Arbeiterklasse vorantreiben. Die Einladung des KBW erfolgte genau zum richtigen Zeitpunkt, als Kissinger und Schmidt ihr Treffen mit ihrem Statthalter Vorster planten. Den großen Unwillen und die Wut der westdeutschen Arbeiterklasse und des Volkes darüber kamen auf den Veranstaltungen in Frankfurt, Freiburg, Münster, Berlin und Bremen zum Ausdruck. Das ist es auch, was die Planer der Unterdrückung und Ausbeutung zwingt, sich im Bayrischen Wald zu verstecken, während wir Vertreter des afrikanischen Volkes auf öffentlichen Veranstaltungen zum Volk in Westdeutschland sprechen können. Die große Solidarität im gemeinsamen Kampf drückte sich auch im Spendenergebnis von über 10 000 DM aus, die dem Befreiungskampf zur Verfügung gestellt wurden.“



Westberlin. Die Kommunistische Hochschulgruppe führte in der vergangenen Woche auf dem Gelände der Universität ein Solidaritätsfest mit dem Befreiungskampf der Völker Afrikas durch

4 Lastwagen für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe

Spendeneingang Juni
Stand 16.6.1976

Frankfurt/M	47,00
Delmenhorst	100,00
Mannheim	1288,00
Dauerauftrag T.H.	10,00
Hamburg	1458,13
Pinneberg	515,10
Gießen	24,50
Hamburg	277,10
Köln	32,50
Osnabrück	35,00
Kiel	165,00
Westberlin	65,00
Kassel	20,00
	4037,33

Rundreise der Studentenbewegung des südlichen Afrika erfolgreich abgeschlossen

Während sich der Kettenhund Vorster mit seinen imperialistischen Meistern Kissinger und Schmidt in der BRD berät, welche Taktik sie gegen den wachsenden Widerstand des afrikanischen Volkes wider die Unterdrückung und Ausbeutung durch die imperialistischen Monopole einschlagen sollen, sprachen auf verschiedenen Veranstaltungen in der BRD und Westberlin Vertreter des afrikanischen Volkes. Im Rahmen einer von verschiedenen westdeutschen ASten und Hochschulorganisationen organisierten und unterstützten Rundreise einer Delegation der Southern African Student Movement fanden Veranstaltungen statt in Hamburg, Westberlin, Braunschweig, Hannover, Aachen, Köln, Bremen, Kiel, Osnabrück, Bruchsal, München, Stuttgart und Heidelberg. Insgesamt nahmen etwa 2 000 Menschen an den Veranstaltungen teil und übergaben über 5000 DM zur Unterstützung der Arbeit der SASM. Anschaulich schilderten die Sprecher der SASM die faschistischen Methoden der Unterdrückung des afrikanischen Volkes und die dadurch gewaltsam erzwungene ungeheure Ausbeutung der afrikanischen Arbeitskraft und der natürlichen Reichtümer des Landes. Sie zeigten, wie sich dagegen die Studenten mit den übrigen Teilen des Volkes immer enger zuammenschließen und immer klarer erkennen, daß ihre einzige Perspektive für die Befreiung der bewaffnete Befreiungskampf ist, gestützt auf die eigene Kraft, die breiteste Einheit der afrikanischen Nation herstellend und jede fremde Einmischung zurückweisend. Mit einer Veranstaltung in Heidelberg, zu der 300 Menschen kamen, wurde die Rundreise abgeschlossen.

Münster. Etwa 350 Menschen kamen zur Veranstaltung des KBW in Münster, um ihre Solidarität mit dem südafrikanischen Volk und dem ANC (AN) auszudrücken, 900 DM wurden gesammelt.

Gegen die Einmischungsversuche der Imperialisten im Libanon

Die arabische Friedenstruppe im Libanon

Am Montag ist das erste Kontingent der arabischen Friedenstruppe auf libanesischem Boden gelandet und hat von Sidon aus den Flughafen in Beirut besetzt. Es soll aus einem lybischen und einem syrischen Bataillon bestehen. Der lybische Ministerpräsident Dschallud hat von Damaskus aus an alle arabischen Staaten appelliert, ihre für die arabische Friedenstruppe vorgesehenen Kontingente so rasch wie möglich in den Libanon zu entsenden. Der jetzt beschlossene Waffenstillstand ist durch Vermittlung Dschalluds zustandegekommen und wurde in der Nacht zum Montag zwischen Syrien und dem gemeinsamen Oberkommando der PLO und der nationalen libanesischen Kräfte geschlossen. Er besteht aus sieben Punkten. Laut der Zeitung der regierenden syrischen Baath-Partei bestehen sie

1. im Rückzug der syrischen Truppen vom internationalen Flughafen in Beirut, sobald das erste Kontingent der arabischen Friedenstruppe eintrifft,
2. in der Wiedereröffnung des Flughafens für den zivilen Luftverkehr, Verbot der Entladung von Waffen und Munition,
3. in der Freilassung der festgenommenen Al-Saika-Angehörigen, Nasseristen sowie des Generalstabschefs der PLA (Palästinensische Befreiungsarmee), General Busbah al Budeiri, durch die PLO,
4. in der Wiedereröffnung der Büros der Saika und der pro-syrischen libanesischen Nationalfront,
5. in der Verpflichtung der verschiedenen palästinensischen Organisationen auf Einstellung der Kämpfe untereinander,
6. im Abbau der bewaffneten Kräfte in Beirut,
7. in der Erlaubnis für die libanesischen Politiker, ihre Aktivitäten wieder aufzunehmen. Wenn die syrische Zeitung das Abkommen richtig wiedergegeben hat, dann ist es Syrien gelungen, eine ganze Reihe seiner Bedingungen für ein Waffenstillstandsabkommen durchzusetzen. In der Zeit vor dem erneuten, von Dschallud garantierten Waffenstillstandsabkommen hatten sich die syrischen Truppen weiter im Libanon ausgedehnt und Beirut eingeschnürt, um es von jedem Nachschub aus dem Landesinneren und der Hafenstadt Sidon abzuschneiden. Eine Stellungnahme der PLO zu dem Abkommen liegt uns bisher nicht vor.

In der ganzen Zeit vor dem Waffenstillstand hatten die beiden Supermächte und andere imperialistische Mächte ihre Einmischungen und ihre Vorbereitungen zu direktem Eingreifen weiter vorangetrieben. Die beiden Supermächte haben bekanntlich große Teile ihrer Mittelmeerflotte schon seit längerer Zeit vor den Küsten des Libanon zusammengezogen. Auch mehrere französische Kriegsschiffe treiben sich vor den libanesischen Küsten herum. Die Sowjetunion, die ihre Schiffseinheiten im Mittelmeer bereits um 15 Schiffe, darunter einen Hubschrauberträger, auf 70 vermehrt hatte, hat in den letzten Tagen ein Landungsschiff mit Truppen an Bord in Begleitung eines Zerstörers durch den Bosporus geschickt. Die USA haben nach der Erschießung ihres Botschafters amerikanische Staatsbürger evakuiert und zu diesem Zweck ein amerikanisches Landungsschiff in den Hafen von Beirut geschickt.

Kissinger hat zwar erklärt, die USA dächten nicht daran, eigene Truppen in den Libanon zu schicken. Die USA setzen eben nach wie vor auf die reaktionären christlichen Truppen, mit deren Hilfe sie im letzten Jahr den Krieg im Libanon ausgelöst haben. Andererseits setzen sie auf das Eingreifen der französischen Imperialisten. Sie hätten nichts gegen französische Truppen im Libanon, wenn alle Beteiligten damit einverstanden seien, meinte Kissinger in Paris. Der US-Imperialismus glaubt gegenwärtig so viele Eisen im Feuer zu haben, daß er zunächst nicht selber ins Feuer zu gehen braucht. Zumal Israel in immer neuen Erklärungen sich eine Intervention vorbehält, sobald seine Interessen unmittelbar berührt seien.

Die Sowjetunion hat durch TASS vom 9.7. erklären lassen, der Nahe Osten liege sehr viel näher an der Sowjetunion als an den USA und anderen Ländern. Die Sowjetunion hat damit zu verstehen gegeben, daß sie allemal mehr Recht zur Einmischung habe als die andere Supermacht: „Die Sowjetunion hat auf jeden Fall mindestens genauso große Interessen an der Entwicklung der Situation im Libanon und in der Umgebung dieses Landes. Das sollte niemand aus den Augen verlieren.“ Es ist die typische Imperialistenlogik. Sie unterscheidet sich kein Haar von der Logik anderer Imperialisten. Einstweilen läßt die Sowjetunion die verschiedensten Seiten mit Waffen beliefern. Neuerdings kämpfen die christlichen Phalangisten immer häufiger mit sowjetischen Waffen und Raketen. Der Nahost-Korrespondent der „Frankfurter Rundschau glaubt dieses Rätsel lösen zu können: „Daß vor allem die Tschechoslowakei und Bulgarien Waffen und Munition an die Bürgerkriegsparteien in Libanon verkauft haben, ist wiederholt nachgewiesen worden und wurde von keiner Seite bestritten.“

In diesen Tagen hatte die Sowjetunion den jordanischen König Hussein zu Besuch in Moskau. Dabei ging es ebenfalls um Waffengeschäfte, im wesentlichen jedoch darum, der Sowjetunion soviel Einmischungsmöglichkeiten wie möglich zu sichern, wobei sie auch mit Hussein ins Geschäft zu kommen versucht.

Das meistgebrauchte Wort in arabischen Stellungnahmen, von welcher Seite sie auch kommen, ist das Wort „Komplott“. Und wirklich: In keiner Region der Welt überschneiden sich die Intrigen der beiden Supermächte so sehr wie im Nahen Osten. Die westeuropäischen Imperialisten möchten maximal mitmischen. Dabei geht es nicht nur um den Einfluß auf den Nahen Osten, sondern auch um Europa, auf dessen Beherrschung sich die Rivalität der beiden Supermächte letzten Endes konzentriert.

Die Zeitschrift „Resistance“ der PLA (unter syrischem Einfluß) stellt in ihrer Juni-Nummer die Frage, ob die Drahtzieher hinter den christlichen Phalangisten, die den Krieg im Libanon ausgelöst haben, mit der Entwicklung seit dem letzten Jahr zufrieden sein könnten, und antwortet mit einem klaren Ja. Es sei ihnen gelungen, die palästinensische Befreiungsbewegung in einen Abnutzungskrieg zu verstrikken und untereinander zu entzweien, neue Keile in die arabische Nation und zwischen die arabischen Staaten zu treiben. Syrien selbst jedoch hat mit seiner bewaffneten Intervention im Libanon dieses Spiel mitgemacht.

Im westdeutschen Fernsehen hat sich ein Reporter darüber ausgelassen, wie sich die Lage für die reaktionären Handlanger des US-Imperialismus und des Zionismus im Libanon inzwischen darstellt:

„Ferienstimmung in der Bucht von Jounieh, das Leben in der heimlichen Hauptstadt des christlichen Libanon hat sich fast normalisiert. Die Christen genießen die unfreiwilligen Ferien, das alte Überlegenheitsgefühl gegenüber den Moslems regt sich wieder. Lässig liegen sie am Strand, nur 20 Kilometer weiter, im Moslemteil von Beirut, ist das Leben fast zum Erliegen gekommen. Die Christen haben es wieder einmal geschafft. Über den Hafen von Jounieh beziehen sie Benzin. Mehl, Obst und Gemüse gibt es in Hülle und Fülle.“ (Heute, 21. Juni)

Jede Spaltung der arabischen Nation dient dem Zionismus und erfüllt die imperialistischen Kräfte, insbesondere die beiden Supermächte, mit großer Genugtuung. In der komplizierten Lage im Nahen Osten muß man alle Schritte danach beurteilen: Dienen sie dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes und stärken sie die Einheit der PLO im Kampf gegen den zionistischen Kolonialstaat? Dienen sie der Einheit der arabischen Nation gegen Imperialismus und Hegemonismus oder dienen sie der Spaltung? Richten sie sich gegen die Einmischung des Imperialismus und der beiden Supermächte oder nützen sie ihr?

Die komplizierte Lage im Nahen Osten entsteht dadurch, daß die Imperialisten und insbesondere die beiden Supermächte alles daran setzen, um diese einfachen Fragen zu verwirren und im Trüben zu fischen. Es ist im Interesse der arabischen Völker, daß die gemeinsame Friedensaktion der arabischen Staaten und das jetzige Waffenstillstandsabkommen den Einmischungsversuchen der beiden Supermächte und aller Imperialisten einen Riegel vorschieben.

Die Sowjetunion verstärkt ihre Flotte im Mittelmeer

Die imperialistischen Mächte, allen voran die beiden Supermächte UdSSR und USA, haben die Auseinandersetzung im Libanon genutzt, um unter dem Deckmantel der Wiederherstellung des Friedens im Libanon ihre Rivalität um die Vorherrschaft im östlichen Mittelmeer zu verstärken. Dazu hat die Sowjetunion immer größere Teile ihrer Flotte im östlichen Mittelmeer auffahren lassen.

Die sozialimperialistische Sowjetunion, deren Marineeinheiten im Mittelmeer bis dahin ungefähr 45 bis 50 Kriegsschiffe betrugen, hat nach Angaben einer türkischen Nachrichtenagentur vom 10. Juni innerhalb der ersten zehn Juni-Tage 15 neue Kriegsschiffe, teilweise mit Lenkraketen ausgestattet, in das östliche Mittelmeer geschickt.

Am 31. Mai traf so ein sowjetischer Hubschrauberträger des Typs „Moskau“ im Mittelmeer ein, am 6. Juni der sowjetische Kreuzer „Uschakow“, einer der modernsten Kreuzer der sowjetischen Flotte, der mit verschiedenen Lenkraketen ausgerüstet ist und an dessen Bord sich der Generalstabschef Kulikow befindet. Nach Angaben der „Albanian Telegraphy Agency“ vom 8. Juni und von „Hsinhua News Agency“ vom 13. Juni bestehen die sowjetischen Flotteneinheiten im Mittelmeer mittlerweile aus rund 70 Schiffen, während die Zahl der US-Kriegsschiffe in diesem Gebiet ungefähr 50 beträgt.

Weiterhin versucht die Sowjetunion gegenwärtig ihre Flotteneinheiten im Mittelmeer durch den Flugzeugträger Kiew zu verstärken, dem aber bislang die türkische Regierung die Durchfahrt vom Schwarzen Meer in das Mittelmeer untersagt hat.

„Albanian Telegraphic Agency“ schreibt dazu: „Die Anwesenheit der US- und sowjetischen Kriegsschiffe im Mittelmeer ist Ausdruck der Kanonenbootpolitik, welche die beiden Supermächte verfolgen, und ihrer Drohung gegen die Völker dieses Gebiets, was eine große Gefahr für deren Sicherheit bedeutet.“

Eine „gute soziale Sicherheit" sei „die beste Garantie für die persönliche Freiheit", sie nehme „die Furcht vor Not" und befreie „von unwürdigen Abhängigkeiten". So schreibt die SPD in ihrer Wahlpropagandaschrift. „Eine Bilanz nach 7 Jahren sozialliberaler Regierung" überschrieben mit: „Leistung verdient Vertrauen".

Die Lohnarbeiter haben die Freiheit, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und von den Kapitalisten ruinieren zu lassen. Ist sie ruiniert, tritt an Stelle der Freiheit, sich ausbeuten zu lassen, die Sozialversicherung. Dafür werden den Lohnabhängigen, solange sie Ausbeuter finden, Sozialbeiträge vom Lohn abgezogen. Kurz: Die „soziale Sicherheit" garantiert für die Masse der Lohnabhängigen die „persönliche Freiheit", sich ausbeuten zu lassen, und für die Kapitalisten, die Freiheit, die Lohnarbeiter auszubeuten. Die Kapitalisten haben von ihrer Freiheit starken Gebrauch gemacht, sodaß die Lohnabhängigen immer wachsende Teile des Lohns abgezogen bekommen, um für den Lebensunterhalt ihrer Klassenbrüder aufzukommen, die ihre Arbeitskraft für die Kapitalisten frühzeitig vernutzt haben, oder von den Kapitalisten derzeit nicht gebraucht werden, arbeitslos sind. Die Leistung der soziallliberalen Regierung besteht darin, für die Anpassung der Sozialabzüge entsprechend den gestiegenen Anforderungen gesorgt zu haben, z.B. durch die Verdoppelung der Abzüge für die Arbeitslosenversicherung. Und zugleich dafür gesorgt zu haben, daß die Arbeitslosengelder auch direkt den Kapitalisten zugute kommen.

Zur „Schaffung neuer Arbeitsplätze" usw. besteht ihre Leistung wesentlich auch darin, die Sozialversicherung so zu gestalten, daß die Freiheit der Lohnabhängigen, sich ausbeuten zu lassen, nicht über Gebühr eingeschränkt wird. So haben sie z.B. das Gesetz erlassen, das für einen Arbeitslosen bestimmt, daß auch solche Arbeit angenommen werden muß, „zumutbar" ist, die weit unter dem bisherigen Lohn bezahlt wird. Insofern wird ein starker Zwang ausgeübt, die „Furcht vor Not" zu überwinden, und auch die Befreiung von „unwürdigen Abhängigkeiten" wird zwangsweise beschleunigt, in dem die „unwürdige Abhängigkeit" von der Arbeitslosenversicherung durch die Freiheit beseitigt wird, sich dem Kapitalisten billig zu verkaufen.

Im folgenden wird genauer untersucht, was sich die sozialliberale Koalition bei der Rentenversicherung geleistet hat – ein Hauptpunkt in ihrer „Leistungsbilanz".

„Netz der sozialen Sicherheit" –

Für Millionen Rentner nur Bettelpfennige

„Flexible Altersgrenze seit 1973. Inzwischen von rund drei Viertel aller Berechtigten genutzt"

Die flexible Altersgrenze wurde durch das Rentenreformgesetz von 1972 eingeführt. Mußten die Lohnabhängigen vorher, wenn ihnen nicht Erwerbsunfähigkeit bescheinigt wurde, bis zum Ende des 65. Lebensjahres arbeiten, ehe sie eine Rente aus den eingezahlten Versicherungsbeiträgen erhalten konnten, wurde um die feste Altersgrenze aufgehoben. „Jetzt kann jeder nach Vollendung des 63. Lebensjahres selbst bestimmen, ob er weiterarbeiten will oder lieber Altersruhegeld beziehen möchte", heißt es in Arendts „Bilanz 1976".

Die „Flexible Altersgrenze" war die Reaktion des bürgerlichen Staates auf die seit Jahren erhobene Forderung der Gewerkschaften nach Herabsetzung der Altersgrenze. „Die allgemeine Altersgrenze in der Rentenversicherung ist stufenweise auf 60 Jahre herabzusetzen", forderte das DGB-Aktionsprogramm von 1965. Über die Dringlichkeit dieser Forderung gibt die Statistik der Rentenversicherung hinreichend Aufschluß:

1972 sind von 222000 Männern, die erstmals Renten aus der Arbeiterrentenversicherung beziehen, 100000 vor Erreichen des 65. Lebensjahres wegen Erwerbsunfähigkeit verrentet worden, 15000 wegen Berufsunfähigkeit, 99000, also 45 %, erhalten die Rente erst nach Vollendung des 65. Lebensjahres. Von den Frauen müssen sogar fast 3/4 vor Ende des 65. Lebensjahres verrentet werden.

Nur ein Teil der Lohnabhängigen ist „berechtigt"

An eine **einheitliche** Herabsetzung der Altersgrenze dachten die Sozialdemokraten in der Regierung aber beileibe nicht. Die „Berechtigung" für die „flexible Altersgrenze" wurde durch die Rentenreform an die Bedingung geknüpft, daß der Arbeiter oder Angestellte mindestens 35
für die „flexible Altersgrenze" wurde durch die Rentenreform an die Bedingung geknüpft, daß der Arbeiter oder Angestellte mindestens 35
„anrechnungsfähige Versicherungsjahre" schriftlich nachweisen kann. Davon müssen mindestens 15 Jahre „Versicherungszeit" sein, das sind die Jahre, wo er Beiträge gezahlt hat und sogenannte Ersatzzeiten wie Kriegsdienst. Angerechnet werden als „Versicherungsjahre" außerdem noch Zeiten der Ausbildung, längerer Krankheiten, Arbeitslosigkeit u.a. sogenannte „Ausfallzeiten". Viele Lohnabhängige sind aber z.B. früher Bauern oder selbständige Handwerker gewesen, viele Frauen haben wegen der Kinderaufzucht längere Zeit nicht gearbeitet und sind nicht versichert gewesen. Nimmt man z.B. die Statistik über die Zusammensetzung der gegenwärtig laufenden Renten nach „anrechnungsfähigen Versicherungsjahren" von 1975, so zeigt sich, daß ein Drittel der männlichen Rentner in der Arbeiter- und Angestelltenversicherung nur weniger als 35 Versicherungsjahre nachweisen konnten, von den Rentnerinnen sogar vier Fünftel. Sie sind also von vornherein für die „flexible Altersgrenze" garnicht berechtigt gewesen. Das zeigt sich auch gleich im ersten Jahr nach der Einführung der „flexiblen Altersgrenze". Bei den Männern steigt die Zahl der Neuverrenteten um 121000, wovon 90000 nach dem 63. Lebensjahr Rente erhalten. Die Zahl der Rentnerinnen steigt um 18000, von denen nur 4500 die Rente nach dem 63. Lebensjahr erhalten können.

Die frühere Rente ist niedriger

Nicht nur, daß die Rente ab 63 nur für einen Teil der Lohnabhängigen gilt, wer mit 63 in Rente geht, erhält auch **weniger** Rente, da die Rente nach der Zahl der Versicherungsjahre berechnet wird. Würde er z.B. mit 65 40 Versicherungsjahre angerechnet erhalten, würde bei vorzeitiger Verrentung mit 63 Jahren die Rente um 5 % geringer sein. Wenn Arendt sich damit brüstet, drei Viertel der „Berechtigten" würden von der „flexiblen Altersgrenze" „Gebrauch machen", dann heißt das nur, daß selbst ein Viertel der Berechtigten länger arbeiten muß, um einigermaßen zu einer Rente zu kommen, von der sie leben können.

Gemessen daran ist das Gerede von der „Selbstbestimmung" ein Hohn. Wer „freiwillig" über das 65. Lebensjahr hinaus arbeitet, erhält auf die spätere Rente Zuschläge. Sie sind so gering, daß sie die Kapitalisten nichts kosten, weil, ehe sie sich auf die Jahre umgerechnet auszahlen, die Rentner meistens schon verstorben sind. Trotzdem gab es im Januar 76 bereits 5000 Rentner, die über 65 Jahre hinaus gearbeitet haben. 1974 hatte es noch keinen einzigen gegeben. Man kann sich ausrechnen, daß die „flexible Altersgrenze" in Zeiten eines Wirtschaftsbooms für die Kapitalisten ein ausgezeichnetes Mittel ist, alte Arbeiter, deren Rentenansprüche gering sind, zu zwingen, noch über das 65. Lebensjahr hinaus zu arbeiten.

Überhaupt kommt diese Reform für die Kapitalisten ausgesprochen billig. Das Statistische Bundesamt hat für die nächsten Jahre ein weiteres Absinken der Lebenserwartung der sechzigjährigen Männer vorausgesagt, insbesondere aufgrund der Zunahme der Kreislauferkrankungen (siehe Wirtschaft und Statistik, 12/75). Das sind die Krankheiten, von denen insbesondere Arbeiter betroffen sind. Typische Verschleißerkrankungen bei Akkordarbeiten z.B. Die Todesursachenstatistik für 1975, die am 9.6. im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde, zeigt, daß 1975 die Zahl der Sterbefälle aufgrund von Kreislauferkrankungen bereits 46 % aller Sterbefälle ausmachen, mehr als je zuvor.

Von den 90000 Männern, die 1973 in der Rentenstatistik als Rentner nach dem 63. Lebensjahr aufgeführt sind, werden noch im gleichen Jahr knapp 11000 als „Rentenwegfälle" – das ist die Amtssprache für gestorben – registriert. Das sind rund 12 %. Nach der Sterbetafel von 1970/72 starben im Durchschnitt von den 63 jährigen Männern 2,8 % innerhalb eines Jahres (Statistisches Jahrbuch 1975).

1975 wurden Rentenanträge von 114000 Arbeitern abgelehnt

Wie sehr die staatliche Zwangsverwaltung der Rentenversicherung für die Kapitalisten ein Mittel ist, einen möglichst großen Teil der Lebenszeit der Arbeiter in ihre Verfügung zu bringen, kann man auch daran ablesen, daß von den 980000 Anträgen auf Rente, die 1975 an die Arbeiterrentenversicherung gestellt wurden, 114000 abgelehnt worden sind, also fast 12 %. Dazu ein Auszug aus einer Korrespondenz über einen Prozeß vor dem Sozialgericht:

Kurzer Prozeß

Kurzer Prozeß

Frau N. hat zwei schwere Operationen hinter sich, kann nicht mehr richtig laufen, hat ständig Beschwerden und ist im Haushalt mit einem pflegebedürftigen Mann vollkommen überlastet, kurz: sie kann nicht mehr arbeiten gehen, um den Lebensunterhalt der Familie beizuschaffen. Sie beantragte deshalb eine Rente.

Vier ärztliche und psychologische Gutachter stellten übereinstimmend fest, Frau N. sei noch mehr als „halbschichtig", d.h. für mehr als 20 Stunden pro Woche arbeitsfähig und stünde damit „dem allgemeinen Arbeitsmarkt voll zur Verfügung.

Die Frau war deshalb schon auf dem Arbeitsamt; denn mit Beschwerden, Klagen und Prozessen vergeht ja viel Zeit, sie brauchte aber sofort das Geld. Am Arbeitsamt hatte man jedoch für ein solches Menschenwrack von über 50 Jahren, schon gleich in der jetzigen Situation, keine Stelle zu vermitteln. Frau N. klagte beim Sozialgericht. Hier wurde „kurzer Prozeß" gemacht, nachdem die völlig erschöpfte Frau dem Richter schon zu verstehen gegeben hatte, eine weitere Instanz halte sie nicht mehr durch. Das Gericht entschied auf Ablehnung der Klage, weil die Frau nach dem Gutachterurteil ja noch arbeitsfähig und somit nicht rentenbedürftig sei. Es stünde auch außer Zweifel, daß es in der Industrie für sie geeignete Arbeitsplätze gebe – wenn diese momentan nicht frei seien, dann müsse sich die Frau eben an die Arbeitslosenversicherung wenden. Der Haken ist nur: Auch dort ist die Arbeiterin nicht anspruchsberechtigt; denn zwar hat sie über 25 Jahre lang in verschiedenen Berufen geschuftet, aber nur bis 1965, also nicht mehr innerhalb der letzten drei Jahre. – (t., Heidelberg)

„Altersgrenzen verdoppelt. Wer 1969 eine Rente von 500 DM bekam, erhält ab 1.7.1976 netto 1017 DM"

Um die tatsächliche Situation der Rentner zu vertuschen, verbreitet die Regierung allerlei Zahlen über die Vervielfachung der Renten in den letzten Jahren. Aus 500 seien seit 1969 1000 DM geworden. Rechnet man die um 50 % gestiegenen Lebenshaltungskosten für die Rentner in diesem Zeitraum ab, sieht das schon bescheidener aus. Vor allem aber ist es so, daß 1969 die meisten Rentner überhaupt keine Rente von 500 DM erhalten haben. In der Arbeiterrentenversicherung haben die durchschnittlichen Versicherungsrenten überhaupt erst 1975 die 500 DM überschritten (siehe dazu Kasten), obwohl die Beiträge zur Rentenversicherung seit 1950 von 10 auf 18 % des Bruttolohnes gestiegen sind.

Am 1. Juli 1975 betrugen 2,1 Millionen Renten von Versicherten weniger als 300 DM. Dazu kommen 637000 Witwenrenten unter 300 DM. Das sind fast ein Viertel aller Renten. Diesen Rentnern wird auch eine elfprozentige Anhebung zum 1. Juli 1976 mit höchstens 33 DM keine Besserung ihrer Lage bringen, dieses Geld ist durch die Teuerungen längst weggeschluckt.

Millionen erhalten nur Bettelpfennige

An der hohen Zahl der Kleinstrenten hat auch die sogenannte **Rente nach Mindesteinkommen** nicht viel geändert, die ebenfalls bei der Rentenreform eingeführt wurde. Danach wurden Jahre mit besonders niedrigem Lohn etwas höher bewertet (75 % des Durchschnittslohns). Das aber wiederum nur unter der Bedingung, daß mindestens 25 anrechungsfähige Versicherungsjahre nachgewiesen werden können. Gerade das können aber viele Frauen, die Bettelpfennige als Rente erhalten, nicht, z.B. ehemalige Bäuerinnen, die mit 45 in die Fabrik mußten, weil der Hof ruiniert war und die vorher nicht versichert waren.

Die Situation hat sich für die Rentner noch dadurch verschlechtert, daß in den letzten Jahren immer mehr Rentner gezwungen waren, allein einen Haushalt zu führen oder einen Anstaltsplatz zu bezahlen, was beides viel teurer ist, als in einem größeren Haushalt zu leben. Bis 1974 hat sich gegenüber 1950 die Zahl der Einpersonen-Haushalte bereits verdoppelt auf 6,4 Millionen. Die meisten davon sind Rentner. 3,9 Millionen (Arbeits- und Sozialstatistik 5/76). Das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung" schätzt in einer Hochrechnung für 1975, daß 41,4 % **aller** Rentnerhaushalte, das sind 2,3 Millionen Haushalte, über ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 700 DM verfügen. (DIW Beiträge zur Strukturforschung, Heft 31)

Während sich ein Richter nach einer entsprechenden Anzahl von Dienstjahren mit 75 % sei-
zur Strukturforschung, Heft 31)
Während sich ein Richter nach einer entsprechenden Anzahl von Dienstjahren mit 75 % sei-
ner Dienstbezüge von z.B. 7197,42 (R 7) „zur Ruhe setzen" kann, beträgt 1975 die Durchschnittsrente in der Arbeiterrentenversicherung 536,70 DM, was unter dem Existenzminimum liegt. Selbst ein Arbeiter mit 40 bis 45 Versicherungsjahren erhält im Durchschnitt nur 934 DM, das sind 63 % eines durchschnittlichen Facharbeiterlohns im Juli 1975.

„Frei sein von entwürdigenden Abhängigkeiten"

Das „Freisein von entwürdigenden Abhängigkeiten", von dem Schmidt spricht, genießen die Rentner besonders, wenn sie beim Sozialamt z.B. einen Zuschlag für die Heizung im Winter beantragen müssen. Unter der sozialdemokratischen Regierung sind die Renten immerhin so rasant gestiegen, daß z.B. die Kölner Statistischen Monatsberichte vom Dezember 1975 für das Jahr 1975 von insgesamt 278876 „Fällen" von Sozialhilfe berichten müssen, davon der größte Teil Rentner (Köln hat 1013893 Einwohner!).

Daß ein kleiner Teil der Lohnabhängigen höhere Renten erhält, kann über die Situation der Masse der Rentner nicht hinwegtäuschen. Daß die Renten so weit auseinanderklaffen und gleichzeitig der Abstand zu den Verdiensten der Beschäftigten in Markbeträgen gerechnet ständig vergrößert wird, ist gerade durch die auf Spaltung berechnete Rentengesetzgebung in den letzten Jahren nur noch gefördert worden. Bis 1956 erhielten alle Rentner einen einheitlichen Grundbetrag und dazu Steigerungsbeträge je nach Anzahl der Versicherungsjahre und nach dem jeweiligen Verdienst. Dieser Grundbetrag ist durch die Rentenreform von 1957 abgeschafft worden. Jetzt zählen allein noch die Versicherungsjahre und das Verhältnis des eigenen Verdienstes zum Durchschnittsverdienst in jedem Jahr, wo Beiträge bezahlt worden sind. Diese Regelung ist eine regelrechte Peitsche, mit der die Kapitalisten die Arbeiter zwingen können, möglichst lange und möglichst intensiv ihre Arbeitskraft für sie zu verausgaben.

Nicht nur, daß viele alte Arbeiter und Arbeiterinnen gezwungen sind, sich bis zum völligen körperlichen Ruin abzuplagen, nur um auf möglichst viele „anrechnungsfähige Versicherungsjahre" zu kommen, wenn sie in früheren Arbeitsjahren besonders niedrige Löhne erhalten haben, müssen sie auch noch versuchen, durch zusätzliche Mehrarbeit ihre zukünftige Rente aufzubessern.

Das sind nur einige der Tatsachen, an denen sich die „Leistungen" der Sozialdemokraten in der Regierung messen lassen. (Alle nicht extra ausgewiesenen Zahlen sind aus: Rentenanpassungsbericht der Bundesregierung 1976) – (hv)

Durchschnittliche Höhe der laufenden Renten der Arbeiter und der Angestellten

Versicherungszweig/Rentenart	Juli 1974	Juli 1975
Arbeiterrentenversicherung		
Versichertenrenten:		
Berufsunfähigkeitsrenten	238,80	259,30
Erwerbsunfähigkeitsrenten	348,80	376,70
Altersruhegelder, 65 Jahre	540,80	592,40
Altersruhegelder, 60 Jahre, an Arbeitslose	780,00	861,60
Altersruhegelder, 60 Jahre, an Frauen	399,30	441,20
Altersruhegelder, 62 Jahre	825,10	919,00
Altersruhegelder, 63 Jahre	909,80	1 003,80
Altersruhegelder, 67 Jahre	470,30	461,70
Versichertenrenten insgesamt	484,90	536,70
Witwenrenten insgesamt	391,00	436,50
Waisenrenten:		
für Halbwaisen	174,00	193,60
für Vollwaisen	227,90	253,60
Waisenrenten insgesamt	175,60	195,30
Angestelltenversicherung [2]		
Versichertenrenten:		
Berufsunfähigkeitsrenten	291,30	317,80
Erwerbsunfähigkeitsrenten	490,50	526,60
Altersruhegelder, 65 Jahre	883,70	962,90
Altersruhegelder, 60 Jahre, an Arbeitslose	1 043,70	1 143,90
Altersruhegelder, 60 Jahre, an Frauen	663,00	725,90
Altersruhegelder, 62 Jahre	1 068,50	1 174,80
Altersruhegelder, 63 Jahre	1 170,00	1 285,90
Altersruhegelder, 67 Jahre	568,90	673,80
Versichertenrenten insgesamt	782,00	858,10
Witwenrenten insgesamt	566,30	629,50
Waisenrenten:		
für Halbwaisen	190,70	211,60
für Vollwaisen	260,90	290,10
Waisenrenten insgesamt	192,70	213,90

Waisenrenten insgesamt 192,70 213,90

Theaterszene gegen Fahrpreiserhöhung

Kampf gegen staatliche Ausplünderung und Unterdrückung

Drei Männer und eine Frau stehen in der U-Bahn und halten sich an einer Stange fest. Vom Tonband: „Schlesisches Tor – Zurückbleiben!“ *Zwei Bullen laufen mit gezücktem Knüppel über die Bühne, schauen sich etwas hektisch um, deuten nach verschiedenen Richtungen und rennen wieder weg.*

1. Arbeiter: Was ist denn hier los?

2. Arbeiter: Die Polizei kommt ja heute ganz schön ins Schwitzen!

1. Arbeiter: Die Fahrpreise werden erhöht, stimmt ja. Da muß die Polizei mit den Protesten fertig werden.

Frau: Immer diese Kommunisten! Können nur rummeckern! Schließlich sind ja bei der BVG die Personalkosten gestiegen.

BVG-ler *(kenntlich durch Uniform)*: Sie lesen wohl zuviel Bild-Zeitung! Viel Geld sacken bei uns doch nur die Spitzenbeamten und hohen Angestellten ein. Bei uns unten wird wegrationalisiert. Wie ist das denn mit den Einmann-Bussen?

Arbeiter: Glaubste denn, der Staat will mit dem Geld, das er mehr einnimmt, die BVG-Arbeiter reich machen?

Frau: Wofür brauchen sie es denn sonst?

1. Arbeiter: Also für die Schulen bestimmt nicht! Mein Ältester ist gerade reingekommen. Die sitzen in der Klasse wie die Ölsardinen, und dauernd fallen Stunden aus. Vom Pillenknick merkste da genauso wenig wie von der Lehrerschwemme!

2. Arbeiter: Für die Krankenhäuser kann's auch nicht sein. Da streichen 'se jetzt dreitausend Betten, und am Personal wird gespart bis zum Gehtnichtmehr!

BVG-ler: Nee, uns kommt das Ersparte nicht zugute!

Frau: Aber irgendwo muß es doch hingehen!

Akkordeon und Mandoline spielen das Zwischenstück des späteren Lieds „Wie lange geht das noch weiter“. An einem Tisch im Vordergrund nehmen Bundeskanzler Schmidt (Mütze, Pfeife) und ein Vertreter des Finanzkapitals (Melone, Zigarre) Platz. Vorn ein Schild „Hotel zum Bramsee“.

Finanzkapital: Also sehr verehrter Herr Bundeskanzler ... Na ja, jedenfalls ham' wir euch den Kredit gesperrt, weil die Regierung das Geld für zuviel Sozialklimbim rauswirft, anstatt es auf die nationalen Belange zu konzentrieren!

Schmidt: Kredit gesperrt? Mein Lieber, es ist wirklich ein hartes Brot, dem blöden Volk dauernd klarzumachen, daß es schon wieder den Gürtel enger schnallen muß!



Die Theatergruppe Westberlin bei der Aufführung eines Stückes gegen den § 218

Finanzkapital: Da führt aber kein Weg drumrum, Schmidt! Das ist nun mal Ihre Arbeit! – Jedenfalls haben *wir* unsere Verantwortung im Weltmaßstab, und dazu braucht man Geld!

Schmidt: Immerhin habt ihr durch Krise und Arbeitslosigkeit die Leistung pro Arbeiternase ganz schön steigern können! Reicht euch das nicht? Ich als Sozialdemokrat kann diese Sachen immer schlechter verkaufen!

Finanzkapital: Hören Sie, Schmidt, ich bin kein Teppichhändler, ich feilsche nicht mit Ihnen! Das Geld muß her! Am deutschen Wesen soll die Welt genesen – das ist der Takt der Zukunft! Hier ist alles mit Kapital überfüllt, investieren lohnt hier nicht. Aber draußen, in der Welt, gibt es noch außerordentlich interessante Anlagesphären. Da müssen wir reinklotzen. Denn auch die werden immer knapper – bei den Schwierigkeiten, die uns diese verlausten Völker machen! Wenn wir da nicht verdammt die Ohren steif halten, kommen uns überall die Amis, Russen und sogar die Japaner zuvor!

Schmidt: Na ja, bei den Sozialauswüchsen könnte man schon noch was beschneiden ...

Finanzkapital: Sagt ja keiner was gegen – langt aber nicht! *(steht auf)* Sehn' Se, wir haben wirklich große Pläne! Das Kapital, das wir exportieren, muß ja irgendwo herkommen – wir können es uns nicht aus den Fingern saugen! Sondern in den Betrieben muß die Gewinnspanne weiter steigen, und vom Staat erwarten wir in Zukunft etwas entschlossenere, tatkräftige Finanzierungshilfe! Aber Ihre Aufgabe ist vor allem, dafür zu sorgen, daß uns hier im Inneren nichts in die Quere kommt. Immer wenn die Zeiten schwerer werden, kriechen doch die roten Ratten aus ihren Löchern. Und kriegen Zulauf! Und die Arbeiter werden immer leichter aufhetzbar und rebellischer. Immer dann, wenn es gilt, nicht nur die Hand hinzuhalten, sondern auch mal Opfer *(spuckt ein Tabakkrümchen seiner Zigarre aus)* für Wirtschaft und Land zu bringen und nicht alles zu verfressen – kennt man ja aus der Geschichte! Und da müssen Sie für Ruhe sorgen! Eisern! Sonst wird nichts aus unseren Plänen!

Schmidt: Ja ja, Sie haben ja recht. Meine Freunde und ich haben uns da auch schon was einfallen lassen. *(zieht einen Plan aus der Tasche)* Wir werden das so machen: Die Parole heißt jetzt „wehrhafte Demokratie“. Erstens wird die Polizei ausgebaut. Da brauchen wir gar nicht darüber zu diskutieren. Zweitens die Bundeswehr – für größeren Ärger im Inneren und für alle Eventualitäten im Äußeren. Drittens wird der Staat jetzt auf Vordermann gebracht. Jetzt wird radikal Schluß gemacht mit

Staat jetzt auf Vordermann gebracht. Jetzt wird radikal Schluß gemacht mit

den subversiven Elementen im öffentlichen Dienst. An dieser Stelle muß ich den Kollegen vom Verfassungsschutz ein ernsthaftes Lob für ihren tatkräftigen Einsatz und die wertvollen Ergebnisse ihrer Arbeit aussprechen. – Das alles will bezahlt sein! Außerdem kann die Industrie Zuschüsse gebrauchen – ich habe da an etwa einen halben Haushaltsetat gedacht, soweit man das über die öffentlichen Kanäle organisiert. Jedenfalls holen wir uns das von der Bevölkerung. Gestaffelt, versteht sich. Sonst kriegen wir wieder diese sogenannten „Solidarisierungseffekte“. Jedenfalls habe ich an folgende finanzpolitischen Maßnahmen gedacht: Studenten – 340 Millionen durch Kürzung der Stipendien. Kindergeld – 150 Millionen. Arbeiter – 4,5 Milliarden durch Einsparungen bei der Bundesanstalt für Arbeit. Tabak- und Branntweinsteuer erhöhen wir. Und natürlich die Mehrwertsteuer. Und natürlich werden die öffentlichen Tarife erhöht.

Finanzkapital: Sehn' Se, lieber Schmidt, wenn wir Sie nicht hätten! Jetzt geht's doch plötzlich. Und die Art, wie Sie das den Leuten vermitteln, ist einfach Klasse! Was meinen Sie, was wir uns beim gleichen Zeug mit der CDU für Ärger bei der Bevölkerung und vor allem bei den Arbeitern eingehandelt hätten!

Die vier Personen haben die Haltestange niedergelegt und der Unterhaltung zugehört. Sie treten jetzt vor und singen. Während des Liedes öffnet der Finanzkapitalist einen Aktenkoffer und übergibt Schmidt eine Peitsche, eine Kette und einen großen Maulkorb.

Lied

Wie lange geht das noch weiter,
wie lange geht das noch so,
wie lang läßt das Volk sich das bieten,
und wann macht das Volk damit Schluß?

Nein, lange geht das nicht weiter,
nein, lange geht das nicht so,
wir lassen uns das nicht mehr bieten,
und wir machen bald damit Schluß!

1. Arbeiter: So ist das: Man rationalisiert und quetscht uns aus wie eine Zitrone, damit man andere Völker besser ausplündern kann!

2. Arbeiter: Uns plündert man aus, damit wir unsere Unterdrückung auch noch selbst bezahlen!

damit wir unsere Unterdrückung auch noch selbst bezahlen!

Frau: Uns unterdrückt der Staat, damit wir nicht für unsere Rechte kämpfen!

BVG-ler: Aber wir kämpfen trotzdem! Ihr könnt uns nicht mehr niederhalten!

1. Arbeiter: Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten – darauf beruht diese Gesellschaft! Dieser Staat garantiert die Ausbeutung und verbietet den Widerstand dagegen.

Frau: Diese Gesellschaft ist verrottet und verfault! Wir müssen eine neue aufbauen!

2. Arbeiter: Dieser Staat will uns daran hindern. Wir müssen ihn zerschlagen!

Frau: Gegen den Staat müssen wir unsere Rechte erkämpfen! Wir müssen seine Macht angreifen!

BVG-ler: Kampf dem Ausplünderungsprogramm des Staates!

1. Arbeiter: Mit dem Kauf jeder Zigarettenschachtel finanzieren wir unsere Unterdrückung. Die indirekten Steuern müssen fallen! Dann sieht man wenigstens, wo's herkommt, wo's hingeht und wem's nützt. Dann sieht man, daß *wir* diesen Staat hauptsächlich finanzieren. Dann sieht man, daß unsere Klasse ihn nicht braucht!

2. Arbeiter: Dieser Staat ist gut organisiert. Um ihn zu zerschlagen, muß die Arbeiterklasse selbst gut organisiert sein. Sie braucht deshalb ihre Partei, die Kommunistische Partei!

BVG-ler *(deutet auf Schmidt und Finanzkapitalisten)*: Ihr habt sie zerschlagen können. Das hat euren Untergang verzögert.

Frau: Wir werden sie wieder aufbauen. Das wird ihn beschleunigen!

Schmidt: Ich weiß nicht – manchmal habe ich so ein mulmiges Gefühl ... Was ist, wenn die Leute aufhören zu meckern und uns an den Kragen gehen?

Finanzkapital: Ja, Schmidt, da werden wir wohl Gewehre und Kanonen ölen müssen!



Agitationsstand des KBW in Kassel. Der Bundestagswahlkampf wird genutzt, um der bürgerlichen Politik entgegenzutreten. In vielen Städten werden Unterschriften für die Kandidatur des KBW gesammelt.

Ein Appell an die Sorgen der besitzenden Klasse

Lehren aus dem Fall Kornilow

Dies ist der Titel eines Flugblattes, das von der Gießener CDU in den letzten Wochen verteilt bzw. in die Briefkästen gesteckt wurde. Im Gegensatz zu den üblichen Litaneien über Freiheit oder Sozialismus, die von dieser Bourgeoispartei gewöhnlich in die Welt gesetzt werden, hat man sich etwas Neues einfallen lassen: Die Geschichte, und zwar die Geschichte der ruhmreichen russischen Oktoberrevolution, wird bemüht, um den reaktionären Dreck dieser Partei an den Mann zu bringen. (Die Frechheit, mit der dabei vorgegangen wird, ist schon erstaunlich.)

Es wird erzählt die Geschichte der Stadt Nishnij Nowgorod im russischen Bürgerkrieg. Diese wäre eine der reichsten Städte Rußlands zu jener Zeit gewesen. Mag sein. Es kommt darauf an, von welcher Seite aus man es sieht. Wer die russische Geschichte kennt, weiß, daß es den Arbeitern und Bauern zu jener Zeit so dreckig ging, daß sie nahe dem Hungertod dahinvegetierten. Während auf der anderen Seite Kaufleute und Spekulanten sich goldene Nasen am Elend der Massen verdienten. Indem sie mit Lebensmitteln und anderen für die Arbeiter und Bauern lebenswichtigen Gütern spekulierten. Gemeint ist also der Reichtum der besitzenden Klassen, sonst nichts.

Es wird nun berichtet, daß sich ein General Kornilow an diese Kaufleute gewandt habe und sie um 5 Millionen ersucht habe, mit denen er die „Befreiung Rußlands von den Bolschewisten“ finanzieren wolle. Wer sollte denn da von wem befreit werden? Für die werktätigen Massen Rußlands gab es da wohl doch nichts zu befreien. Die hatten sich nämlich gerade befreit. Vom Zarismus und der Herrschaft der russischen und internationalen Bourgeoisie. Und jenes Nishnij Nowgorod war nur noch einer der letzten Plätze Rußlands, wo jenes noch nicht geschehen war. Wenn also hier von Befreiung und Freiheit geredet wird, so ist damit wieder nichts anderes gemeint als die Freiheit der besitzenden Klasse, die Werktätigen gründlich auszuplündern. Diese Freiheit ist allerdings in der Oktoberrevolution gründlich eingeschränkt worden. Als Voraussetzung der Freiheit der großen Masse der Arbeiter und armen Bauern.

Tragischerweise brauchten die Kaufleute Nishnij Nowgorods tagelang, bis

Tragischerweise brauchten die Kaufleute Nishnij Nowgorods tagelang, bis sie auch nur einen Teil des Geldes aufgebracht hatten. Versteht sich, denn beim Geld hört bekanntlich die Gemütlichkeit auf. Laut CDU war dies nun der Grund dafür, daß die Streitkräfte Kornilows zusammenbrachen und die Rote Armee einmarschieren konnte. Und entsetzt stellen unsere Historiker von der CDU fest, daß sofort den Kaufleuten 100 Millionen Goldrubel weggenommen wurden. Und, so die Logik: Sie hätten es bei Kornilow billiger haben können. Nun können wir uns der Kaufmannsmoral der CDU, nach der alles seinen Preis hat, auch die Verhinderung der Revolution, nicht anschließen. Ob mit 5 Millionen Rubel mehr oder weniger ausgestattet, die Konterrevolution in Rußland war zum Untergang verurteilt. Weil nämlich die werktätigen Massen die Verhältnisse nicht mehr ertragen wollten und den Umsturz dieser Verhältnisse auf ihre Fahnen geschrieben hatten.

Die CDU sieht sich heute bereits als ein General Kornilow, wenn sie schreibt, daß es „wieder so kommen wird“. Und sie appelliert heute an die Besitzenden, nicht den Fehler zu machen wie ihre russischen Klassenbrüder, sondern die Gelder ins CDU-Parteibüro fließen zu lassen. Wir können ihr in der Tat zustimmen, wenn sie jammert, daß es wieder so kommen wird. Denn die Verhältnisse im imperialistischen Westdeutschland sind heute reif für die Revolution. Und diese Einsicht machen sich immer mehr Menschen zu eigen. Insofern ist die Befürchtung der CDU zutreffend. Unzutreffend ist die Annahme der CDU, sie könne diese Entwicklung verhindern. Sie wie alle Parteien des Privateigentums werden auch bei bestgefülltem Spendenkonto die Abschaffung des Privateigentums nicht verhindern können. Sie werden es sogar erleben, daß sie im Zuge dieser Entwicklung selber abgeschafft werden. – (n., Gießen)